

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit

A. Problem

Die Kommunen stehen nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels, sinkender Einwohnerzahlen, anhaltend knapper Kommunalfinanzen und eines kontinuierlichen Aufgabenzuwachses vor der Herausforderung, ihre Aufgaben so wirtschaftlich wie möglich zu erledigen, die Verwaltungskosten zu senken und dabei zugleich eine bürgernahe und effiziente Verwaltung sicherzustellen. Die kommunale Zusammenarbeit stellt eine Möglichkeit dar, die Qualität der Aufgabenerfüllung zu sichern und die Bürgerfreundlichkeit zu steigern sowie die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte zu verbessern. Der Rechtsrahmen für die kommunale Zusammenarbeit ist im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) normiert. Dieses Gesetz ist zuletzt 1999 inhaltlich punktuell geändert worden.

B. Lösung

Das GKG und weitere Rechtsnormen werden umfassend überarbeitet mit dem Ziel, die kommunale Zusammenarbeit zu stärken.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit ist die Änderung des GKG und weiterer Gesetze erforderlich.

II. Zweckmäßigkeit

Zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit ist eine Änderung des GKG und weiterer Gesetze zweckmäßig.

III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Durch das Gesetz werden die Gestaltungsspielräume der Kommunen für die Zusammenarbeit erweitert. Die kommunale Zusammenarbeit stellt eine Möglichkeit dar, die Qualität der Aufgabenerfüllung zu sichern und die Bürgerfreundlichkeit zu steigern sowie die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte zu verbessern.

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

Der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag wurden gemäß § 1 Absatz 5 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg beteiligt. Darüber hinaus haben der Landeswasserverbandstag, der Verband kommunaler Unternehmen (Landesgruppe Berlin-Brandenburg), der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (Landesgruppe Berlin/Brandenburg) sowie die Kooperationen Wasser und Abwasser Brandenburg (KOWAB-Ost, KOWAB-Süd, KOWAB-West) Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

E. Zuständigkeiten

Zuständig ist der Minister des Innern.

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

- | | |
|-------------------|--|
| Artikel 1 | Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) |
| Artikel 2 | Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Brandenburg |
| Artikel 3 | Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg |
| Artikel 4 | Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg |
| Artikel 5 | Änderung des Gebührengesetzes für das Land Brandenburg |
| Artikel 6 | Änderung des Personenstandsausführungsgesetzes |
| Artikel 7 | Änderung des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes |
| Artikel 8 | Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes |
| Artikel 9 | Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes |
| Artikel 10 | Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg |
| Artikel 11 | Änderung des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes |
| Artikel 12 | Änderung des Brandenburgischen Wassergesetzes |
| Artikel 13 | Änderung des Gesetzes über die Investitionsbank des Landes Brandenburg |
| Artikel 14 | Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes |
| Artikel 15 | Änderung des Brandenburgischen Straßengesetzes |
| Artikel 16 | Änderung der Genehmigungsfreistellungsverordnung |
| Artikel 17 | Änderung der Brandenburgischen Personenstandsverordnung |
| Artikel 18 | Inkrafttreten, Außerkrafttreten |

Artikel 1

Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg)

Inhaltsübersicht

Teil 1

Grundlagen

- § 1 Kooperationshoheit
- § 2 Formen der kommunalen Zusammenarbeit
- § 3 Beauftragung und Aufgabenübertragung

Teil 2

Die Arbeitsgemeinschaft

- § 4 Arbeitsgemeinschaft

Teil 3

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung

- § 5 Mandatierende und delegierende Vereinbarung
- § 6 Beteiligte
- § 7 Inhalt der Vereinbarung
- § 8 Öffentliche Bekanntmachung
- § 9 Wirksamwerden

Teil 4

Der Zweckverband

Abschnitt 1

Grundlagen des Zweckverbandes

- § 10 Wesen und Rechtsnatur des Zweckverbandes
- § 11 Mitgliedschaft im Zweckverband
- § 12 Anwendung von Rechtsvorschriften

Abschnitt 2

Bildung des Zweckverbandes

- § 13 Verbandssatzung
- § 14 Öffentliche Bekanntmachung der Verbandssatzung, Entstehung des Zweckverbandes
- § 15 Vereinbarung anderer Satzungen des Zweckverbandes
- § 16 Vermögensübertragung und Ausgleich

Abschnitt 3

Innere Verfassung und Verwaltung des Zweckverbandes

- § 17 Organe
- § 18 Zuständigkeiten der Verbandsversammlung
- § 19 Mitgliedschaft und Stimmabgabe in der Verbandsversammlung
- § 20 Besondere Regelungen über Einberufung und Beschlussfassung der Verbandsversammlung
- § 21 Verbandsvorsteherin oder Verbandsvorsteher (Verbandsleitung)
- § 22 Ehrenamtliche Verbandsleitung
- § 23 Hauptamtliche Verbandsleitung
- § 24 Stellvertretung der Verbandsleitung
- § 25 Verbandsausschuss
- § 26 Besondere Regelungen zur Abgabe von Erklärungen
- § 27 Wahrnehmung der Verwaltungs- und Kassengeschäfte
- § 28 Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung von Eigenbetrieben
- § 29 Deckung des Finanzbedarfes
- § 30 Örtliche Prüfung

Abschnitt 4

Änderungen des Zweckverbandes

- § 31 Änderungen der Verbandssatzung
- § 32 Beitritt und Austritt von Verbandsmitgliedern

- § 33 Auflösung und Abwicklung des Zweckverbandes
- § 34 Rechtsnachfolge bei Verbandsmitgliedern
- § 35 Zusammenschluss von Zweckverbänden
- § 36 Umwandlung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt in einen Zweckverband

Teil 5

Die gemeinsame kommunale Anstalt

- § 37 Errichtung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt
- § 38 Anwendung von Rechtsvorschriften
- § 39 Besondere Vorschriften für die gemeinsame kommunale Anstalt
- § 40 Verordnungsermächtigung

Teil 6

Anzeige- und Genehmigungspflichten, Aufsicht

- § 41 Anzeige- und Genehmigungspflichten
- § 42 Aufsicht
- § 43 Anordnung der kommunalen Zusammenarbeit
- § 44 Schlichtung von Streitigkeiten

Teil 7

Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 45 Übergangsvorschriften
- § 46 Rechtsfehler bei der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
- § 47 Rechtsfehler beim Beitritt in einen Zweckverband und bei der Verbandssatzung
- § 48 Rechtsfehler beim Ausscheiden aus einem Zweckverband
- § 49 Rechtsfehler bei der gemeinsamen kommunalen Anstalt
- § 50 Planungsverbände

Teil 1**Grundlagen****§ 1****Kooperationshoheit**

(1) Kommunen können zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zusammenarbeiten. Dies gilt für alle Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und Auftragsangelegenheiten.

(2) Eine kommunale Zusammenarbeit ist nur ausgeschlossen, soweit dies durch Gesetz ausdrücklich geregelt ist.

(3) Kommunen im Sinne dieses Gesetzes sind die Gemeinden und Landkreise. Die Ämter, Zweckverbände, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten werden den Kommunen gleichgestellt, soweit durch dieses Gesetz nichts anderes geregelt ist.

(4) Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben mit einer Kommune eines anderen Landes ist möglich, soweit dies aufgrund eines Staatsvertrages des Landes Brandenburg mit diesem Land zulässig ist.

§ 2**Formen der kommunalen Zusammenarbeit**

(1) Kommunen können nach diesem Gesetz

1. in Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten (§ 4),
2. mandatierende oder delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen (§§ 5 bis 9),
3. Zweckverbände bilden oder sich an Zweckverbänden beteiligen (§§ 10 bis 36),
4. gemeinsame kommunale Anstalten des öffentlichen Rechts (gemeinsame kommunale Anstalten) errichten oder sich an gemeinsamen kommunalen Anstalten als Träger beteiligen (§§ 37 bis 40).

Sonstige Regelungen über Formen der kommunalen Zusammenarbeit schließen die Formen nach Satz 1 nur aus, soweit dies durch Gesetz ausdrücklich geregelt ist.

(2) Die Möglichkeiten der Kommunen, in den Formen des Privatrechts zusammenzuarbeiten, bleiben unberührt.

Beauftragung und Aufgabenübertragung

(1) Nach Maßgabe dieses Gesetzes können Kommunen insbesondere

1. eine andere Kommune mit der Durchführung von öffentlichen Aufgaben beauftragen (Mandatierung) oder
2. öffentliche Aufgaben auf eine andere Kommune übertragen (Delegation).

Die Zusammenarbeit kann sich auf sachlich und örtlich begrenzte Teile der Aufgaben beziehen.

(2) Mit der Beauftragung zur Durchführung einer Aufgabe nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bleiben die Rechte und Pflichten der beauftragenden Kommune in Bezug auf die Aufgabenerfüllung unberührt. Die beauftragende Kommune kann der beauftragten Kommune fachliche Weisungen erteilen.

(3) Mit der Übertragung einer Aufgabe nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 gehen alle mit der Trägerschaft der Aufgabe verbundenen Rechte und Pflichten über. Die Befugnis, für die übertragene Aufgabe Satzungen und Verordnungen zu erlassen, geht über, soweit die delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung, die Verbandssatzung oder die Anstaltssatzung nichts anderes bestimmen. Die übertragene Aufgabe kann auf eine andere Kommune übertragen werden, soweit die delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung, die Verbandssatzung oder die Anstaltssatzung nichts anderes bestimmen.

Teil 2

Die Arbeitsgemeinschaft

Arbeitsgemeinschaft

(1) Kommunen können aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages in Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten. An der Arbeitsgemeinschaft können sich auch sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts als Mitglieder beteiligen.

(2) In einer Arbeitsgemeinschaft beraten die Mitglieder Angelegenheiten, die sie gemeinsam betreffen. Die Arbeitsgemeinschaft dient insbesondere dazu, Planungen und die Tätigkeit von Einrichtungen, Dienststellen oder Unternehmen der Mitglieder aufeinander abzustimmen, gemeinsame Flächennutzungspläne vorzubereiten, andere Formen kommunaler Zusammenarbeit vorzubereiten oder die gemeinsame wirtschaftliche und zweckmäßige Erfüllung der Aufgaben in einem größeren nachbarlichen Gebiet sicherzustellen.

(3) Durch Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft werden die Mitglieder nicht gebunden.

(4) In dem Vertrag über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft sollen die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft, die Geschäftsordnung und die Deckung des Finanzbedarfs geregelt werden. Der Vertrag wird wirksam, sobald er von allen Mitgliedern unterzeichnet ist. In dem Vertrag kann ein anderer Zeitpunkt bestimmt werden.

Teil 3

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung

§ 5

Mandatierende und delegierende Vereinbarung

(1) Kommunen können durch öffentlich-rechtlichen Vertrag vereinbaren, eine am Vertrag beteiligte Kommune mit der Durchführung einzelner Aufgaben zu beauftragen (mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung) oder einzelne Aufgaben auf eine beteiligte Kommune zu übertragen (delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung). Zweckverbände, kommunale Anstalten oder gemeinsame kommunale Anstalten können Aufgaben nur durchführen oder übernehmen, soweit ihnen die Erfüllung dieser Aufgaben satzungsmäßig obliegt.

(2) Beauftragen sich die Beteiligten wechselseitig mit der Durchführung der gleichen Aufgabe, ist jede beteiligte Kommune berechtigt, die Aufgabe für die Beteiligten durchzuführen.

§ 6

Beteiligte

Neben Kommunen können

1. andere juristische Personen des öffentlichen Rechts,
2. natürliche Personen oder
3. juristische Personen des Privatrechts

an einer mandatierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beteiligt werden, soweit Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen und die Kommunen solche Personen beteiligen dürften, wenn sie die Aufgabe allein erfüllten.

§ 7

Inhalt der Vereinbarung

(1) In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sind die Beteiligten und die einzelnen Aufgaben zu bestimmen.

(2) In der delegierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung kann bestimmt werden, dass die Befugnis, in Bezug auf die übertragene Aufgabe Satzungen und Verordnungen zu erlassen, bei der übertragenden Kommune verbleibt.

(3) In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung kann der beauftragenden oder übertragenden Kommune ein Mitwirkungsrecht bei der Erfüllung der Aufgabe eingeräumt werden.

(4) In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung soll eine Kostenregelung enthalten sein.

(5) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung kann befristet oder unbefristet geschlossen werden. Wird eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung unbefristet oder über mehr als zwanzig Jahre geschlossen, so ist in der Vereinbarung zu regeln, unter welchen Voraussetzungen sie durch einen einzelnen Beteiligten gekündigt oder durch alle Beteiligten aufgehoben werden kann. Das besondere Kündigungsrecht nach § 60 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.

§ 8

Öffentliche Bekanntmachung

(1) Die beteiligten Kommunen haben die öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach den für ihre Satzungen geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen. Für die Änderung, Aufhebung und Kündigung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gilt dies entsprechend. Die Änderung einer mandatierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bedarf nur dann der öffentlichen Bekanntmachung, wenn der Kreis der Beteiligten oder der Bestand der von der Vereinbarung erfassten Aufgaben geändert wird.

(2) Die Kommune, der die Aufgabe übertragen wurde, hat die Satzungen und Verordnungen, die sie zur Erfüllung der Aufgabe erlässt, zusätzlich nach den Vorschriften öffentlich bekannt zu machen, die für die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen der Kommunen gelten, die die Aufgaben übertragen haben.

§ 9

Wirksamwerden

(1) Die mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird mit ihrem Abschluss wirksam, wenn nicht ein anderer Zeitpunkt vereinbart ist.

(2) Die delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird am Tag nach der letzten öffentlichen Bekanntmachung wirksam, wenn nicht in der Vereinbarung ein späterer Zeitpunkt geregelt ist. Genehmigungspflichtige öffentlich-rechtliche Vereinbarungen werden frühestens mit Wirksamkeit der Genehmigung wirksam.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Änderungen und Aufhebungen entsprechend. Absatz 2 gilt für die Kündigung delegierender öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen entsprechend.

Teil 4**Der Zweckverband****Abschnitt 1****Grundlagen des Zweckverbandes****§ 10****Wesen und Rechtsnatur des Zweckverbandes**

(1) Kommunen können zur gemeinsamen Erfüllung öffentlicher Aufgaben in einem Zweckverband zusammenarbeiten, um den Zweckverband mit der Durchführung einzelner Aufgaben zu beauftragen oder um einzelne Aufgaben auf den Zweckverband zu übertragen.

(2) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung.

§ 11**Mitgliedschaft im Zweckverband**

(1) Neben den kommunalen Mitgliedern nach § 10 Absatz 1 können auch der Bund, die Länder der Bundesrepublik Deutschland und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts Mitglieder eines Zweckverbandes sein, soweit nicht die für sie geltenden besonderen Vorschriften die Beteiligung ausschließen oder beschränken. Ebenso können natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts Mitglieder eines Zweckverbandes sein, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch gefördert wird und Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

(2) Sind neben Kommunen weitere Personen nach Absatz 1 Verbandsmitglieder, so dürfen ihre Stimmen insgesamt die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung nicht erreichen. Die Kommunalaufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(3) Die Verbandssatzung kann eine befristete Mitgliedschaft einzelner oder aller Mitglieder vorsehen.

§ 12**Anwendung von Rechtsvorschriften**

(1) Auf die Zweckverbände sind die Vorschriften der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, die für die kreisangehörigen amtsfreien Gemeinden gelten, entsprechend anwendbar. Dies gilt nicht, soweit in diesem Gesetz oder anderen Rechtsvorschriften eine abweichende Regelung getroffen wird. An die Stelle der

Gemeindevertretung tritt die Verbandsversammlung, an die Stelle der Fraktionen treten die Verbandsmitglieder und an die Stelle der hauptamtlichen Bürgermeisterin oder des hauptamtlichen Bürgermeisters tritt die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher. § 10 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg gilt mit der Maßgabe, dass ein Dienstsiegel geführt werden kann.

(2) Vorschriften, die aufgrund der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg für die Gemeinden erlassen wurden, gelten für die Zweckverbände entsprechend, soweit nicht in diesen oder anderen Rechtsvorschriften abweichende Regelungen getroffen oder die Zweckverbände von der Anwendung ausgenommen werden.

(3) Soweit in Rechtsvorschriften der Gemeindeverband als Sammelbegriff verwendet wird, gilt auch der Zweckverband als Gemeindeverband. § 2 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes findet keine Anwendung.

Abschnitt 2

Bildung des Zweckverbandes

§ 13

Verbandssatzung

(1) Zur Bildung des Zweckverbandes vereinbaren die Beteiligten eine Verbandsatzung, in der die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes geregelt werden. Vor der Bildung von Zweckverbänden, die Kreisgrenzen überschreiten, sind die betroffenen Landkreise rechtzeitig zu unterrichten.

(2) Die Verbandssatzung muss bestimmen

1. die Verbandsmitglieder und die Zahl ihrer Stimmen in der Verbandsversammlung,
2. die Aufgaben des Zweckverbandes,
3. den Namen des Zweckverbandes,
4. den Sitz des Zweckverbandes,
5. den Maßstab, nach dem die Verbandsmitglieder nach § 29 zur Deckung des Finanzbedarfs beizutragen haben, und
6. die Form der öffentlichen Bekanntmachung des Zweckverbandes.

(3) Darüber hinaus kann die Verbandssatzung insbesondere Bestimmungen enthalten über

1. die innere Verfassung und Verwaltung des Zweckverbandes einschließlich der ehrenamtlichen oder der hauptamtlichen Tätigkeit der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers,

2. die Abwicklung im Fall der Auflösung des Zweckverbandes einschließlich der Übernahme der Beschäftigten und
 3. den Maßstab für die Konsolidierung nach § 83 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.
- (4) Bestimmungen der Verbandssatzung nach Absatz 2 Nummer 6 können von den Bestimmungen der Rechtsverordnung im Sinne des § 3 Absatz 3 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg abweichen. Die Verletzung von Bestimmungen über die öffentliche Bekanntmachung ist unter den Voraussetzungen des § 3 Absatz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg unbeachtlich.

§ 14

Öffentliche Bekanntmachung der Verbandssatzung, Entstehung des Zweckverbandes

- (1) Die Kommunalaufsichtsbehörde hat die Verbandssatzung in der Form öffentlich bekannt zu machen, die für die öffentliche Bekanntmachung der Satzungen ihres Landkreises vorgeschrieben ist; dabei ist ein Hinweis auf eine aufsichtsbehördliche Genehmigung nicht erforderlich. Ist das für Inneres zuständige Ministerium Kommunalaufsichtsbehörde, erfolgt die öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt für das Land Brandenburg. § 3 Absatz 4 Satz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg gilt entsprechend. Die kommunalen Mitglieder haben in der für die öffentliche Bekanntmachung ihrer Satzungen vorgeschriebenen Form auf die Bekanntmachung nach Satz 1 oder Satz 2 hinzuweisen.
- (2) Der Zweckverband entsteht am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Verbandssatzung nach Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2, wenn nicht in der Verbandssatzung ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können Rechtsfehler bei der Bildung des Zweckverbandes nur mit Wirkung für die Zukunft geltend gemacht werden.

§ 15

Vereinbarung anderer Satzungen des Zweckverbandes

Neben der Verbandssatzung können die Beteiligten bei der Bildung des Zweckverbandes andere Satzungen des Zweckverbandes vereinbaren. Die Satzungen sind mit der Verbandssatzung gemäß § 14 Absatz 1 öffentlich bekannt zu machen. Die Satzungen treten am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung nach § 14 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 in Kraft, wenn nicht in den Satzungen ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist. Der Zweckverband kann die Satzungen ändern, ersetzen oder aufheben. Die öffentliche Bekanntmachung der Satzungen nach Satz 4 erfolgt nach den Bekanntmachungsvorschriften für die Satzungen des Zweckverbandes.

Vermögensübertragung und Ausgleich

(1) Neben der Verbandssatzung können die Beteiligten schriftliche Vereinbarungen abschließen über

1. die Übertragung der für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Vermögensgegenstände und der mit der Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten und Forderungen,
2. den Ausgleich von Vorteilen und Nachteilen, die sich für sie aus der Bildung des Zweckverbandes ergeben.

(2) Auf Antrag sämtlicher Beteiligten kann die Kommunalaufsichtsbehörde die Vermögensübertragung und den Ausgleich nach pflichtgemäßem Ermessen durch Bescheid regeln. Die Kommunalaufsichtsbehörde kann sich sachkundiger Dritter bedienen und dadurch entstandene Kosten den Beteiligten durch Bescheid auferlegen.

Abschnitt 3**Innere Verfassung und Verwaltung des Zweckverbandes****Organe**

Organe des Zweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung und
2. die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher (Verbandsleitung).

Die Verbandssatzung kann als weiteres Organ einen Verbandsausschuss vorsehen.

Zuständigkeiten der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung entscheidet über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit gesetzlich oder durch die Verbandssatzung nichts anderes bestimmt ist. Sie kann ihre Zuständigkeit in Einzelfällen oder für Gruppen von Angelegenheiten durch Beschluss auf die Verbandsleitung übertragen; § 28 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg bleibt unberührt.

Mitgliedschaft und Stimmabgabe in der Versbandsversammlung

(1) Die Versbandsversammlung setzt sich aus den Vertreterinnen und Vertretern der Versbandsmitglieder (Vertretungspersonen) zusammen. Jedes Versbandsmitglied entsendet eine Vertretungsperson in die Versbandsversammlung. Jedes Versbandsmitglied hat eine Stimme, sofern nicht die Versbandsatzung für einzelne oder alle Versbandsmitglieder andere Stimmzahlen festlegt. Die Vertretungsperson gibt alle Stimmen des Versbandsmitgliedes einheitlich ab.

(2) Die Versbandsatzung kann bestimmen, dass einzelne oder alle Versbandsmitglieder mehrere Vertretungspersonen in die Versbandsversammlung entsenden. Die bei der Beschlussfassung anwesenden Vertretungspersonen eines Versbandsmitgliedes geben alle dem Versbandsmitglied nach der Versbandsatzung zustehenden Stimmen ab. Die Stimmen eines Versbandsmitgliedes sind einheitlich abzugeben; eine uneinheitliche Stimmabgabe ist ungültig. Erfolgt ein Beschluss durch geheime Stimmabgabe oder zeigt die Person nach Absatz 3 der oder dem Vorsitzenden der Versbandsversammlung an, dass den Vertretungspersonen des Versbandsmitgliedes eine Weisung nach Absatz 7 erteilt wurde, so gibt eine Stimmführerin oder ein Stimmführer alle Stimmen des Versbandsmitgliedes einheitlich ab. Hat die Gemeindevertretung, der Kreistag, der Amtsausschuss, die Versbandsversammlung oder der Verwaltungsrat (Vertretungskörperschaft) des kommunalen Versbandsmitgliedes keine Stimmführerin oder keinen Stimmführer bestimmt und einigen sich die anwesenden Vertretungspersonen des kommunalen Versbandsmitgliedes vor der Stimmabgabe nicht auf eine Stimmführerin oder einen Stimmführer, ist die Person nach Absatz 3 Stimmführerin oder Stimmführer.

(3) Die kommunalen Versbandsmitglieder werden in der Versbandsversammlung durch ihre Hauptverwaltungsbeamtin oder ihren Hauptverwaltungsbeamten vertreten; § 135 Absatz 4 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg findet keine Anwendung. Im Fall der Verhinderung werden sie durch ihre allgemeinen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter vertreten, wenn sie nicht eine andere Bedienstete oder einen anderen Bediensteten benennen. Sie können eine Bedienstete oder einen Bediensteten mit der Wahrnehmung der Vertretung des Mitglieds in der Versbandsversammlung dauerhaft betrauen. Ist die betraute Person verhindert, nimmt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte die Vertretung wahr, wenn sie oder er die Verhinderungsververtretung der betrauten Person nicht auf eine andere Bedienstete oder auf einen anderen Bediensteten dauerhaft übertragen hat.

(4) Weitere Vertretungspersonen der kommunalen Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden gemäß den §§ 40, 41 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg von der Vertretungskörperschaft des Mitglieds für die Dauer ihrer Wahlperiode gewählt und üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertretungspersonen weiter aus. Wählbar sind die Mitglieder der Vertretungskörperschaft und die Bediensteten des Versbandsmitglieds, bei amtsangehörigen Gemeinden auch die Bediensteten des Amtes.

(5) Sind neben Kommunen weitere Personen nach § 11 Absatz 1 Versbandsmitglieder, werden die Vertretungspersonen durch diese Versbandsmitglieder in die Versbandsversammlung entsandt und üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie

entsandt sind, bis zum Amtsantritt der neu entsandten Vertretungspersonen weiter aus.

(6) Die Vertretungsperson eines Verbandsmitgliedes scheidet aus der Verbandsversammlung aus, wenn die Voraussetzungen ihrer Wahl oder Entsendung wegfallen.

(7) Die Vertretungskörperschaft eines kommunalen Verbandsmitgliedes kann den Vertretungspersonen des Verbandsmitgliedes Richtlinien und Weisungen erteilen. Für den Fall einer Weisung oder einer geheimen Stimmabgabe in der Verbandsversammlung kann sie eine Stimmführerin oder einen Stimmführer durch offenen Wahlbeschluss bestimmen.

§ 20

Besondere Regelungen über Einberufung und Beschlussfassung der Verbandsversammlung

(1) Die Einberufung zur ersten Sitzung der Verbandsversammlung eines neu gebildeten Zweckverbandes erfolgt durch die an Lebensjahren älteste, nicht verhinderte Person nach § 19 Absatz 3 Satz 1.

(2) Die Beschlussfähigkeit nach § 38 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg richtet sich nach der satzungsmäßigen Stimmenzahl. Die oder der Vorsitzende hat die Beschlussunfähigkeit auch ohne Antrag festzustellen, wenn die anwesenden Vertretungspersonen der kommunalen Mitglieder weniger als die Hälfte der in der Sitzung vertretenen Stimmen erreichen. Dies gilt auch für den Fall einer erneuten Einberufung nach § 38 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

(3) Beschlüsse werden, soweit durch ein Gesetz oder die Verbandssatzung nichts anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefasst. Schreibt ein Gesetz oder die Verbandssatzung Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung vor, so ist der Beschluss ohne Gegenstimme zu fassen.

§ 21

Verbandsvorsteherin oder Verbandsvorsteher (Verbandsleitung)

(1) Die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher (Verbandsleitung) wird von der Verbandsversammlung für die Dauer von acht Jahren gewählt. Die Verbandssatzung kann eine kürzere Wahlzeit vorsehen.

(2) Die Verbandsleitung kann ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig sein.

(3) In Rechts- und Verwaltungsgeschäften kann die Verbandsleitung die Bezeichnung „Verbandsvorsteherin“ oder „Verbandsvorsteher“ führen.

(4) Die Verbandsversammlung kann die Verbandsleitung vor Ablauf der Wahlzeit im Zweckverband abwählen. Für den Antrag auf Abwahl ist die Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung erforderlich. Der Antrag ist von den antragstellenden Mitgliedern der Verbandsversammlung gemeinsam

und eigenhändig unterschrieben zu stellen; § 19 Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Zwischen dem Zugang des Antrages bei der oder dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung und der Sitzung der Verbandsversammlung muss eine Frist von mindestens sechs Wochen liegen. Über den Antrag ist ohne Aussprache abzustimmen. Der Beschluss über die Abwahl bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung.

§ 22

Ehrenamtliche Verbandsleitung

(1) Die Verbandsleitung ist ehrenamtlich tätig, wenn die Verbandssatzung keine hauptamtliche Verbandsleitung vorsieht.

(2) Bei Zweckverbänden, denen Aufgaben mit Anschluss- und Benutzungszwang übertragen worden sind und die keine hauptamtliche Verbandsleitung haben, soll als ehrenamtliche Verbandsleitung eine Hauptverwaltungsbeamtin oder ein Hauptverwaltungsbeamter der Verbandsmitglieder, deren allgemeine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter oder Beigeordnete gewählt werden. Entfallen die Voraussetzungen nach Satz 1 für die Wahl, soll die ehrenamtliche Verbandsleitung abgewählt werden; § 21 Absatz 4 findet keine Anwendung.

(3) Die nach Absatz 2 gewählten Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten, deren allgemeine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter oder Beigeordneten sind verpflichtet, die Wahl anzunehmen und die Funktion als ehrenamtliche Verbandsleitung auszuüben. § 20 Absatz 1 Satz 4 und 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg gilt entsprechend.

(4) Die ehrenamtliche Verbandsleitung kann vom Zweckverband eine angemessene Aufwandsentschädigung nach Maßgabe einer Entschädigungssatzung erhalten.

§ 23

Hauptamtliche Verbandsleitung

(1) Die hauptamtliche Verbandsleitung muss die erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und ausreichende Erfahrung für die wahrzunehmende Aufgabe haben.

(2) Die Stelle der hauptamtlichen Verbandsleitung ist öffentlich auszuschreiben. Bei der Wiederwahl kann die Verbandsversammlung mit der Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmenzahl durch Beschluss von der Ausschreibung absehen.

(3) Im Anstellungsvertrag einer hauptamtlichen Verbandsleitung sind die Befristung und die Möglichkeit einer vorzeitigen Abwahl gemäß § 21 zu berücksichtigen.

Stellvertretung der Verbandsleitung

(1) Die Verbandsversammlung wählt eine ehrenamtliche allgemeine Stellvertreterin oder einen ehrenamtlichen allgemeinen Stellvertreter der Verbandsleitung für die Dauer von acht Jahren aus ihrer Mitte oder aus dem Kreis der Bediensteten des Zweckverbandes oder der Personen nach § 22 Absatz 2. Die Verbandsversammlung kann eine kürzere Wahlzeit beschließen. Für die Abwahl gilt § 21 Absatz 4 entsprechend. Werden weitere Stellvertreterinnen oder Stellvertreter gewählt, bestimmt die Verbandsversammlung die Reihenfolge der Vertretung.

(2) Bei Zweckverbänden, denen Aufgaben mit Anschluss- und Benutzungszwang übertragen worden sind, soll die allgemeine Stellvertreterin oder der allgemeine Stellvertreter der Verbandsleitung aus dem Kreis der Personen nach § 22 Absatz 2 oder der Bediensteten des Zweckverbandes gewählt werden. § 22 Absatz 2 Satz 2 und § 23 Absatz 1 gelten entsprechend.

(3) Die nach Absatz 2 gewählten Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten, deren allgemeine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter oder Beigeordneten sind verpflichtet, die Wahl anzunehmen und die Funktion der ehrenamtlichen allgemeinen Stellvertretung der Verbandsleitung auszuüben. § 20 Absatz 1 Satz 4 und 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg gilt entsprechend.

(4) Sind die Verbandsleitung und alle Stellvertreterinnen oder Stellvertreter verhindert oder sind diese Ämter vakant, so nehmen die Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten der kommunalen Mitglieder die Stellvertretung wahr. Im Falle der Verhinderung oder Vakanz aller Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten treten deren allgemeine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter an die Stelle. Die Reihenfolge der Stellvertretung nach Satz 1 und 2 bestimmt sich nach dem Lebensalter, soweit die Verbandsversammlung nichts anderes beschließt.

(5) Für die Aufwandsentschädigung gilt § 22 Absatz 4 entsprechend.

Verbandsausschuss

(1) Der Verbandsausschuss besteht aus der Verbandsleitung und weiteren Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder des Verbandsausschusses wird durch die Verbandssatzung bestimmt.

(2) Die weiteren Mitglieder des Verbandsausschusses werden durch die Verbandsversammlung gewählt. Die Verbandssatzung kann die Wahl von stellvertretenden weiteren Mitgliedern vorsehen. Die weiteren Mitglieder des Verbandsausschusses und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder der Verbandsversammlung gewählt. Dem Verbandsausschuss können neben den Mitgliedern der Verbandsversammlung sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie Bedienstete des Zweckverbandes oder der Verbandsmmitglieder, bei amtsangehörigen Gemeinden auch Bedienstete des Amtes, als beratende Mitglieder ohne eigenes Stimmrecht angehören. Ihre Zahl darf

insgesamt die Anzahl der Mitglieder der Verbandsversammlung im Verbandsausschuss nicht erreichen.

(3) Die Aufgaben des Verbandsausschusses zur dauernden Erledigung regelt ausschließlich die Verbandssatzung. Einzelne Angelegenheiten können dem Verbandsausschuss auch durch Beschluss der Verbandsversammlung zur Erledigung übertragen werden. Die Übertragung von Aufgaben nach Satz 1 oder Satz 2 ist nur zulässig, soweit diese nicht durch Rechtsvorschrift ausschließlich der Verbandsversammlung oder der Verbandsleitung zugewiesen sind. Die Verbandssatzung kann vorsehen, dass der Verbandsausschuss zur Vorbereitung von Beschlüssen der Verbandsversammlung Empfehlungen abgibt.

§ 26

Besondere Regelungen zur Abgabe von Erklärungen

Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll und die nach § 57 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg der Unterschrift von zwei Personen bedürfen, sind

1. von
 - a) der Verbandsleitung oder
 - b) einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter der Verbandsleitung und
2. von
 - a) der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung,
 - b) einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden der Verbandsversammlung,
 - c) einer oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Bediensteten des Zweckverbandes oder
 - d) einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Mitglied der Verbandsversammlung

zu unterzeichnen. Die Verbandssatzung kann allgemein oder für einen bestimmten Kreis von Geschäften bestimmen, dass die Unterschrift der Verbandsleitung oder einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters der Verbandsleitung genügt.

§ 27

Wahrnehmung der Verwaltungs- und Kassengeschäfte

Die Verbandssatzung kann vorsehen, dass die Kassen- und Verwaltungsgeschäfte einschließlich der Personalverwaltung ganz oder teilweise durch ein kommunales Mitglied im Namen des Zweckverbandes wahrgenommen werden.

Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung von Eigenbetrieben

Die Verbandssatzung kann bestimmen, dass die Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung der Eigenbetriebe für den Zweckverband sinngemäß Anwendung finden, wenn der Zweckverband sich überwiegend wirtschaftlich betätigt (§ 91 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg). Die Verbandssatzung kann vorsehen, dass zuständige Stelle für die Jahresabschlussprüfung das nach § 30 zuständige Rechnungsprüfungsamt ist.

Deckung des Finanzbedarfes

(1) Der Zweckverband hat von den Verbandsmitgliedern eine Umlage zu erheben, soweit seine sonstigen Erträge, Einzahlungen und nicht benötigten Finanzmittel nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlagepflicht einzelner Verbandsmitglieder kann, außer bei Sparkassenzweckverbänden, durch die Verbandssatzung auf einen Höchstbetrag beschränkt oder ausgeschlossen werden, wenn die übrigen Mitglieder sich in der Verbandssatzung verpflichten, den Restbetrag der Umlage zu übernehmen. In der Verbandssatzung ist der Maßstab für die Bemessung der Verbandsumlage zu bestimmen. Die Umlage soll in der Regel nach dem Verhältnis des Nutzens bemessen werden, den die einzelnen Verbandsmitglieder aus der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes haben. Ein anderer Maßstab kann zugrunde gelegt werden, wenn dies angemessen ist. Soweit die Umlage nach der Steuerkraft bemessen wird, gelten die Vorschriften über den Maßstab der Kreisumlage.

(2) Die Gesamthöhe der Umlage und der von den einzelnen Verbandsmitgliedern zu tragende Anteil sind in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr neu festzulegen. Die Umlage wird mit jeweils einem Viertel des Gesamtbetrages am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November des Haushaltsjahres fällig. Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erst nach Ablauf eines der in Satz 2 geregelten Fälligkeitstermine, so ist die Umlageteilschuld für den abgelaufenen Fälligkeitstermin innerhalb eines Monats nach der öffentlichen Bekanntmachung zu entrichten. Der Zweckverband kann die von den einzelnen Mitgliedern zu tragende Umlage durch Bescheid festsetzen und dabei abweichende Fälligkeiten bestimmen.

(3) Der Zweckverband hat zur Deckung seines liquiditätswirksamen Finanzbedarfes Vorauszahlungen bis zur Höhe der nach Absatz 1 voraussichtlich erforderlichen Umlagen zu erheben, wenn die Haushaltssatzung oder die Nachtragssatzung nicht mehr rechtzeitig erlassen werden kann und soweit die Aufnahme eines Kassenkredites unzulässig, unmöglich oder für den Zweckverband unwirtschaftlich ist. Die Vorauszahlungen sind mit der endgültigen Umlage zu verrechnen.

(4) Gegen eine Forderung auf Zahlung der Umlage oder der Vorauszahlung nach Absatz 3 ist die Aufrechnung nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen zulässig. Der Zweckverband kann Zahlungsansprüche gegen die Verbandsmitglieder ganz oder teilweise an Dritte abtreten, soweit dies zur

Erfüllung rechtlicher Pflichten des Zweckverbandes oder zur Aufrechterhaltung seiner Liquidität erforderlich ist. Die Absicht der Abtretung ist dem betroffenen Verbandsmitglied und der Kommunalaufsichtsbehörde rechtzeitig anzuzeigen.

(5) Dem Zweckverband steht das Recht zur Erhebung von Steuern nicht zu.

(6) Über das Vermögen des Zweckverbandes findet ein Insolvenzverfahren nicht statt.

§ 30

Örtliche Prüfung

Hat der Zweckverband kein eigenes Rechnungsprüfungsamt eingerichtet, obliegt die Prüfung dem Rechnungsprüfungsamt des kommunalen Verbandsmitgliedes, dem die Zuständigkeit für die örtliche Prüfung durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung oder durch die Verbandssatzung übertragen wurde. Der Zweckverband kann sich auch des Rechnungsprüfungsamtes einer anderen Kommune bedienen. In allen anderen Fällen obliegt die Prüfung dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises oder der kreisfreien Stadt, wo der Zweckverband seinen Sitz hat. Der Zweckverband trägt die Kosten der Prüfung.

Abschnitt 4

Änderungen des Zweckverbandes

§ 31

Änderungen der Verbandssatzung

(1) Änderungen der Verbandssatzung bedürfen der Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Versammlung, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist. Die Verbandssatzung kann andere Mehrheiten als die gesetzlichen Bestimmungen und die Notwendigkeit der Zustimmung einzelner oder aller Verbandsmitglieder vorschreiben. Änderungen der Verbandssatzung können auch durch Neufassung erfolgen.

(2) Einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Versammlung bedürfen Änderungen der Regelungen der Verbandssatzung über die Verbandsaufgaben, die Verbandsmitglieder, die Zahl ihrer Stimmen in der Verbandssatzung und den Maßstab, nach dem die Verbandsmitglieder nach § 29 zur Deckung des Finanzbedarfs beizutragen haben, sowie die Aufhebung der Verbandssatzung. Die Änderung der Verbandsaufgaben bedarf zudem der Einstimmigkeit der kommunalen Verbandsmitglieder.

(3) Für die öffentliche Bekanntmachung der Änderungen gilt § 14 Absatz 1 entsprechend. Eine öffentliche Bekanntmachung genehmigungsfreier Änderungen erfolgt nicht, wenn die Kommunalaufsichtsbehörde den Beschluss gemäß § 113 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg beanstandet oder einstweilig beanstandet.

(4) Die Änderungen werden am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung wirksam, wenn nicht in der Verbandssatzung oder der Änderungssatzung ein anderer Zeitpunkt bestimmt ist. Genehmigungspflichtige Änderungen werden frühestens mit Wirksamkeit der Genehmigung wirksam. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können Rechtsfehler nur mit Wirkung für die Zukunft geltend gemacht werden.

(5) Ändert sich der Kreis der Verbandsmitglieder, ohne dass es hierfür eines Beschlusses der Verbandsversammlung bedurfte, ist die Verbandssatzung entsprechend zu ändern. Absatz 3 gilt entsprechend. Die Änderung der Verbandssatzung wird insoweit am Tag der Änderung des Kreises der Verbandsmitglieder wirksam.

§ 32

Beitritt und Austritt von Verbandsmitgliedern

(1) Der Beitritt setzt einen Antrag bei dem Zweckverband voraus. In dem Antrag soll erklärt werden, welche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Forderungen mit dem Beitritt auf den Zweckverband übergehen sollen.

(2) Der Austritt eines Verbandsmitgliedes aus dem Zweckverband setzt den Antrag des Verbandsmitgliedes bei dem Zweckverband voraus. Ist beim Austritt eine Auseinandersetzung notwendig, schließen das austrittswillige Verbandsmitglied, der Zweckverband und soweit erforderlich weitere Beteiligte eine Auseinandersetzungsvereinbarung. Die Vereinbarung ist der Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.

(3) Einigen sich die Beteiligten nach mindestens zwei ernsthaften Einigungsversuchen nicht, entscheidet auf Antrag eines Beteiligten die Kommunalaufsichtsbehörde über die Auseinandersetzung nach pflichtgemäßem Ermessen durch Bescheid. Der Antrag muss den Austrittsgrund sowie den Stand der Einigungsgespräche mit den offenen Streitpunkten und den von den Beteiligten vorgeschlagenen Lösungen dokumentieren. Die Kommunalaufsichtsbehörde kann sich sachkundiger Dritter bedienen und die Kostentragung der Beteiligten in dem Bescheid regeln.

(4) Anstelle des Verfahrens nach Absatz 3 können die Beteiligten eine Schiedsvereinbarung schließen oder ein Schiedsverfahren in der Verbandssatzung vorsehen.

(5) Über den Antrag auf Beitritt oder Austritt entscheidet die Verbandsversammlung durch Beschluss über die Änderung der Verbandssatzung. Für die öffentliche Bekanntmachung und die Wirksamkeit der Änderung gilt § 14 entsprechend.

(6) Erklärt ein Verbandsmitglied eine Kündigung, gilt dies als Antrag nach Absatz 2. Das kündigende Verbandsmitglied hat einen Anspruch auf Änderung der Verbandssatzung nach Absatz 5, soweit das Recht zur Kündigung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten auch für einen sachlich oder örtlich begrenzten Beitritt oder Austritt eines Beteiligten, der bereits Verbandsmitglied ist.

Auflösung und Abwicklung des Zweckverbandes

(1) Die Auflösung des Zweckverbandes erfolgt durch Aufhebung der Verbandsatzung durch die Verbandsversammlung. § 14 gilt entsprechend.

(2) Der Zweckverband ist kraft Gesetzes aufgelöst, wenn seine Aufgaben durch ein Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes vollständig auf einen anderen Verwaltungsträger übergehen. Gleiches gilt, wenn dem Zweckverband nur noch ein kommunales Mitglied angehört; in diesem Fall tritt das Mitglied an die Stelle des Zweckverbandes. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat die Auflösung nach § 14 Absatz 1 öffentlich bekannt zu machen.

(3) Wird der Zweckverband nach Absatz 1 aufgelöst, so hat er seine Geschäfte abzuwickeln. Der Zweckverband gilt bis zum Ende der Abwicklung als fortbestehend, soweit es der Zweck der Abwicklung erfordert.

(4) Abwicklerin ist die Verbandsleitung, wenn nicht die Verbandsversammlung etwas anderes beschließt.

(5) Die Abwicklerin beendet die laufenden Geschäfte und zieht die Forderungen ein. Um schwebende Geschäfte zu beenden, kann sie auch neue Geschäfte eingehen. Sie fordert die bekannten Gläubigerinnen und Gläubiger besonders, andere Gläubigerinnen und Gläubiger durch öffentliche Bekanntmachung auf, ihre Ansprüche anzumelden. Die Abwicklerin kann mit den kommunalen Mitgliedern die Übertragung von öffentlich-rechtlichen Forderungen vereinbaren.

(6) Die Abwicklerin befriedigt die Ansprüche der Gläubigerinnen und Gläubiger. Im Übrigen ist das Verbandsvermögen nach dem Umlageschlüssel im Zeitpunkt der Auflösung auf die Verbandsmitglieder zu verteilen. Reicht das Vermögen zur Befriedigung der Gläubigerinnen und Gläubiger nicht aus, ist von den Verbandsmitgliedern eine Umlage nach dem Umlageschlüssel im Zeitpunkt der Auflösung zu erheben. Die Verbandssatzung oder eine Auseinandersetzungsvereinbarung können einen abweichenden Umlageschlüssel regeln.

(7) Die Bediensteten des Zweckverbandes sind von den kommunalen Verbandsmitgliedern anteilig zu übernehmen, soweit die Beschäftigungsverhältnisse nicht aufgelöst werden. Dabei ist das Verhältnis der Stimmen der kommunalen Mitglieder in der Verbandsversammlung zueinander maßgeblich. Die Abwicklerin bestimmt, von welchen Verbandsmitgliedern die einzelnen Bediensteten übernommen werden. Von Satz 1 bis 3 abweichende Regelungen können in der Verbandssatzung oder in einer Auseinandersetzungsvereinbarung getroffen werden.

(8) Bei einem Zweckverband, der sich überwiegend wirtschaftlich betätigt (§ 91 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg), kann die Verbandssatzung die Abwicklung entsprechend den Regelungen des Handelsrechts vorsehen.

Rechtsnachfolge bei Verbandsmitgliedern

(1) Fällt ein Verbandsmitglied weg oder verliert es die Aufgabe, die auf den Zweckverband übertragen oder mit deren Durchführung der Zweckverband beauftragt ist, so tritt der Rechtsnachfolger des Verbandsmitgliedes an seine Stelle, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Gleiches gilt bei mehreren Rechtsnachfolgern.

(2) Der Zweckverband kann innerhalb von drei Monaten nach Eintritt der Rechtsnachfolge das Ausscheiden eines neuen Verbandsmitgliedes beschließen, wenn Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Unter den gleichen Voraussetzungen kann ein neues Verbandsmitglied seine Mitgliedschaft im Zweckverband kündigen. Der Beschluss oder die Kündigung werden mit Ablauf des auf den Beschluss oder die Kündigung folgenden Kalenderjahres wirksam, soweit zwischen dem Zweckverband und dem neuen Verbandsmitglied nichts anderes vereinbart ist. Ist eine Auseinandersetzung notwendig, schließen der Zweckverband und das ausscheidende Verbandsmitglied eine Auseinandersetzungsvereinbarung. Die Vereinbarung ist der Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen. § 32 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend.

(3) Das neue Verbandsmitglied kann gegen den Beschluss des Zweckverbandes über das Ausscheiden und der Zweckverband kann gegen die Kündigung Beschwerde mit der Begründung erheben, dass die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 1 oder Satz 2 nicht vorliegen. Die Beschwerde ist bei der für den Zweckverband zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde innerhalb von drei Monaten nach Kenntnisnahme des Beschlusses oder der Kündigung zu erheben. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat über die Beschwerde durch Bescheid zu entscheiden. In diesem Bescheid kann die Kommunalaufsichtsbehörde auch die Wirksamkeit des Ausscheidens oder der Kündigung regeln.

Zusammenschluss von Zweckverbänden

(1) Zweckverbände können einen neuen Zweckverband bilden. Die Neubildung bedarf übereinstimmender Beschlüsse der Verbandsversammlungen. Die Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsversammlungen. Beteiligte, die gegen die Neubildung gestimmt haben, können die Mitgliedschaft innerhalb von drei Monaten nach Wirksamkeit der Neubildung des Zweckverbandes kündigen; § 34 Absatz 2 und 3 gilt entsprechend. Der neue Zweckverband ist Rechtsnachfolger der bisherigen Zweckverbände. Die bisherigen Zweckverbände gelten mit dem Zeitpunkt des Entstehens des neuen Zweckverbandes als aufgelöst.

(2) In den Beschlüssen nach Absatz 1 ist festzulegen, wer die Rechte der Verbandsleitung sowie der oder des Vorsitzenden der Verbandsversammlung des neuen Zweckverbandes bis zu ihrer erstmaligen, unverzüglich durchzuführenden Wahl wahrnimmt. Zugleich ist die Verbandssatzung des neuen Zweckverbandes festzulegen; § 14 gilt entsprechend. Für die Vereinbarung weiterer Satzungen gilt § 15 entsprechend.

(3) Ein Zweckverband kann sich mit seinem vollständigen Aufgabenbestand in einen anderen Zweckverband eingliedern. Der eingegliederte Zweckverband gilt mit dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens seiner Eingliederung als aufgelöst. Der aufnehmende Zweckverband ist Rechtsnachfolger des eingegliederten Zweckverbandes. Absatz 1 Satz 2 bis 4 sowie Absatz 2 Satz 2 gelten entsprechend.

§ 36

Umwandlung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt in einen Zweckverband

Gemeinsame kommunale Anstalten können im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in einen Zweckverband umgewandelt werden. Die Umwandlung erfolgt durch Vereinbarung der Verbandssatzung durch die künftigen Mitglieder. § 14 gilt entsprechend.

Teil 5

Die gemeinsame kommunale Anstalt

§ 37

Errichtung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt

(1) Kommunen können zur gemeinsamen Erfüllung öffentlicher Aufgaben in einer gemeinsamen kommunalen Anstalt zusammenarbeiten, um die Anstalt mit der Durchführung einzelner Aufgaben zu beauftragen oder einzelne Aufgaben auf die Anstalt zu übertragen.

(2) Kommunen können durch Vereinbarung

1. eine gemeinsame kommunale Anstalt errichten,
2. sich an einer bestehenden kommunalen Anstalt einer Kommune als weiterer Träger beteiligen,
3. sich an einer gemeinsamen kommunalen Anstalt als weiterer Träger beteiligen,
4. im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Umwandlung
 - a) eine Gesellschaft in privater Rechtsform oder einen Zweckverband, an denen nur Kommunen beteiligt sind, durch Formwechsel in die Rechtsform einer gemeinsamen kommunalen Anstalt überführen,
 - b) bestehende kommunale Anstalten, Gesellschaften in privater Rechtsform oder Zweckverbände, an denen nur Kommunen beteiligt sind, zu einer gemeinsamen kommunalen Anstalt verschmelzen.

(3) Die Errichtung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt, die Beteiligung an einer bestehenden kommunalen Anstalt in Trägerschaft einer Kommune und die

Umwandlung in eine gemeinsame kommunale Anstalt erfolgt durch Vereinbarung einer Anstaltssatzung durch die zukünftigen Träger. Für die Beteiligung an einer bestehenden gemeinsamen Anstalt als neuer Träger gilt § 32 Absatz 1 und 5 entsprechend.

(4) Für die öffentliche Bekanntmachung der Anstaltssatzung gilt § 14 Absatz 1 entsprechend. Die gemeinsame kommunale Anstalt entsteht am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Anstaltssatzung durch die Kommunalaufsichtsbehörde, soweit in der Anstaltssatzung nicht ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.

§ 38

Anwendung von Rechtsvorschriften

(1) Auf gemeinsame kommunale Anstalten sind die Vorschriften der §§ 94 und 95 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sowie sonstige Rechtsvorschriften, die für die kommunale Anstalt gelten, entsprechend anzuwenden, soweit in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist.

(2) Soweit in Rechtsvorschriften der Gemeindeverband als Sammelbegriff verwendet wird, gelten auch gemeinsame kommunale Anstalten als Gemeindeverbände, soweit in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist.

§ 39

Besondere Vorschriften für die gemeinsame kommunale Anstalt

(1) In der Anstaltssatzung sind unbeschadet der Regelung in § 94 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg zu bestimmen

1. die Träger und der Sitz der gemeinsamen kommunalen Anstalt,
2. der örtliche Zuständigkeitsbereich, wenn der gemeinsamen kommunalen Anstalt Aufgaben übertragen werden,
3. die Form der öffentlichen Bekanntmachungen der gemeinsamen kommunalen Anstalt,
4. der Betrag der von jedem Träger auf das Stammkapital zu leistenden Einlage (Stammeinlage),
5. wenn Sacheinlagen geleistet werden sollen, der Gegenstand der Sacheinlage und der Betrag der Stammeinlage, auf die sich die Sacheinlage bezieht,
6. die Sitz- und Stimmenverteilung der Träger im Verwaltungsrat,
7. die Verteilung des Anstaltsvermögens sowie die Übernahme von Beschäftigten im Falle der Auflösung der gemeinsamen kommunalen Anstalt.

(2) Die Träger der gemeinsamen kommunalen Anstalt werden im Verwaltungsrat durch ihre Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten vertre-

ten. Die Anstaltssatzung kann zulassen, dass dem Verwaltungsrat weitere Mitglieder angehören, die von den Vertretungskörperschaften der Träger gewählt werden. Für die Vertretung der Träger der gemeinsamen kommunalen Anstalt im Verwaltungsrat gilt im Übrigen § 95 Absatz 2 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg entsprechend. Alle Stimmen eines Trägers werden von den anwesenden Verwaltungsratsmitgliedern des Trägers einheitlich abgegeben; eine uneinheitliche Stimmabgabe ist ungültig. Zeigt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte eines Trägers oder die stattdessen nach Satz 3 bestimmte Person dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates an, dass den Verwaltungsratsmitgliedern dieses Trägers eine Weisung erteilt wurde, gibt eine Stimmführerin oder ein Stimmführer alle Stimmen des Trägers einheitlich ab. Hat die Vertretungskörperschaft des Trägers keine Stimmführerin oder keinen Stimmführer bestimmt und einigen sich die anwesenden Verwaltungsratsmitglieder des Trägers vor der Stimmabgabe nicht auf eine Stimmführerin oder einen Stimmführer, ist die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte oder die stattdessen nach Satz 3 bestimmte Person Stimmführerin oder Stimmführer. Bei geheimer Beschlussfassung erfolgt die Stimmabgabe aller Träger durch die nach Satz 6 zur Stimmführerschaft berechtigten Personen. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und mindestens eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.

(3) Der Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt entscheidet über § 95 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg hinaus über

1. die Änderung, Neufassung und Aufhebung der Anstaltssatzung,
2. den Beitritt und Austritt von Trägern,
3. die Erhöhung des Stammkapitals sowie
4. die Umwandlung.

Entscheidungen nach Satz 1 Nummer 2 bis 4 bedürfen der Zustimmung aller Träger, soweit die Anstaltssatzung keine abweichende Regelung trifft. Für die Abwicklung der aufzulösenden gemeinsamen kommunalen Anstalt ist der Vorstand zuständig, soweit der Verwaltungsrat keinen abweichenden Beschluss fasst.

(4) Der Vorstand der gemeinsamen kommunalen Anstalt ist hauptamtlich tätig. Die Anstaltssatzung kann abweichend von Satz 1 bestimmen, dass der Vorstand ehrenamtlich tätig ist, soweit die gemeinsame kommunale Anstalt nur mit der Durchführung von Aufgaben für ihre Träger beauftragt wurde.

(5) Die Träger können in der Anstaltssatzung oder durch schriftliche Vereinbarungen Regelungen über den Ausgleich von Vorteilen und Nachteilen, die sich aus der Errichtung der gemeinsamen kommunalen Anstalt ergeben, sowie Bestimmungen über Ausgleichsleistungen treffen, wenn der gemeinsamen kommunalen Anstalt im Rahmen der Aufgabenerfüllung ein Finanzbedarf entsteht, der nicht durch eigene Erträge, Einzahlungen oder nicht benötigte Finanzmittel gedeckt ist.

(6) Soweit die Träger für die Verbindlichkeiten der gemeinsamen kommunalen Anstalt gegenüber Dritten einzutreten haben, haften sie als Gesamtschuldner. Der Ausgleich im Innenverhältnis zwischen den Trägern richtet sich nach dem Verhält-

nis der Stammeinlagen zueinander. Die Anstaltsatzung kann eine andere Regelung vorsehen.

§ 40

Verordnungsermächtigung

Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Verfahren bei der Errichtung, Beteiligung, Umwandlung, dem Austritt und der Auflösung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt sowie deren Aufbau, die Verwaltung, die Wirtschaftsführung, das Rechnungs- und Prüfungswesen der gemeinsamen kommunalen Anstalt sowie zum Zwecke der Erprobung oder zur Verringerung im Einzelfall nicht erforderlicher Standards die Freistellung von den für die gemeinsamen kommunalen Anstalten geltenden Vorschriften zu regeln.

Teil 6

Anzeige- und Genehmigungspflichten, Aufsicht

§ 41

Anzeige- und Genehmigungspflichten

(1) Vereinbarungen über eine kommunale Zusammenarbeit und sonstige Maßnahmen nach diesem Gesetz sowie deren Änderung, Kündigung und Aufhebung sind genehmigungsfrei, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Kommunen haben der Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen, wenn sie nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zusammenarbeiten. Dabei sind die Beteiligten, die Form der Zusammenarbeit und die Aufgaben, die gemeinsam erfüllt werden, anzugeben. Dies gilt entsprechend für Änderungen oder die Beendigung einer Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit in der Form der Arbeitsgemeinschaft muss nicht angezeigt werden.

(3) Einer Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde bedürfen

1. delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, soweit durch sie pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung oder Auftragsangelegenheiten gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 übertragen werden, sowie deren Aufhebung,
2. Änderungen und Kündigungen einer delegierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach Nummer 1, soweit der Kreis der Beteiligten oder der Bestand der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung oder Auftragsangelegenheiten verändert wird,
3. Vereinbarungen über die Verbands- oder Anstaltssatzung sowie die Aufhebung dieser Satzungen,

4. Änderungen einer Verbands- oder Anstaltssatzung, soweit der Kreis der Beteiligten oder der Bestand der gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 übertragenen pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung oder Auftragsangelegenheiten geändert wird.

(4) Im Genehmigungsverfahren sind andere Behörden zu beteiligen, soweit deren Belange berührt sind.

(5) Die Genehmigung nach Absatz 3 ist zu erteilen, wenn die Vereinbarung nicht gegen Rechtsvorschriften verstößt. Abweichend davon besteht kein Rechtsanspruch auf Genehmigung, wenn für die Übertragung oder die Durchführung der Aufgabe eine besondere Genehmigung erforderlich ist und zu erwarten ist, dass die besondere Genehmigung versagt wird.

(6) Beantragen die Beteiligten eine Genehmigung und entscheidet die Kommunalaufsichtsbehörde, dass eine Genehmigungspflicht nicht besteht, gilt die Vereinbarung oder Maßnahme auch gegenüber Dritten als genehmigungsfrei, wenn in der öffentlichen Bekanntmachung der Vereinbarung oder Maßnahme auf die Entscheidung hingewiesen wird.

§ 42

Aufsicht

(1) Für die Aufsicht gelten die §§ 108 und 109, 110 Absatz 3 und 4 sowie die §§ 111 bis 121 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg entsprechend.

(2) Kommunalaufsichtsbehörde ist die Landrätin oder der Landrat als allgemeine untere Landesbehörde. Dies gilt auch bei Beteiligung Dritter nach § 4 Absatz 1, § 6 oder § 11 Absatz 1.

(3) Arbeiten Kommunen aus mehreren Landkreisen aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zusammen, ist die Landrätin oder der Landrat des Landkreises zuständig, in dem die Kommune ihren Sitz hat, die mit der Durchführung der Aufgabe beauftragt wird oder auf die die Aufgabe übertragen wird. Sind danach mehrere Kommunalaufsichtsbehörden zuständig, bestimmt die oberste Kommunalaufsichtsbehörde die Zuständigkeit.

(4) Arbeiten Kommunen aus mehreren Landkreisen in einem Zweckverband oder einer gemeinsamen kommunalen Anstalt zusammen, ist die Landrätin oder der Landrat des Landkreises zuständig, in dem der Zweckverband oder die gemeinsame kommunale Anstalt den Sitz hat.

(5) Das für Inneres zuständige Ministerium ist Kommunalaufsichtsbehörde, wenn eine Kommune beteiligt ist, die nicht der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder eines Landrates untersteht. Es kann die Zuständigkeit nach Anhörung der Beteiligten auf eine Landrätin oder einen Landrat übertragen.

(6) Oberste Kommunalaufsichtsbehörde ist das für Inneres zuständige Ministerium.

(7) Die Aufgabe der Kommunalaufsichtsbehörden, im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der beteiligten Kommunen im Einklang mit den Gesetzen erfolgt, bleibt unberührt. Die Zuständigkeiten und Befugnisse der besonderen Rechts-, Sonder- und Fachaufsichtsbehörden bleiben ebenfalls unberührt.

§ 43

Anordnung der kommunalen Zusammenarbeit

(1) Die Kommunalaufsichtsbehörde kann Kommunen zur Zusammenarbeit verpflichten und dazu erforderliche Maßnahmen anordnen, soweit dies aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohls erforderlich ist. Gründe des öffentlichen Wohls liegen insbesondere dann vor, wenn die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung durch die mangelnde Leistungsfähigkeit einer der betroffenen Kommunen gefährdet oder aus sonstigen Gründen nicht dauerhaft gesichert ist.

(2) Die Kommunalaufsichtsbehörde kann insbesondere anordnen,

1. eine andere Kommune mit der Durchführung einzelner Aufgaben durch mandantierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu beauftragen,
2. einzelne Aufgaben von einer Kommune auf eine andere Kommune durch delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu übertragen,
3. einem Zweckverband beizutreten oder sich an einer gemeinsamen kommunalen Anstalt zu beteiligen,
4. mit anderen Kommunen einen Zweckverband zu bilden oder eine gemeinsame kommunale Anstalt zu errichten,
5. mehrere Zweckverbände zu einem Zweckverband zusammenzuschließen,
6. einen Zweckverband in einen anderen Zweckverband einzugliedern,
7. kommunale Anstalten oder gemeinsame kommunale Anstalten zu einer gemeinsamen kommunalen Anstalt umzuwandeln.

(3) Darüber hinaus kann die Kommunalaufsichtsbehörde die zur Umsetzung von Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 erforderlichen weiteren Anordnungen treffen. Hierzu kann sie insbesondere anordnen,

1. eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung oder andere Verträge zu kündigen oder aufzuheben,
2. einen Zweckverband oder eine gemeinsame kommunale Anstalt aufzulösen,
3. aus einem Zweckverband oder einer gemeinsamen kommunalen Anstalt auszutreten oder die Mitgliedschaft oder Trägerschaft zu kündigen.

Zudem kann die Kommunalaufsichtsbehörde die Abgabe von durch Rechtsvorschriften vorgesehenen Erklärungen durch andere Kommunen anordnen, soweit

dies zur Umsetzung ihrer Anordnungen oder der Anordnungen einer anderen Kommunalaufsichtsbehörde erforderlich ist.

(4) Die Anordnung der kommunalen Zusammenarbeit kann befristet oder räumlich beschränkt werden.

(5) Die Kommunalaufsichtsbehörde hört die betroffenen Kommunen schriftlich an. Anschließend sind die beabsichtigten Maßnahmen mündlich zu erörtern. Zu dem Erörterungstermin ist mindestens einen Monat vorher einzuladen. Den Beteiligten ist vor einer Anordnung nach den Absätzen 1 bis 3 die Gelegenheit zu geben, in einer angemessenen Frist die beabsichtigten Maßnahmen freiwillig umzusetzen.

(6) Für die Ersatzvornahme gilt § 116 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

(7) Sind die Gründe für die Anordnung einer kommunalen Zusammenarbeit weggefallen, können die beteiligten Kommunen die kommunale Zusammenarbeit mit einer Frist von sechs Monaten kündigen.

(8) Für die Aufstellung oder Durchführung von Bauleitplänen kann die kommunale Zusammenarbeit nicht angeordnet werden.

§ 44

Schlichtung von Streitigkeiten

Bei Streitigkeiten über Rechte und Pflichten aus Vereinbarungen über eine kommunale Zusammenarbeit oder aus Verbands- oder Anstaltssatzungen nach diesem Gesetz kann vor Anrufung eines Gerichts die Kommunalaufsichtsbehörde zur Schlichtung unter Darlegung des Sach- und Streitstandes angerufen werden, soweit nicht in der Vereinbarung oder der Satzung ein besonderes Schiedsverfahren vorgesehen ist. Die Kommunalaufsichtsbehörde unterbreitet einen Vorschlag zur Beilegung der Streitigkeit; die kommunalaufsichtsbehördlichen Befugnisse bleiben unberührt. Die Kommunalaufsichtsbehörde kann sich sachkundiger Dritter bedienen und dadurch entstandene Kosten den Beteiligten durch Bescheid auferlegen.

Teil 7

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 45

Übergangsvorschriften

(1) Bisheriges Recht im Sinne dieser Vorschrift ist das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999 (GVBl. I S. 194), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Mai 2013 (GVBl. I Nr. 18 S. 17) geändert worden ist.

(2) Die Rechtmäßigkeit von Verbandssatzungen und anderen Satzungen, öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen, Beschlüssen und sonstigen Maßnahmen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes wirksam geworden sind, wird durch dieses Gesetz nicht berührt. Verweisen Regelungen nach Satz 1 auf das bisherige Recht, gilt das bisherige Recht insoweit fort.

(3) § 8 Absatz 1 gilt auch für die öffentliche Bekanntmachung der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes noch nicht öffentlich bekannt gemacht worden sind, sowie für die öffentliche Bekanntmachung der Änderung, Aufhebung oder Kündigung öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes öffentlich bekannt gemacht worden sind. § 8 Absatz 2 gilt nicht für Satzungen und Verordnungen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes öffentlich bekannt gemacht worden sind.

(4) § 9 gilt auch für die Wirksamkeit der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes noch nicht wirksam geworden sind, sowie für die Wirksamkeit der Änderung, Aufhebung oder Kündigung der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes wirksam gewordenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen. Die Wirksamkeit nach Satz 1 beginnt frühestens mit Inkrafttreten dieses Gesetzes. Macht eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen, aber noch nicht nach bisherigem Recht öffentlich bekannt gemacht worden ist, die Wirksamkeit von der öffentlichen Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde abhängig, tritt an diese Stelle die letzte öffentliche Bekanntmachung nach § 8 Absatz 1 Satz 1.

(5) Bestehende Beteiligungen oder Mitgliedschaften der Kommunen an Unternehmen und Verbänden, die der gleichen oder einer ähnlichen Aufgabe dienen wie ein Zweckverband, der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gebildet wurde, bleiben unberührt. Hat ein solcher Zweckverband nach der Verbandssatzung anzustreben, solche Beteiligungen oder Mitgliedschaften an Stelle seiner Verbandsmitglieder zu übernehmen, so sind die einzelnen Verbandsmitglieder zu den entsprechenden Rechtsgeschäften und Verwaltungsmaßnahmen verpflichtet.

(6) Die Regelungen des § 29 über die Verbandsumlage gelten erstmals für das erste Haushaltsjahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes. Bis dahin gilt das bisherige Recht.

(7) § 41 gilt auch für Maßnahmen, die nach bisherigem Recht genehmigungspflichtig waren, aber noch nicht genehmigt worden sind.

§ 46

Rechtsfehler bei der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

(1) Ist in einer delegierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung die Bestimmung unwirksam, dass die Befugnis, in Bezug auf die übertragene Aufgabe Satzungen und Verordnungen zu erlassen, bei der übertragenden Kommune verbleibt, so gilt von Anfang an als vereinbart, dass die Kommune zum Satzungs- oder Verordnungserlass befugt ist, die die Satzung oder Verordnung tatsächlich erlassen hat.

(2) Fehlt in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die unbefristet oder über mehr als zwanzig Jahre geschlossen ist, eine wirksame Regelung über die Voraussetzungen, unter denen sie durch einen einzelnen Beteiligten gekündigt oder durch alle Beteiligten aufgelöst werden kann, so gilt von Anfang an als vereinbart, dass jeder Beteiligte zum Ende des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres kündigen kann.

§ 47

Rechtsfehler beim Beitritt in einen Zweckverband und bei der Verbandssatzung

(1) Fehlende oder nicht feststellbare Beschlüsse der Vertretungskörperschaft zum Verbandsbeitritt, fehlende oder nicht feststellbare Anträge von beitretenen Kommunen sowie fehlende oder nicht feststellbare Satzungsänderungsbeschlüsse der Verbandsversammlung zum Beitritt sind von Anfang an unbeachtlich, wenn die Beteiligten den Beitritt tatsächlich vollzogen haben. Der Beitritt gilt als vollzogen, wenn die Kommunen als Verbandsmitglied aufgetreten sind. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Vertreterinnen und Vertreter mit Kenntnis der Vertretungskörperschaft für die Kommune mehr als einmal an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilgenommen und sich an den Beschlussfassungen beteiligt haben.

(2) Weist die Verbandssatzung eines Zweckverbandes einzelne Bestimmungen, die nach § 13 Absatz 2 zum notwendigen Satzungsinhalt gehören, nicht auf, steht dies nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze der Wirksamkeit der Verbandssatzung von Anfang an nicht entgegen.

(3) Fehlt in der Verbandssatzung die Bestimmung der Verbandsmitglieder oder ist diese nicht vollständig, gilt als Verbandsmitglied, wer tatsächlich als Verbandsmitglied aufgetreten ist. Kommunen sind insbesondere dann als Verbandsmitglieder aufgetreten, wenn Vertreterinnen oder Vertreter mit Kenntnis der Vertretungskörperschaft für die Kommune mehr als einmal an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilgenommen und sich an den Beschlussfassungen beteiligt haben.

(4) Fehlen in der Verbandssatzung wirksame Regelungen zu den Aufgaben des Zweckverbandes, gelten die ausschließlich von dem Zweckverband wahrgenommenen Aufgaben als vereinbart.

(5) Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zum Namen des Zweckverbandes, gilt der von dem Zweckverband im Rechtsverkehr verwendete Name als vereinbart. Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zum Sitz des Zweckverbandes, gilt der Ort als vereinbarter Verbandssitz, an dem der Zweckverband seine Verwaltung oder die Geschäftsstelle unterhält. Ist der Sitz nach Satz 2 nicht bestimmbar, gilt der Ort als vereinbarter Verbandssitz, der in der Anschrift des Zweckverbandes angegeben wird.

(6) Fehlt in der Verbandssatzung ein wirksamer Umlagemaßstab, gilt der Umlagemaßstab als vereinbart, nach dem die Verbandsmitglieder seit Aufnahme der Verbandstätigkeit einvernehmlich zur Deckung des Finanzbedarfs beigetragen haben. Ist ein einheitlicher Umlagemaßstab nach Satz 1 nicht bestimmbar, bemisst sich die Verbandsumlage nach der Stimmenzahl der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung.

(7) Fehlt in der Verbandssatzung eine wirksame Regelung zur Form der öffentlichen Bekanntmachungen, gilt die von dem Zweckverband verwendete Bekanntmachungsform als vereinbart, wenn sich die Betroffenen aufgrund der verwendeten Bekanntmachungsform in zumutbarer Weise verlässlich Kenntnis von dem Bekanntmachungsinhalt verschaffen können. Ist eine einheitliche wirksame Bekanntmachungsform danach nicht feststellbar, gilt die öffentliche Bekanntmachung in der Form nach § 14 Absatz 1 Satz 1 oder im Fall des § 42 Absatz 5 Satz 1 in der Form nach § 14 Absatz 1 Satz 2 als vereinbart.

§ 48

Rechtsfehler beim Ausscheiden aus einem Zweckverband

(1) Verstöße gegen die Vertretungsberechtigung sowie Form- und Verfahrensfehler beim Ausscheiden von Verbandsmitgliedern gelten als von Anfang an unbeachtlich, wenn

1. die Verbandsversammlung auf Antrag des ausscheidenden Mitgliedes mit der erforderlichen Mehrheit eine Änderung der Verbandssatzung beschlossen hat, die das Ausscheiden des Verbandsmitgliedes vorsieht,
2. die Änderung der Verbandssatzung wirksam öffentlich bekannt gemacht worden ist und
3. das ausscheidende Verbandsmitglied und der Zweckverband das Ausscheiden tatsächlich vollzogen haben.

Das Ausscheiden gilt insbesondere als vollzogen, wenn das ausscheidende Verbandsmitglied als Aufgabenträger hinsichtlich der Aufgaben, die auf den Zweckverband übertragen waren, aufgetreten ist.

(2) Hat die Verbandsversammlung auf Antrag eines Verbandsmitgliedes entgegen § 32 Absatz 5 einen Beschluss über das Ausscheiden dieses Mitgliedes mit der für Satzungsänderungen nach § 31 Absatz 2 Satz 1 erforderlichen Mehrheit gefasst, ohne eine Änderung der Verbandssatzung zu beschließen, so wird die Änderung der Verbandssatzung rückwirkend zum ersten Tag des übernächsten auf die Beschlussfassung der Verbandsversammlung über das Ausscheiden folgenden Monats wirksam, soweit nicht in der Beschlussfassung ein späterer Zeitpunkt für das Ausscheiden bestimmt gewesen ist.

§ 49

Rechtsfehler bei der gemeinsamen kommunalen Anstalt

Die §§ 47 und 48 gelten für die gemeinsame kommunale Anstalt entsprechend. Dabei entsprechen

1. der Zweckverband der gemeinsamen kommunalen Anstalt,
2. das Verbandsmitglied dem Träger,

3. die Verbandsversammlung dem Verwaltungsrat und
4. die Verbandssatzung der Anstaltssatzung.

§ 50

Planungsverbände

Auf Planungsverbände nach § 205 des Baugesetzbuches sind die Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend anzuwenden, soweit sich aus dem Baugesetzbuch nichts anderes ergibt.

Artikel 2

Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Brandenburg

Der § 5 Absatz 1 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Brandenburg vom 16. Mai 2013 (GVBl. I Nr. 18) wird wie folgt gefasst:

„(1) Für die Zusammenarbeit der Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der Aufgaben nach diesem Gesetz gelten die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg entsprechend. Abweichend von § 41 Absatz 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg bedürfen die Vereinbarungen keiner Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn nur Ämter und amtsfreie Gemeinden die Aufgabe dem Landkreis übertragen, dem sie angehören.“

Artikel 3

Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg

Nach § 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg vom 7. Juli 2009 (GVBl. I S. 262, 264), das durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16. Mai 2013 (GVBl. I Nr. 18 S. 19) geändert worden ist, wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Bekanntmachung im Internet

§ 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet nur Anwendung auf Verfahren im Sinne des § 9 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Eine Verletzung des § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes ist unbeachtlich.“

Artikel 4**Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg**

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Mai 2013 (GVBl. I Nr. 18 S. 17) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden die Angaben zu den §§ 94 und 95 wie folgt gefasst:

„§ 94 Kommunale Anstalten des öffentlichen Rechts

§ 95 Innere Verfassung und Verwaltung der kommunalen Anstalten“.

2. Dem § 2 Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:

„Führt eine kommunale Zusammenarbeit zur Reduzierung der Kosten, so kann das Land vorsehen, dass diese Einsparung teilweise und zeitlich begrenzt bei den Gemeinden verbleibt.“

3. § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 24 wird wie folgt gefasst:

„24. die Mitgliedschaft in Zweckverbänden und sonstigen Verbänden, in Vereinen und Vereinigungen, den Abschluss von Städtepartnerschaften und öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen im Sinne des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg sowie deren Änderung, Aufhebung und Kündigung,“.

4. In § 53 Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „§ 132 Abs. 3 bis 6“ durch die Wörter „§ 132 Absatz 3 bis 7“ ersetzt.

5. § 92 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Unternehmen der Gemeinde können sein:

1. Eigenbetriebe als Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
2. rechtsfähige kommunale Anstalten des öffentlichen Rechts (kommunale Anstalten), die sich in alleiniger Trägerschaft der Gemeinde befinden,
3. Gesellschaften in privater Rechtsform, deren Anteile vollständig der Gemeinde gehören (Eigengesellschaften),
4. trägerschaftliche Beteiligungen an kommunalen Anstalten nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (gemeinsamen kommunalen Anstalten) und Beteiligungen an Gesellschaften in privater Rechtsform, deren Anteile der Gemeinde teilweise gehören.“

6. Die §§ 94 und 95 werden wie folgt gefasst:

„§ 94

Kommunale Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen in der Rechtsform einer rechtsfähigen kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts (kommunale Anstalt) errichten und bestehende Unternehmen nach § 92 Absatz 2 Nummer 1 und 3 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in kommunale Anstalten umwandeln. Die Umwandlung eines Unternehmens in privater Rechtsform ist nur zulässig, wenn keine Sonderrechte im Sinne des § 23 des Umwandlungsgesetzes sowie keine Rechte Dritter an den Anteilen des Unternehmens bestehen. Für die Umwandlung von Unternehmen in privater Rechtsform gelten die Vorschriften des Umwandlungsgesetzes über Formwechsel entsprechend.

(2) Die Rechtsverhältnisse der kommunalen Anstalt sind durch eine Anstaltssatzung zu regeln. Diese muss mindestens Bestimmungen über

1. den Namen,
2. die Aufgaben der kommunalen Anstalt,
3. die Anzahl der Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates und
4. die Höhe des Stammkapitals

enthalten.

In der Anstaltssatzung können darüber hinaus Regelungen über die Formen der Einwohnerbeteiligung und weitere Befugnisse des Verwaltungsrates (§ 95 Absatz 2 Satz 3 Nummer 8) getroffen werden.

(3) Die kommunale Anstalt entsteht am Tag nach der Bekanntmachung der Anstaltssatzung, wenn diese keinen späteren Zeitpunkt bestimmt, frühestens jedoch mit Wirksamwerden der Genehmigung. Die Umwandlung eines im Handelsregister eingetragenen Rechtsträgers in eine kommunale Anstalt wird frühestens mit der Eintragung der kommunalen Anstalt oder, wenn sie nicht eingetragen wird, mit der Eintragung der Umwandlung in das Handelsregister wirksam. Nach der öffentlichen Bekanntmachung der Anstaltssatzung können Rechtsfehler bei der Errichtung der kommunalen Anstalt nur mit Wirkung für die Zukunft geltend gemacht werden. Die Sätze 1 und 3 gelten für die Änderung der Anstaltssatzung entsprechend.

(4) Die kommunale Anstalt kann Unternehmen nach § 92 Absatz 2 Nummer 2 bis 4 gründen, soweit die Aufgaben der kommunalen Anstalt dies rechtfertigen und die Anstaltssatzung Unternehmensgründungen nicht ausschließt. Die Regelungen über die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden gelten entsprechend.

(5) Die Gemeinde kann der kommunalen Anstalt in der Anstaltssatzung einzelne Aufgaben ganz oder teilweise für das gesamte Gemeindegebiet oder Teile davon übertragen oder die kommunale Anstalt mit deren Durchführung

beauftragen; dies gilt nicht für die Erhebung von Steuern nach § 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg. Mit der Übertragung einer Aufgabe gehen alle mit der Trägerschaft der Aufgabe verbundenen Rechte und Pflichten über. Die Befugnis, für die übertragene Aufgabe Satzungen und Verordnungen zu erlassen, geht über, soweit die Anstaltssatzung nichts anderes bestimmt. Soweit die Befugnis zum Erlass von Satzungen über den Anschluss- und Benutzungszwang auf die kommunale Anstalt übergegangen ist, gilt § 12 Absatz 2 und 3 entsprechend. Ist die Befugnis nach Satz 4 nicht übergegangen, kann die Gemeinde für eine öffentliche Einrichtung der kommunalen Anstalt nach § 12 Absatz 2 und 3 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben.

(6) Für Satzungen der kommunalen Anstalt findet § 3 Absatz 2 bis 5 sowie die Rechtsverordnung im Sinne des § 3 Absatz 3 Satz 2 entsprechend Anwendung. Dabei treten an die Stelle des Hauptverwaltungsbeamten der Vorstand und an die Stelle der Hauptsatzung die Anstaltssatzung. Bestimmungen der Anstaltssatzung können von den Bestimmungen der Rechtsverordnung im Sinne des § 3 Absatz 3 Satz 2 abweichen. Die Verletzung von Bestimmungen über die öffentliche Bekanntmachung ist unter den Voraussetzungen des § 3 Absatz 4 unbeachtlich.

(7) Die Gemeinde kann für die kommunale Anstalt vor ihrer Errichtung im Bereich der zu übertragenden Aufgaben Satzungen erlassen. Die kommunale Anstalt kann die Satzungen ändern, ersetzen oder aufheben.

(8) Die kommunale Anstalt kann Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen. Sie kann ein Dienstsiegel nach § 10 führen.

(9) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der kommunalen Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft).

(10) Die Gemeinde kann die kommunale Anstalt auflösen. Die Auflösung der kommunalen Anstalt erfolgt durch Aufhebung der Anstaltssatzung. Sie wird am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Aufhebungssatzung wirksam, soweit diese Satzung keinen späteren Zeitpunkt bestimmt.

§ 95

Innere Verfassung und Verwaltung der kommunalen Anstalten

(1) Die kommunale Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht in der Anstaltssatzung etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Besteht der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, regelt die Anstaltssatzung die Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstandes sowie die Vertretungs- und Zeichnungsbefugnis. Der Vorstand macht die Vertretungsberechtigten sowie den Umfang der Vertretungsbefugnis in geeigneter Weise bekannt. Der Vorstand wird für höchstens fünf Jahre bestellt. Eine erneute Bestellung ist zulässig.

(2) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Hauptverwaltungsbeamten als vorsitzendem Mitglied sowie mindestens zwei weiteren Mitgliedern. Für die Ver-

treterung der Gemeinde im Verwaltungsrat findet § 97 Absatz 1, 2 Satz 2 sowie Absatz 3 bis 8 entsprechend Anwendung. Dem Verwaltungsrat obliegen:

1. der Erlass von Satzungen der kommunalen Anstalt,
2. die Entscheidung über die Gründung von Unternehmen nach § 92 Absatz 2 Nummer 2 bis 4,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Bestellung, Abbestellung und Kontrolle des Vorstandes,
7. die Entlastung des Vorstandes und die Ergebnisverwendung und
8. weitere durch die Anstaltssatzung oder andere Rechtsvorschriften übertragene Befugnisse.

(3) Die Wirtschaftsführung der kommunalen Anstalt erfolgt nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung und den handelsrechtlichen Grundsätzen. Der Wirtschaftsplan für jedes Wirtschaftsjahr ist nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufzustellen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft. Erfüllt die kommunale Anstalt die Voraussetzungen einer kleinen Kapitalgesellschaft nach dem Handelsgesetzbuch, wird der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe oder für mittelgroße Kapitalgesellschaften nach dem Handelsgesetzbuch geltenden Vorschriften aufgestellt und geprüft. § 53 Absatz 1 und § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes finden entsprechende Anwendung.

(4) Auf die kommunale Anstalt sind § 12 Absatz 1, § 13 Satz 1, die §§ 16, 17 Absatz 1 und 2, § 18 Absatz 1 und 4, die §§ 19 bis 25, 29, 30, 31 Absatz 2 und 3, § 33 Absatz 2 Satz 2 bis 4, § 34 Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz und Satz 3 sowie Absatz 2 bis 6, die §§ 35 bis 44, 54, 55, 56 Absatz 1, die §§ 58, 62, 63 Absatz 1 bis 4, die §§ 64, 69 Absatz 1 Nummer 1 und 3 sowie Absatz 2, die §§ 72 bis 76, 78, 79, 100 Absatz 2 und § 105 sowie Kapitel 4 einschließlich § 118 entsprechend anzuwenden. Dabei treten an die Stelle des Hauptverwaltungsbeamten der Vorstand und an die Stelle der Gemeindevertretung der Verwaltungsrat.“

7. § 97 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Ist der Hauptverwaltungsbeamte verhindert, wird er durch seinen allgemeinen Stellvertreter vertreten, wenn er nicht einen anderen Bediensteten benennt; ist der Betraute verhindert, nimmt der Hauptverwaltungsbeamte die Vertretung wahr, wenn er die Verhinderungsververtretung des Betrauten nicht auf einen anderen Bediensteten dauerhaft übertragen hat.“

- b) In Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 wird jeweils das Wort „Beschäftigte“ durch das Wort „Bedienstete“ ersetzt.

8. § 100 wird wie folgt gefasst:

„§ 100

Anzeige- und Genehmigungspflichten

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Gründung oder Übernahme eines Unternehmens in privater Rechtsform nach § 92 Absatz 2 Nummer 3 und 4 sowie die wesentliche Erweiterung des Gegenstandes eines solchen Unternehmens oder einer kommunalen Anstalt, soweit keine Genehmigungspflicht nach Absatz 2 besteht, und

2. die Umwandlung eines Unternehmens in eine andere Rechtsform

sind der Kommunalaufsichtsbehörde unter Nachweis der gesetzlichen Voraussetzungen anzuzeigen.

(2) Einer Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde bedürfen Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung einer kommunalen Anstalt,
2. die Umwandlung eines kommunalen Unternehmens in eine kommunale Anstalt und
3. die Änderung der Anstaltssatzung, soweit der Bestand der übertragenen pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung oder Auftragsangelegenheiten verändert wird.“

9. § 105 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden nach den Wörtern „Prüfungsbehörde für die überörtliche Prüfung ist der “ die Wörter „für die Kommunalaufsicht über die Gemeinde zuständige“ eingefügt.

- b) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Ist das für Inneres zuständige Ministerium Kommunalaufsichtsbehörde, erfolgt die überörtliche Prüfung durch das kommunale Prüfungsamt bei dem für Inneres zuständigen Ministerium.“

10. § 107 Absatz 1 Nummer 11 wird wie folgt gefasst:

- „11. das Verfahren bei der Errichtung, Umwandlung, Änderung und Auflösung einer kommunalen Anstalt und deren Aufbau, die Verwaltung, die Wirtschaftsführung, das Rechnungs- und Prüfungswesen der kommunalen Anstalt sowie zum Zwecke der Erprobung oder zur Verringerung im Ein-

zelfall nicht erforderlicher Standards die Freistellung von den für die kommunalen Anstalten geltenden Vorschriften,“.

11. Dem § 132 wird folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Mit Zustimmung der obersten Fachaufsichtsbehörde kann der Landrat zur Erfüllung der Aufgaben als allgemeine untere Landesbehörde einen anderen Landrat oder Oberbürgermeister durch Vereinbarung mit der Durchführung einzelner Aufgaben beauftragen. Die Zustimmung bedarf des Einvernehmens mit dem für Landesorganisation zuständigen Ministerium. Die Sätze 1 und 2 gelten für die Änderung oder Beendigung der Vereinbarung nach Satz 1 entsprechend.“

Artikel 5

Änderung des Gebührengesetzes für das Land Brandenburg

§ 18 Absatz 2 des Gebührengesetzes für das Land Brandenburg vom 7. Juli 2009 (GVBl. I S. 246), das durch Artikel 7 des Gesetzes vom 16. Mai 2013 (GVBl. I Nr. 18 S. 20) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(2) Wird der Widerspruch von einem anderen als dem Adressaten der Sachentscheidung eingelegt (Dritt Widerspruch), ist der Widerspruchsbescheid auch dann gebührenpflichtig, wenn die Sachentscheidung gebührenfrei war. Die Gebühr für den Dritt Widerspruchsbescheid ist in der nach § 3 Absatz 1 zu erlassenden Gebührenordnung festzulegen. Absatz 1 Satz 1 2. Halbsatz, Satz 2 und 3 findet Anwendung.“

Artikel 6

Änderung des Personenstandsausführungsgesetzes

Das Personenstandsausführungsgesetz vom 9. Oktober 2003 (GVBl. I S. 270), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. April 2009 (GVBl. I S. 66) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert

- a) In Absatz 1 wird nach den Wörtern „Ämtern und amtsfreien Gemeinden“ das Wort „(Aufgabenträger)“ eingefügt.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- c) Die Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.
- d) Absatz 5 wird aufgehoben.
- e) Absatz 6 wird Absatz 4.

2. In § 2 Absatz 2 werden die Wörter „ein Standesamtsbezirk“ durch die Wörter „der Bezirk eines Standesamtes“ ersetzt.
3. § 3 wird wie folgt gefasst:

**„§ 3
Kommunale Zusammenarbeit**

(1) Die Aufgabenträger können bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach den Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg zusammenarbeiten.

(2) Die Anzeige der Zusammenarbeit nach § 41 Absatz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg erfolgt auch gegenüber der unteren Fachaufsichtsbehörde.“

4. § 3a wird aufgehoben.
5. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Übergangsvorschriften“

- b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes] bestehenden Standesamtsbezirke und gemeinsamen Standesamtsbezirke bestehen als Standesämter fort. Bei den in der Anlage genannten Standesämtern, deren Bezirk über ein Amt oder eine amtsfreie Gemeinde hinausgeht, gilt die Aufgabe als auf das Amt oder die amtsfreie Gemeinde übertragen, in dessen Verwaltungsbereich oder deren Gebiet das Standesamt seinen Sitz hat. Die Ämter und amtsfreien Gemeinden tragen die Kosten der Standesämter nach Satz 2 entsprechend dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl, soweit sie nicht eine abweichende Vereinbarung getroffen haben oder treffen. Für die Änderung, Aufhebung und Kündigung der Übertragung gilt das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg.“

6. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

„Anlage zu § 4 Absatz 1:

Standesamt	Sitz	zuständig für die standesamtlichen Aufgaben der amtsfreien Gemeinden und Ämter
Bad Liebenwerda	Bad Liebenwerda	Bad Liebenwerda, Röderland (Ortsteil Reichenhain)
Beelitz	Beelitz	Beelitz, Seddiner See

Beeskow	Beeskow	Beeskow, Friedland, Rietz-Neuendorf
Eichwalde	Eichwalde	Eichwalde, Schulzendorf, Zeuthen
Elsterwerda	Elsterwerda	Elsterwerda, Röderland (mit Ausnahme des Ortsteiles Reichenhain), Schradenland
Falkensee	Falkensee	Dallgow-Döberitz, Falkensee, Schönwalde-Glien
Forst (Lausitz)/Döbern-Land	Forst (Lausitz)	Döbern-Land, Forst (Lausitz)
Glienicke/Nordbahn	Glienicke/Nordbahn	Glienicke/Nordbahn, Mühlenbecker Land
Guben	Guben	Guben, Schenkendöbern
Hennigsdorf	Hennigsdorf	Hennigsdorf, Oberkrämer
Hohen Neuendorf	Hohen Neuendorf	Birkenwerder, Hohen Neuendorf
Königs Wusterhausen	Königs Wusterhausen	Bestensee, Heidensee, Königs Wusterhausen, Wildau
Liebenwalde	Liebenwalde	Liebenwalde, Löwenberger Land
Lübbenau-Vetschau	Lübbenau/ Spreewald	Lübbenau/Spreewald, Vetschau/Spreewald
Nauen	Nauen	Nauen, Wustermark
Neuenhagen bei Berlin	Neuenhagen bei Berlin	Hoppegarten, Neuenhagen bei Berlin
Premnitz	Premnitz	Milower Land (Ortsteile Bahnitz, Bützer, Jerchel, Milow, Möthlitz, Nitzahn), Premnitz
Rathenow	Rathenow	Milower Land (Ortsteile Großwudicke, Schmetzdorf, Vieritz, Zollchow), Rathenow
Seelow	Seelow	Seelow, Seelow-Land
Spremberg/Welzow	Spremberg	Spremberg, Welzow
Teltow	Teltow	Kleinmachnow, Teltow

Velten	Velten	Leegebruch, Velten“
--------	--------	---------------------

Artikel 7

Änderung des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes

§ 10 des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes vom 23. April 2008 (GVBl. I S. 95), das durch Artikel 8 des Gesetzes vom 15. Juli 2010 (GVBl. I Nr. 28 S. 8) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„§ 5 Absatz 6 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg findet keine Anwendung.“

2. Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg bleiben unberührt.“

Artikel 8

Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes

In § 8 Absatz 1 des Landesimmissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juli 1999 (GVBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 7 des Gesetzes vom 15. Juli 2010 (GVBl. I Nr. 28 S. 3) geändert worden ist, werden die Wörter „Landkreise und Zweckverbände“ gestrichen.

Artikel 9

Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes

§ 101 Absatz 2 des Brandenburgischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2011 (GVBl. I Nr. 35) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(2) Auf Schulverbände und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen finden die Vorschriften dieses Gesetzes und im Übrigen die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg Anwendung. Besteht das Bedürfnis zur Errichtung oder Fortführung einer Schule und ist anders ein geordneter Schulbetrieb nicht zu gewährleisten, können die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Zusammenarbeit verpflichtet werden. § 43 des Gesetzes über kom-

munale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg findet entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass die Anordnungen der Kommunalaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der zuständigen Schulbehörde zu treffen sind.“

Artikel 10

Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg

Das Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I S. 174), das zuletzt durch Gesetz vom 5. Dezember 2013 (GVBl. Nr. 40) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „(Steuern, Gebühren und Beiträge)“ gestrichen.
- b) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
 „Dieses Gesetz gilt auch für kommunale Anstalten, soweit ihnen das Recht zur Abgabenerhebung zusteht.“
- c) In Absatz 3 wird nach den Wörtern „Steuern, Gebühren, Beiträge“ das Wort „Umlagen“ eingefügt.

2. § 6 Absatz 2 Satz 5 und 6 wird wie folgt gefasst:

„Bei der Ermittlung der Verzinsung und der Abschreibungen bleibt der aus Beiträgen aufgebrachte Eigenkapitalanteil außer Betracht (Abzugskapital). Die Gemeinden und Gemeindeverbände können ganz oder teilweise

- 1. Zuschüsse Dritter als Abzugskapital behandeln,
 - 2. von einer Auflösung des Abzugskapitals zur Ermittlung der Verzinsung absehen,
- soweit dadurch die dauerhafte Bedienung des Kapitaldienstes nicht gefährdet wird.“

3. § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17 Rechtsverordnung

Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Mitglied der Landesregierung durch Rechtsverordnung dieses Gesetz durch Einfügung der entsprechenden Vorschriften neu zu fassen, wenn dies wegen einer Änderung des in diesem Gesetz für anwendbar erklärten Rechts notwendig wird.“

Artikel 11**Änderung des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes**

In § 50 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz vom 6. Juni 1997 (GVBl. I S. 40), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 11 des Gesetzes vom 15. Juli 2010 (GVBl. I Nr. 28 S. 3) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter „§ 23 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit“ durch die Wörter „dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg“ ersetzt.

Artikel 12**Änderung des Brandenburgischen Wassergesetzes**

Das Brandenburgische Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl. I Nr. 20) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 57 wird wie folgt gefasst:
„§ 57 Kooperationspflicht“
 - b) Die Angabe zu § 59 wird wie folgt gefasst:
„§ 59 Aufgabenträgerschaft“
2. Dem § 58 wird folgender § 57 vorangestellt:

„§ 57**Kooperationspflicht**

Die kommunalen Träger der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung können aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohls zur kommunalen Zusammenarbeit verpflichtet werden. Dies gilt insbesondere, wenn anders die Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung nicht durchgeführt werden kann oder eine schädliche Gewässerveränderung anders nicht zu vermeiden ist. § 43 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg findet Anwendung. Die Entscheidungen trifft die Kommunalaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde.“

3. § 59 wird wie folgt gefasst:

„§ 59

Aufgabenträgerschaft

Die öffentliche Wasserversorgung ist eine Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinde.“

Artikel 13

Änderung des Gesetzes über die Investitionsbank des Landes Brandenburg

Das Gesetz über die Investitionsbank des Landes Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1996 (GVBl. I S. 258), das durch das Gesetz vom 20. April 2004 (GVBl. I S. 156) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „InvestitionsBank“ durch das Wort „Investitionsbank“ ersetzt.
2. In § 4 Absatz 2 Nummer 3 werden die Wörter „öffentlich-rechtliche Zweckverbände“ durch die Wörter „Gemeindeverbände und kommunale Anstalten“ ersetzt.

Artikel 14

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes

§ 1 des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 1999 (GVBl. I S. 398), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. April 2011 (GVBl. I Nr. 7) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 1

Träger der Tierkörperbeseitigung

Zuständige Körperschaften im Sinne des § 3 Absatz 1 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Die Aufgaben, die sie als Beseitigungspflichtige zu erfüllen haben, nehmen sie als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe wahr.“

Artikel 15

Änderung des Brandenburgischen Straßengesetzes

In § 49a Absatz 3 Satz 1 des Brandenburgischen Straßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I S. 358), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3 S. 25) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 24 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit“ durch die Wörter „§ 41 Absatz 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg“ ersetzt.

Artikel 16

Änderung der Genehmigungsfreistellungsverordnung

§ 5 der Genehmigungsfreistellungsverordnung vom 9. März 2009 (GVBl. II S. 118) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Wörter „öffentliche Körperschaften“ durch die Wörter „juristische Personen des öffentlichen Rechts“ ersetzt.
2. In Absatz 1 werden die Wörter „Ämtern, Landkreisen oder Zweckverbänden“ durch die Wörter „Gemeindeverbänden und kommunalen Anstalten“ ersetzt.
3. In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „gemäß § 92 Absatz 2 Nummer 2 oder Nummer 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg“ durch die Wörter „mit eigener Rechtspersönlichkeit in einer Form des Privatrechts“ ersetzt.

Artikel 17

Änderung der Brandenburgischen Personenstandsverordnung

§ 1 der Brandenburgischen Personenstandsverordnung vom 22. August 2013 (GVBl. II Nr. 62) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 3 werden die Wörter „jeden Standesamtsbezirk“ durch die Wörter „jedes Standesamt“ ersetzt.
2. In Absatz 4 wird das Wort „Standesamtsbezirks“ durch das Wort „Standesamts“ ersetzt.

Artikel 18**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten außer Kraft:
1. das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999 (GVBl. I S. 194), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Mai 2013 (GVBl. I Nr. 18 S. 17) geändert worden ist,
 2. die Verordnung zur Bildung von Standesamtsbezirken vom 15. Dezember 2003 (GVBl. II S. 708),
 3. die zweite Verordnung zur Bildung von Standesamtsbezirken vom 3. November 2005 (GVBl. II S. 526),
 4. die dritte Verordnung zur Bildung von Standesamtsbezirken vom 5. Dezember 2008 (GVBl. II S. 468),
 5. die vierte Verordnung zur Bildung von Standesamtsbezirken vom 1. Dezember 2009 (GVBl. II Nr. 45),
 6. die fünfte Verordnung zur Bildung von Standesamtsbezirken vom 2. August 2011 (GVBl. II Nr. 43),
 7. die sechste Verordnung zur Bildung von Standesamtsbezirken vom 19. Dezember 2011 (GVBl. II Nr. 84),
 8. die siebente Verordnung zur Bildung von Standesamtsbezirken vom 4. Juli 2012 (GVBl. II Nr. 54),
 9. die achte Verordnung zur Bildung von Standesamtsbezirken vom 27. November 2013 (GVBl. II Nr. 81).

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Präsident des Landtages

Gunter Fritsch

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Artikel 97 der Verfassung des Landes Brandenburg und Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes garantieren den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht der Selbstverwaltung. Dieses Recht umfasst die eigenverantwortliche Organisation der Aufgabenwahrnehmung und damit auch die Entscheidung, ob und in welchem Umfang die Gemeinde oder der Gemeindeverband zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben mit anderen Kommunen zusammenarbeitet. Zur Verwirklichung der kommunalen Kooperationshoheit bedarf es eines gesetzlichen Rahmens, der die Zusammenarbeit in bestimmten Formen des öffentlichen Rechts ermöglicht und im Einzelnen ausgestaltet. In Brandenburg ist dieser Rechtsrahmen in dem „Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg“ (GKG) geregelt. Nach diesem Gesetz können zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben Arbeitsgemeinschaften begründet, Zweckverbände gebildet und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen geschlossen werden. Das GKG, das im Jahr 1991 im Wesentlichen dem gleichnamigen nordrhein-westfälischen Gesetz nachgebildet wurde, ist zuletzt 1999 inhaltlich punktuell geändert worden.

Die Kommunen stehen nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels, sinkender Einwohnerzahlen, anhaltend knapper Kommunalfinanzen und eines kontinuierlichen Aufgabenzuwachses vor der Herausforderung, ihre Aufgaben so wirtschaftlich wie möglich zu erledigen, die Verwaltungskosten zu senken und dabei zugleich eine bürgernahe und effiziente Verwaltung sicherzustellen. Die kommunale Zusammenarbeit stellt eine Möglichkeit dar, die Qualität der Aufgabenerfüllung zu sichern und die Bürgerfreundlichkeit zu steigern sowie die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte zu verbessern. Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik eröffnet auch vielfältige neue Kooperationsformen. So können etwa interne Servicefunktionen (zum Beispiel im Bereich des Rechnungswesens oder des Gebäudemanagements) ganz oder teilweise von mehreren Kommunen gemeinsam "im Hintergrund" wahrgenommen werden, ohne dass dies von den Bürgerinnen und Bürgern bemerkt oder als Beeinträchtigung empfunden wird. Vielmehr verschafft gerade eine verstärkte Zusammenarbeit den gemeinsam handelnden Kommunen häufig neue Gestaltungsspielräume.

Daher bedarf es einer umfassenden Überarbeitung des GKG und weiterer Rechtsnormen mit dem Ziel, die kommunale Zusammenarbeit zu stärken. Dieser Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit erweitert die Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit und beseitigt nicht erforderliche Beschränkungen.

Insbesondere wird im GKGBbg die Kooperationshoheit hervorgehoben. Für alle Formen der kommunalen Zusammenarbeit wird klargestellt, dass Einschränkungen der kommunalen Kooperationshoheit nur durch ausdrückliche gesetzliche Regelung möglich sind. Dies betrifft vor allem das Verhältnis zum spezialgesetzlichen Fachrecht. Zudem wird verdeutlicht, dass die Kooperationshoheit alle kommunalen Aufgaben, auch Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und Auftragsangelegenheiten, umfasst und dass ein Anspruch auf Genehmigung der Zusammenarbeit besteht, wenn die Vereinbarung nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt.

Darüber hinaus werden die Genehmigungspflichten reduziert. Die Beauftragung eines kommunalen Verwaltungsträgers mit der Durchführung der Aufgaben (Mandatierung) soll nicht mehr unter dem Vorbehalt der kommunalaufsichtlichen Genehmigung stehen. Im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wird die Genehmigungspflicht auch für die Aufgabenübertragung (Delegation) abgeschafft.

Außerdem soll – wie in anderen Ländern bereits vorgesehen – die Rechtsform der gemeinsamen Anstalt des öffentlichen Rechts zur Verfügung stehen. Bislang kann eine Kommune lediglich eine Einzelanstalt als kommunales Unternehmen gründen. Zukünftig sollen mehrere Kommunen (sowie deren Zweckverbände oder Anstalten) eine gemeinsame kommunale Anstalt errichten können. Die Rechtsform der gemeinsamen Anstalt soll für alle kommunalen Aufgaben zur Verfügung stehen. Weil die kommunalen Träger für Verbindlichkeiten der Anstalt haften, sollen die Anstalten in vollem Umfang der Kommunalaufsicht unterfallen.

Künftig soll zudem eine Zusammenarbeit zwischen allen kommunalen Verwaltungsstufen möglich sein und damit insbesondere die kooperative Aufgabenerfüllung zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Kommunen. Auch wird klargestellt, dass eine Zusammenarbeit sich auch auf sachlich oder örtlich begrenzte Teile einer Aufgabe beziehen kann. Ausgehend von einem weiten Aufgabenbegriff, der verwaltungsinterne Dienstleistungen umfasst, können damit auch einzelne Arbeitsschritte eines Prozesses zur Erstellung einer kommunalen Leistung Gegenstand kommunaler Zusammenarbeit sein.

Mit diesem Gesetz wird darüber hinaus das Zweckverbandsrecht überarbeitet, um einen übersichtlicheren Aufbau, eine bessere Verständlichkeit der Vorschriften und eine Anpassung der inneren Verbandsverfassung an die Regelungen der Kommunalverfassung zu erreichen. Zur Gewährleistung der Liquidität der Zweckverbände sollen Umlagevorauszahlungen und die Abtretbarkeit der Umlageforderungen ermöglicht werden. Zudem soll klargestellt werden, unter welchen Voraussetzungen von der Auflösung des Abzugskapitals (Beiträge, Zuschüsse Dritter) bei der Gebührenkalkulation abgesehen werden kann. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten der Kommunalaufsicht zur Anordnung der kommunalen Zusammenarbeit klarer gefasst werden, insbesondere für die Bereiche der Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Soweit die Kosten für durch das Land zugewiesene Aufgaben landesseitig erstattet und im Fall von Kooperationsrenditen die Erstattung durch das Land reduziert wird, entfällt der finanzielle Anreiz für Kommunen, durch kommunale Zusammenarbeit die Aufgaben effizienter zu erledigen. Es wird daher durch Ergänzung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ausdrücklich klargestellt, dass das Land bei dem finanziellen Ausgleich vorsehen kann, dass Einsparungen durch kommunale Zusammenarbeit teilweise und vorübergehend bei den Kommunen verbleiben.

Da die Regelungen über die kommunale Zusammenarbeit nicht gelten, wenn die Landrätinnen und Landräte im Wege der Organleihe als Landesbehörden handeln, wird durch Ergänzung der Kommunalverfassung zudem eine Zusammenarbeit der Landrätinnen und Landräte als allgemeine untere Landesbehörden, etwa bei der überörtlichen Prüfung, ermöglicht.

Darüber hinaus wurden die bestehenden Regelungen an vielen Stellen redaktionell überarbeitet und geschlechtsneutral formuliert.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg)

Zu Teil 1 (Grundlagen)

Zu § 1 (Kooperationshoheit)

Den Kommunen steht es im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts frei zu kooperieren. Das in Artikel 28 Absatz 2 GG und Artikel 97 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg garantierte Selbstverwaltungsrecht umfasst die Kooperationshoheit als Teil der Organisationshoheit. Eine Ausprägung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie ist die Befugnis, darüber zu befinden, ob eine bestimmte Aufgabe eigenständig oder gemeinsam mit anderen Verwaltungsträgern wahrgenommen wird und ob zu diesem Zweck gemeinsame Institutionen gegründet werden (vgl. BVerfG, Urteil vom 20.12.2007, 2 BvR 2433/04). Um dieses Recht der Kommunen hervorzuheben, wird in § 1 unter der Überschrift der Kooperationshoheit klargestellt, dass Einschränkungen der kommunalen Kooperationshoheit nur durch ausdrückliche gesetzliche Regelung möglich sind und die Kooperationshoheit für alle kommunalen Aufgaben gilt. Das Recht auf Kooperation in § 1 spiegelt sich wider in dem Rechtsanspruch auf Genehmigung der Zusammenarbeit nach § 41 Absatz 5 des Entwurfs.

Zu Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 führt die Möglichkeit der stufenübergreifenden Zusammenarbeit neu ein. Mit der Neuregelung wird insbesondere eine Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Landkreis ermöglicht. Die bisherige Beschränkung in § 1 Absatz 1 Satz 1 a.F. auf Aufgaben, „zu deren Erfüllung [die Kommune] berechtigt oder verpflichtet ist“, ließ eine stufenübergreifende Zusammenarbeit nur in Ausnahmefällen zu. Denn in der Regel obliegt eine Aufgabe ausschließlich der Gemeinde oder ausschließlich dem Landkreis.

In Anlehnung an Artikel 97 Absatz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg wird statt „Wahrnehmung“ von Aufgaben nunmehr der Begriff „Erfüllung“ von Aufgaben verwendet. Er umfasst als durchgängig verwandter Oberbegriff sowohl die Trägerschaft der Aufgaben als auch die Durchführung von Aufgaben.

Zudem wird anstelle des bisherigen Begriffspaares „Gemeinden und Gemeindeverbände“ künftig durchgängig auf den Begriff der Kommune abgestellt (vgl. die Begründung zu Absatz 3).

In Absatz 1 Satz 2 wird klargestellt, dass die Kooperationshoheit alle öffentlichen Aufgaben der Kommunen, auch Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und Auftragsangelegenheiten, umfasst. Schon nach der bisherigen Regelung in § 1 Absatz 1 Satz 1 a.F. waren kommunale Aufgaben jeder Art umfasst. Mit der ausdrücklichen Klarstellung sollen Unsicherheiten der Rechtsanwender über den Umfang der zulässigen Zusammenarbeit beseitigt werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 stellt für alle Formen der kommunalen Zusammenarbeit klar, dass die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Kooperationshoheit nur durch ausdrückliche gesetzliche Regelung eingeschränkt werden kann. Im Verhältnis zur bisherigen Regelung in § 1 Absatz 1 Satz 2 a.F. wird hervorgehoben, dass es sich um eine ausdrückliche Einschränkung handeln muss. Insbesondere bloße Zuständigkeitszuweisungen schließen daher eine Kooperation nicht aus. Darüber hinaus weist die Formulierung „soweit“ nunmehr darauf hin, dass auch die Reichweite der Einschränkung der Zusammenarbeit ausdrücklich normiert sein muss. Die in § 1 Absatz 1 Satz 2 a.F. zusätzlich normierte Beschränkbarkeit der zulässigen Formen kommunaler Zusammenarbeit wird nunmehr in § 2 Absatz 1 Satz 2 geregelt.

Zu Absatz 3

Der Absatz regelt den Anwendungsbereich des Gesetzes. Anstelle der bisherigen Regelung, die sich auf „Gemeinden und Gemeindeverbände“ bezieht und nur aufgrund der Anwendungsbefehle in § 133 Absatz 1 Satz 2 BbgKVerf und § 5 Absatz 2 GKG a.F. für Ämter und Zweckverbände galt, wird zur Vereinfachung zukünftig auf den Begriff der Kommune abgestellt. Kommunen im Sinne des Gesetzes sind die Gemeinden und Landkreise. Die für die Kommunen geltenden Regelungen des GKGBbg umfassen nach Satz 2 auch alle anderen kommunale Aufgabenträger, nämlich die Ämter, Zweckverbände, kommunalen Anstalten und die gemeinsamen kommunalen Anstalten. Da diese Aufgabenträger keine Gebietskörperschaften sind, werden sie den Kommunen im Anwendungsbereich des Gesetzes nur insoweit gleichgestellt, als in den einzelnen Vorschriften nichts anderes geregelt ist. Grundsätzlich können also folgende kommunalen Aufgabenträger untereinander und Ebenen übergreifend zusammenarbeiten: Gemeinden, Ämter, Landkreise, Zweckverbände, kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten. Als abweichende Regel ist insbesondere § 5 Absatz 1 Satz 2 zu nennen, wonach kommunale Anstalten und Zweckverbände Aufgaben nur durchführen oder übernehmen können, soweit die Anstalts- oder Verbandssatzung dies vorsieht.

Zu Absatz 4

Absatz 4 hat deklaratorischen Charakter und weist auf die Rechtslage hin, dass Kommunen grenzüberschreitend zusammenarbeiten können, soweit dies auf der Grundlage der Staatsverträge, die vom Land Brandenburg mit anderen Ländern geschlossen wurden, zugelassen ist.

Derzeit hat das Land Brandenburg folgende Staatsverträge über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zweckverbänden und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen (Zweckvereinbarungen) abgeschlossen:

- Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Sachsen-Anhalt über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden und durch Zweckvereinbarungen vom 9. Oktober 1997 (GVBl. I S. 108),
- Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in

Zweckverbänden und durch Zweckvereinbarungen vom 26. November 1998 (GVBl. I S. 225),

- Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 6. Juni 2001 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuches und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen vom 7. November 2001 (GVBl. I S. 238).

Darüber hinaus können spezialgesetzliche Staatsverträge die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit eröffnen. Die Kooperation in privater Rechtsform oder eine informelle Zusammenarbeit ist auch ohne besondere Rechtsgrundlage möglich.

Zu § 2 (Formen der kommunalen Zusammenarbeit)

Zu Absatz 1

§ 2 Absatz 1 Satz 1 zählt die möglichen Formen der Zusammenarbeit nach diesem Gesetz auf. Als neue Form der kommunalen Zusammenarbeit wird die gemeinsame kommunale Anstalt eingeführt (vgl. dazu ausführlicher die Begründung zu Teil 5 des Gesetzes). Die Aufzählung in Satz 1 folgt dem Grad der Institutionalisierung. Während die Zusammenarbeit in einer Arbeitsgemeinschaft leicht zu begründen und wieder zu lösen ist, haben die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen einen stärkeren Bindungs- und Formalisierungsgrad. Mit der Errichtung eines Zweckverbandes oder einer gemeinsamen kommunalen Anstalt werden eigenständige Verwaltungsträger geschaffen, was zu besonderen formalen Anforderungen und einem höheren Bindungsgrad führt.

Absatz 1 Satz 2 ersetzt § 1 Absatz 2 Halbsatz 1 a.F. Danach können spezialgesetzliche Regelungen die kommunalrechtlichen Formen der Zusammenarbeit verdrängen. Der Ausschluss der allgemeinen Formen der Zusammenarbeit muss, wie nunmehr klargestellt wird, ausdrücklich normiert sein. Daraus folgt insbesondere, dass allein durch die Regelung einer besonderen, im GKGBbg nicht explizit ausgestalteten Kooperationsform (etwa die Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Organisationseinheit) oder durch die Modifizierung einer Kooperationsform die Zusammenarbeit im Übrigen nicht ausgeschlossen wird.

Zu Absatz 2

Absatz 2 stellt klar, dass die Kommunen neben den öffentlich-rechtlichen Formen der Zusammenarbeit nach diesem und nach anderen Gesetzen auch in privaten Rechtsformen kooperieren können. In Frage kommt der Abschluss von zivilrechtlichen Verträgen, die Mitgliedschaft in Vereinen oder in Gesellschaften des Privatrechts.

Zu § 3 (Beauftragung und Aufgabenübertragung)

§ 3 regelt die beiden Arten der gemeinsamen Aufgabenerfüllung, die Beauftragung oder Mandatierung einerseits und die Aufgabenübertragung oder Delegation andererseits, sowie deren Rechtsfolgen. Dem Rechtsanwender wird so neben dem Überblick über die Kooperationsformen in § 2 auch ein Überblick über die Systematik der Art der gemeinsamen Aufgabenerfüllung gegeben. Zugleich werden

damit die Regelungen über Mandatierung und Delegation für die drei im GKGBbg geregelten Kooperationsformen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, des Zweckverbands und der gemeinsamen kommunalen Anstalt soweit wie möglich einheitlich geregelt. Abweichungen werden im jeweiligen Abschnitt über die spezielle Kooperationsform geregelt.

In der Praxis hat sich wiederholt gezeigt, dass die bisher geläufige Unterscheidung zwischen „mandatierender Aufgabenübertragung“ und „delegierender Aufgabenübertragung“ auch für die rechtskundigen Anwenderinnen und Anwender schwer verständlich war. Daher wird nunmehr auch sprachlich klarer unterschieden werden zwischen der Beauftragung mit der Durchführung der Aufgaben (Mandatierung) und der Aufgabenübertragung (Delegation).

Zu Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 regelt die Grundsystematik. Es wird unterschieden zwischen der delegierenden Aufgabenübertragung, bei der die Aufgabe einem anderen Verwaltungsträger zugeordnet wird, also ein Zuständigkeitswechsel stattfindet, und der Beauftragung einer anderen Kommune mit der Durchführung der Aufgabe. Die Beauftragung mit der Durchführung der Aufgabe erfolgt ohne Zuständigkeitswechsel. Bei unveränderter Trägerschaft bleibt die Verantwortung für die Aufgabe nach außen bei der beauftragenden Kommune, lediglich die (interne) Durchführung übernimmt die beauftragte Kommune. Der Begriff der „Durchführung von Aufgaben“ ist weit zu verstehen. Er umfasst sowohl hoheitliche Maßnahmen, wie zum Beispiel den Erlass von Verwaltungsakten im oder unter dem Namen der beauftragenden Kommune, als auch die Erbringung verwaltungsinterner Dienstleistungen (IT, Beschaffung, Buchführung, Verwaltung von Personal und Sachmitteln), die von vornherein einer größeren Zahl von Aufgaben dienen. Die vereinbarte Zusammenarbeit kann auch die gemeinsame Durchführung der Aufgabe für mehr als eine öffentliche Einrichtung oder für mehrere Kommunen umfassen, zum Beispiel die gemeinsame Immobilienverwaltung oder Grünflächenpflege.

Die vergaberechtlichen Vorschriften des Landes, des Bundes und der Europäischen Union bleiben unberührt. Das heißt, dass sich insbesondere die Frage, ob und wie auszuschreiben ist, nach dem Vergaberecht richtet.

Absatz 1 Satz 2 stellt ausdrücklich klar, dass sich die gemeinsame Aufgabenerledigung auch auf sachlich und örtlich begrenzte Teile einer öffentlichen Aufgabe beziehen kann. Teilaufgaben können gemeinsam erfüllt oder die Zusammenarbeit auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt werden. Die Beschränkung der Zusammenarbeit auf sachlich oder örtliche begrenzte Teile der Aufgaben ist in allen Kooperationsformen und unabhängig von der Vereinbarung einer Übertragung oder der Beauftragung mit der Durchführung der Aufgabe möglich. Damit wird unter anderem auch klargestellt, dass auch verwaltungsinterne Dienstleistungen umfasst sind und einzelne Arbeitsschritte eines Prozesses zur Erstellung einer kommunalen Leistung Gegenstand kommunaler Zusammenarbeit sein können.

Soll die Trägerschaft der Teilaufgabe nach Satz 1 Nummer 2 wechseln, ist es erforderlich, dass es sich um eine eindeutig abgrenzbare Teilaufgabe handelt, um klare Zuständigkeiten insbesondere bei der Gefahrenabwehr und im Rechtsverkehr zu gewährleisten.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt die Rechtsfolgen der Beauftragung einer anderen Kommune nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 (Mandatierung). Wird eine andere kommunale Körperschaft, ein Zweckverband, eine Anstalt oder eine gemeinsame kommunale Anstalt mit der Durchführung der Aufgabe beauftragt, bleiben Rechte und Pflichten der beauftragenden Kommune als Trägerin der Aufgabe unberührt. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Befugnis, für die betreffenden öffentlichen Aufgaben Satzungen und Verordnungen zu erlassen, als auch hinsichtlich der grundsätzlich weiterbestehenden Verpflichtung, für eine ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgabe zu sorgen. Die in Satz 2 vorgesehene Weisungsbefugnis dient der mandatierenden Kommune, im Rahmen ihrer Aufgabenverantwortung gegenüber der beauftragten Kommune auf eine ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgabe hinzuwirken.

Mit der Beauftragung überträgt die Kommune die Durchführungsbefugnis und die Durchführungspflicht. Soweit nichts geregelt ist, verliert die beauftragende Kommune damit die Durchführungsbefugnis in Bezug auf die Aufgabe. Zulässig ist jedoch auch, dass sich die beauftragende Kommune zusätzlich selbst die Durchführungsbefugnis vorbehält (vgl. auch § 5 Absatz 2 zur wechselseitigen Mandatierung). Ebenso ist es zulässig (wenngleich nicht immer sinnvoll), dass die Durchführungsbefugnis und -pflicht in mehrseitigen Vereinbarungen zugleich auf mehrere Kommunen übertragen wird.

Mit der Aufgabenträgerschaft verbleibt die Abgabehoheit in Bezug auf die Aufgabe bei der beauftragenden Kommune. Die beauftragte Kommune kann daher die Abgaben nicht im eigenen Namen erheben. Die nach außen zuständige Kommune erhebt und bucht die Einnahmen. Jedoch kann die beauftragte Kommune die Abgaben im oder unter dem Namen der beauftragenden Kommune erheben. Zur Erhöhung der Praktikabilität ist es möglich, eine Aufrechnung mit dem Anspruch auf Kostenerstattung aufgrund des § 7 Absatz 4 zu vereinbaren (soweit der Anspruch auf Kostenerstattung in Höhe der Abgabenansprüche besteht).

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt die Rechtsfolgen der Aufgabenübertragung nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 (Delegation). Die bisherigen Regelungen zu den Rechtsfolgen eines Trägerschaftswechsels finden sich sowohl in § 6 als auch in § 23 Absatz 2 a.F. Nunmehr werden die Rechtsfolgen einer Delegation einheitlich geregelt, da die Aufgabenübertragung in verschiedenen Kooperationsformen vereinbart werden kann (delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung, Errichtung eines Zweckverbandes oder Beitritt zum Zweckverband, Errichtung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt oder Beitritt zu einer gemeinsamen kommunalen Anstalt).

Mit der Delegation der Aufgabe gehen gemäß Absatz 3 Satz 1 alle Rechte und Pflichten auf den neuen Aufgabenträger über. Es handelt sich um einen echten Zuständigkeitswechsel, der auch nach außen beispielsweise durch einen anderen Briefkopf deutlich wird. Mit dem Zuständigkeitswechsel müssen sich Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Aufsichtsbehörde bei mangelhafter Pflichterfüllung an die die Aufgabe erfüllende Körperschaft oder Anstalt und nicht mehr an den ursprünglichen Aufgabenträger wenden.

Mit der Trägerschaft der Aufgabe geht gemäß Absatz 3 Satz 2 zugleich als Annexkompetenz die Befugnis, Satzungen oder Verordnungen zu erlassen, auf den neuen Aufgabenträger über, soweit die öffentlich-rechtliche Vereinbarung, die Verbandssatzung oder die Anstaltssatzung nichts anderes bestimmt. Die Delegation der Aufgabe auf einen Zweckverband oder eine gemeinsame kommunale Anstalt führt also im Regelfall zum Übergang der Satzungs- und Verordnungskompetenz, es sei denn, die Verbands- bzw. Anstaltssatzung schließt dies für alle oder für einzelne Mitglieder bzw. Träger aus. Für die Kooperationsform der delegierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gilt dies im Regelfall entsprechend. Da es sich bei einer delegierenden Vereinbarung typischerweise um eine zweiseitige Vereinbarung handelt, ist hier eine Trennung von Satzungs- und Ausführungszuständigkeit eher praktikabel als bei Zweckverbänden oder gemeinsamen kommunalen Anstalten. Daher wird in § 7 Absatz 2 auf die Möglichkeit einer solchen abweichenden Regelung ausdrücklich hingewiesen. Zudem enthält § 46 Absatz 1 Bestimmungen für den Fall einer unwirksamen abweichenden Regelung in der delegierenden Vereinbarung.

Die bisherigen Regelungen des § 6 Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 a.F. sind in § 3 Absatz 3 Satz 2 integriert worden.

Mit der Trägerschaft der Aufgabe geht auch die Abgabenhoeheit als Annexkompetenz auf den neuen Verwaltungsträger über. Die Abgabenhoeheit dient der Finanzierung der Aufgabenerfüllung. Gemäß § 64 Absatz 2 Nummer 1 BbgKVerf hat die Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben die erforderlichen Erträge aus speziellen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen zu beschaffen. Die Befugnis, Abgaben zu erheben, geht daher auch dann mit der Trägerschaft der Aufgabe auf den neuen Verwaltungsträger über, wenn eine Verbands- oder Anstaltssatzung bzw. eine delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung regelt, dass die Satzungs-hoeheit nicht mit der Aufgabe übertragen wird. Die übertragenden Kommunen müssen in diesem Fall die notwendigen Abgabensatzungen selbst erlassen.

Absatz 3 Satz 3 regelt, dass übertragene Aufgaben auf andere Kommunen übertragen werden können. Im Wege der Delegation übernommene Aufgaben können also weiterdelegiert werden, soweit die Weiterdelegation nicht in der delegierenden Vereinbarung (§ 5), der Verbandssatzung (§ 13) oder der Anstaltssatzung (§ 37 Absatz 3) ausgeschlossen wurde. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Kommunen eigenverantwortlich entscheiden, ob im jeweiligen Einzelfall eine solche Mehrstufigkeit – auch im Hinblick auf die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten – zur ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung beitragen kann.

Zu Teil 2 (Die Arbeitsgemeinschaft)

Zu § 4 (Arbeitsgemeinschaft)

Die Neuregelung fasst die §§ 2 und 3 a.F. in einer Vorschrift zusammen.

Zu Absatz 1

Eine Arbeitsgemeinschaft ist eine nicht rechtsfähige Vereinigung von kommunalen Körperschaften oder Anstalten (Gemeinde, Landkreis, Amt, Zweckverband, kommunale Anstalt, gemeinsame kommunale Anstalt), an der sich gemäß Absatz 1 Satz 2 auch weitere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder Personen des Privatrechts beteiligen können. Sie ist die loseste Form

der kommunalen Zusammenarbeit, da weder eine juristische Person des öffentlichen Rechts geschaffen wird noch eine Übertragung von Aufgaben auf die Arbeitsgemeinschaft erfolgt.

Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft erfolgt durch schriftliche Vereinbarung der kommunalen Zusammenarbeit in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag. Das Schriftlichkeitserfordernis folgt aus § 57 VwVfG i.V.m. § 1 Absatz 1 VwVfGBbg.

Zu Absatz 2

In Absatz 2 wird der Zweck der Arbeitsgemeinschaft erläutert. Die kommunale Arbeitsgemeinschaft dient der Beratung der Mitglieder untereinander. Insbesondere können Planungen und die Tätigkeit von öffentlichen Einrichtungen, Dienststellen oder Unternehmen der Mitglieder aufeinander abgestimmt werden, gemeinsame Flächennutzungspläne vorbereitet, andere Formen kommunaler Zusammenarbeit vorbereitet oder die gemeinsame wirtschaftliche und zweckmäßige Erfüllung der Aufgaben in einem größeren nachbarlichen Gebiet sichergestellt werden. Satz 2 zählt damit exemplarisch Tätigkeitsfelder für die kommunale Zusammenarbeit in einer Arbeitsgemeinschaft auf und wiederholt den Grundsatz der wirtschaftlichen und zweckmäßigen Aufgabenerfüllung, der auch für die gemeinsame Erfüllung von Aufgaben gilt. Die neue Begrifflichkeit „Einrichtungen, Dienststellen und Unternehmen“ in Satz 2 stellt klar, dass nicht nur die Tätigkeit von Einrichtungen im Sinne des § 12 BbgKVerf abgestimmt werden können, sondern auch Tätigkeiten interner Organisationseinheiten und kommunaler Unternehmen gemäß § 92 BbgKVerf. Der Begriff „gemeinsame Flächennutzungspläne“ knüpft insbesondere an § 204 BauGB an.

Die Zweckbestimmung in Absatz 2 Satz 2, die auf eine „gemeinsame wirtschaftliche und zweckmäßige Erfüllung der Aufgaben in einem größeren nachbarlichen Gebiet“ zielt, regelt nicht, dass die kommunale Zusammenarbeit in Arbeitsgemeinschaften auf benachbarte Kommunen beschränkt ist. Dies wird durch die Verknüpfung mit dem Wort „oder“ im Vergleich zur bisherigen Regelung klarer gefasst.

Zu Absatz 3

In der Arbeitsgemeinschaft können die Beteiligten zusammenarbeiten, jedoch keine die Mitglieder bindenden Beschlüsse fassen. Dies wird in Absatz 3 entsprechend § 3 Absatz 1 a.F. geregelt.

Zu Absatz 4

Absatz 4 Satz 1 regelt, dass die Kommunen und sonstigen Mitglieder in der Vereinbarung über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft auch die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft, die Geschäftsordnung und die Deckung des Finanzbedarfs bestimmen sollen. Die Regelung des Satz 1 verpflichtet die Kommunen, jedoch führt das Fehlen der entsprechenden Regelungen in dem Vertrag nicht zu seiner Unwirksamkeit.

Absatz 4 Satz 2 bestimmt den Zeitpunkt der Wirksamkeit der vereinbarten Zusammenarbeit, der an die vorgesehene Schriftform anknüpft. Der Vertrag über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft wird wirksam, sobald sie von allen Beteiligten unterzeichnet ist. Die (Außen-)Zuständigkeit für die Unterzeichnung der Vereinbarung bestimmt sich für die Gemeinden nach § 57 BbgKVerf. Die interne Organzu-

ständigkeit für die Entscheidung über die Bildung, Auflösung oder Änderung einer Arbeitsgemeinschaft liegt bei der Hauptverwaltungsbeamtin oder beim Hauptverwaltungsbeamten, wenn sich die Arbeitsgemeinschaft mit Angelegenheiten befasst, die diesem Gemeindeorgan zugewiesen sind, insbesondere Geschäften der laufenden Verwaltung oder Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, im Übrigen beim Hauptausschuss nach § 50 Absatz 2 Satz 1 BbgKVerf oder der Gemeindevertretung nach § 28 Absatz 3 BbgKVerf.

Zu Teil 3 (Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung)

Teil 3 entspricht den bisherigen Regelungen der §§ 23 und 24 im Vierten Teil des GKG a.F.

Zu § 5 (Mandatierende und delegierende Vereinbarung)

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt, dass Kommunen in der Form der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zusammenarbeiten können. Eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist ein öffentlich-rechtlicher Vertrag, in dem Kommunen eine kommunale Zusammenarbeit vereinbaren und dazu eine am Vertrag beteiligte Kommune mit der Durchführung von Aufgaben beauftragen oder Aufgaben auf eine am Vertrag beteiligte Kommune übertragen. Dies kann ein zweiseitiger oder ein mehrseitiger Vertrag sein.

Voraussetzung ist nicht mehr, dass die Aufgabe allen Kommunen obliegt (bisher § 1 Absatz 1 Satz 1 GKG), jedoch muss die beauftragende oder übertragende Kommune zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses Verfügungsbefugt sein. Entsprechend der Legaldefinition in Absatz 1 Satz 1 wird zwischen der mandatierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung und der delegierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unterschieden. Die Unterscheidung folgt der in § 3 vorangestellten Grundsystematik der Mandatierung und der Delegation und deren Rechtsfolgen. Die Rechtsfolgen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ergeben sich daher auch aus § 3 Absatz 2 und 3.

Durch die mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung können Kommunen andere kommunale Körperschaften oder Anstalten mit der Durchführung einzelner Aufgaben beauftragen. Die Beauftragung mit der Durchführung der Aufgabe erfolgt ohne Zuständigkeitswechsel. Bei unveränderter Trägerschaft bleibt die Verantwortung für die Aufgabe nach außen bei der beauftragenden Kommune, lediglich die (interne) Durchführung übernimmt die beauftragte Kommune. Die mit der Erfüllung verbundenen Rechte und Pflichten verbleiben bei der beauftragenden Kommune (§ 3 Absatz 2 Satz 1); die Übertragung der Rechtsetzungsbefugnis kann nicht vereinbart werden. Die beauftragende Kommune hat das Recht zu fachlichen Weisungen (§ 3 Absatz 2 Satz 2). Der Begriff der „Durchführung von Aufgaben“ ist weit zu verstehen.

Durch eine delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung können Kommunen einzelne Aufgaben auf eine andere kommunale Körperschaft oder Anstalt übertragen. Mit der Aufgabenübertragung gehen gemäß § 3 Absatz 3 Satz 1 die Rechte und Pflichten auf den neuen Träger der Aufgabe über. Es handelt sich um einen echten Zuständigkeitswechsel, der auch nach außen beispielsweise durch einen anderen Briefkopf deutlich wird.

Die Form der kommunalen Zusammenarbeit in der Form der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist gemäß dem Wortlaut des § 5 Absatz 1 Satz 1 auf „einzelne“ Aufgaben beschränkt. Damit wird wie auch nach bisherigem Recht klargestellt, dass sich der Umfang der Aufgabenübertragung und der Beauftragung am Demokratieprinzip und der aus Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 GG abzuleitenden Pflicht zur gemeindlichen Wahrung und Sicherung des eigenen Aufgabenbestandes zu orientieren hat. Danach ist eine vollständige Wegdelegation aller Aufgaben (insbesondere einer Gebietskörperschaft) unzulässig. Die Grenze zur Unzulässigkeit hängt von den Umständen des Einzelfalles ab, etwa davon, ob es sich um Delegationen oder lediglich um Mandatierungen handelt, von den vereinbarten Mitwirkungsrechten (§ 7 Absatz 3), vom Umfang der verbleibenden Aufgaben oder der Art des Verwaltungsträgers (Gebietskörperschaft, Bundkörperschaft, Anstalt).

Dass sich die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen auch lediglich auf Teilaufgaben oder Teilgebiete erstrecken können, ergibt sich aus § 3 Absatz 1 Satz 2.

Absatz 1 Satz 2 schränkt die kommunale Zusammenarbeit in der Form der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für Anstalten und Zweckverbände ein, da diesen anders als den Gebietskörperschaften und Ämtern keine originär eigenen Zuständigkeiten durch Gesetz zugeordnet sind. Satz 2 regelt, dass Anstalten und Zweckverbände öffentlich-rechtliche Vereinbarungen nach Satz 1 nur abschließen dürfen, wenn ihnen die durchzuführende Aufgabe oder die zu übernehmende Aufgabe als Aufgabe gemäß der Anstalts- oder Verbandssatzung obliegt. Ein Zweckverband kann also sowohl von Mitgliedskommunen als auch von anderen Kommunen durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Durchführung von einzelnen Aufgaben beauftragt werden oder ihm können Aufgaben übertragen werden, sofern diese Aufgaben ihm grundsätzlich laut Satzung obliegen. Dies gilt ebenso für kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten. Dabei ist zu beachten, dass der Anstalt oder dem Zweckverband die entsprechende Aufgabe ggf. bereits dadurch obliegt, dass diese als Annex zur Hauptaufgabe anzusehen sind. Welche Annextätigkeiten (wie zum Beispiel die Abgabenerhebung) von der Verbands- oder Anstaltssatzungen umfasst sind, ist durch Auslegung zu ermitteln.

Zu Absatz 2

Absatz 2 stellt klar, dass eine wechselseitige Mandatierung zulässig ist. Unter der wechselseitigen Mandatierung ist zu verstehen, dass einerseits eine Kommune eine andere Kommune mit der Durchführung ihrer Aufgabe beauftragt, wobei sie sich zugleich selbst die Durchführungsbefugnis vorbehält, und andererseits die andere Kommune ihrerseits erstere Kommune mit der Durchführung ihrer Aufgabe beauftragt, während sie sich selbst die Durchführungsbefugnis vorbehält. Im Ergebnis dürfen beide Kommunen die Aufgabe in beiden Hoheitsgebieten durchführen. In Fällen mehrseitiger mandatierender Vereinbarungen ist es grundsätzlich zulässig, dass mehrere Kommunen mit der Durchführung der Aufgaben beauftragt werden.

Die Regelung in § 5 Absatz 2 beschränkt sich auf mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarungen und regelt daher im Umkehrschluss zugleich, dass eine Kommune, die ihre Aufgabe auf eine andere Kommune delegiert, sich keine Durchführungsbefugnis vorbehalten kann. Dies folgt bereits daraus, dass die vollständige Übertragung der Aufgabenträgerschaft stets zur Folge hat, dass die Aufgaben abgebende Kommune die Berechtigung zur Durchführung der Aufgabe ver-

liert. Die delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung kommt daher als Kooperationsform nicht für den Fall in Frage, dass zwei Gemeinden alle Anträge aus beiden Gemeindegebieten – unabhängig vom Wohnort des Antragstellers – jeweils unter ihrem eigenen Briefkopf erledigen wollen. Dieses Ergebnis ist auch nicht über eine wechselseitige Mandatierung nach § 5 Absatz 2 zu erzielen, denn mithilfe einer wechselseitigen Mandatierung können alle mandatierten Gemeinden alle Anträge unabhängig vom Wohnort des Antragstellers (innerhalb des Kooperationsgebietes) bearbeiten und einen Verwaltungsakt zwar eigenständig, aber stets nur im oder unter dem Namen des Aufgabenträgers erlassen. Der Verwaltungsakt ist also auch bei der wechselseitigen Mandatierung durch den Mandatar stets unter dem Briefkopf der nach außen zuständigen Kommune zu erlassen.

Zu § 6 (Beteiligte)

Kommunen, die an einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beteiligt sein können, sind nach § 1 Absatz 3 die Gemeinden, Ämter, Landkreise, Zweckverbände, kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten. Künftig sollen sich an einer mandatierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen Kommunen unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlich auch andere Personen des öffentlichen oder privaten Rechts beteiligen können. Die Beteiligung soll jedoch nur soweit zulässig sein, wie dies auch den originären Aufgabenträgern möglich ist. § 6 regelt daher, dass sich auch weitere juristische Personen des öffentlichen Rechts, natürliche Personen oder juristische Personen des Privatrechts an der mandatierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beteiligen können, soweit Rechtsvorschriften nicht entgegen stehen und die Kommunen solche Personen beteiligen dürften, wenn sie die Aufgabe selbst erfüllten. Damit können sich also auch zum Beispiel der Bund und das Land, eine kommunale oder sonstige Stiftung, eine GmbH oder eine AG oder ein rechtsfähiger Verein beteiligen. Voraussetzung ist, dass mindestens zwei Kommunen beteiligt sind und mindestens eine Kommune eine andere Kommune mit der Durchführung einer Aufgabe beauftragt. Der Abschluss einer mandatierenden Vereinbarung oder deren Fortgeltung zwischen einer Kommune und einem Beteiligten nach § 6 ist also nicht möglich.

§ 6 eröffnet den Personen die gleichen Beteiligungsrechte wie den Kommunen. Die natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts sowie weitere juristische Personen des öffentlichen Rechts können einen an der Vereinbarung Beteiligten mit der Durchführung ihrer Aufgabe beauftragen oder einen Auftrag eines anderen Beteiligten zur Durchführung der Aufgabe übernehmen.

Voraussetzung der Beteiligung ist, dass der Beteiligung oder der Beauftragung nicht Rechtsvorschriften, beispielsweise aus dem Regelungsbereich der durchzuführenden Aufgabe, entgegenstehen und sie nicht über das hinausgeht, was der Kommune als ursprünglicher Aufgabenträgerin möglich ist. Ist also für die Mandatierung eine besondere Rechtsgrundlage erforderlich, ist eine Beteiligung nur möglich, wenn und soweit diese Rechtsgrundlage (wie zum Beispiel § 12e des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg) die Mandatierung zulässt

Die Beteiligung der nichtkommunalen Personen nach § 6 ist auf die mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung beschränkt, da eine Aufgabenübertragung auf Private einer Beleihung gleichkäme und eine Aufgabenübertragung auf andere juristische Personen des öffentlichen Rechts aufgrund des kommunalen Bezugs

der Aufgaben keine Regelung im Rahmen des Rechts der kommunalen Zusammenarbeit finden kann.

Zu § 7 (Inhalt der Vereinbarung)

Zu Absatz 1

Absatz 1 normiert den Grundsatz, dass die einzelnen Aufgaben, die übertragen werden sollen oder mit deren Durchführung eine andere Kommune beauftragt werden soll, in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung hinreichend konkret zu bestimmen sind. Dies gilt insbesondere für die delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung, da im Falle eines Zuständigkeitswechsels für die Betroffenen eindeutig erkennbar sein muss, wer der verantwortliche Verwaltungsträger ist. Dies gilt ebenso für Teilaufgaben oder örtlich beschränkte Aufgaben.

Zu Absatz 2

Absatz 2 weist ausdrücklich auf die nach § 3 Absatz 3 Satz 2 bestehende Möglichkeit hin, in der delegierenden Vereinbarung vorzusehen, dass die übertragende Kommune weiterhin für den Erlass von Satzungen und Verordnungen zuständig bleibt (siehe auch die Begründung zu dieser Vorschrift). Die Vertretungskörperschaft, die über die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 24 BbgKVerf zu beschließen hat, kann also entscheiden, ob sie ihr Recht als Satzungsgeberin delegiert und die Satzungs- und Verordnungshoheit auf eine andere Vertretungskörperschaft übergehen soll. Für den Verbleib der Rechtsetzungsbefugnis bei der übertragenden Kommune spricht deren unmittelbare demokratische Legitimation, für den Übergang der Befugnisse auf den neuen Aufgabenträger sprechen Effizienzgesichtspunkte. In Verbindung mit § 7 Absatz 3 kann sich jedoch die Vertretungskörperschaft auch beim Erlass von Satzungen Mitwirkungsrechte vorbehalten, so dass dem Legitimationsgedanken Rechnung getragen werden kann. Der Übergang der Rechtsetzungsbefugnis auf die die Aufgabe übernehmende Kommune ermöglicht im Ergebnis die Schaffung einheitlichen Satzungsrechts für ein größeres Aufgabengebiet. Zum Fall einer unwirksamen Regelung über den Verbleib des Satzungsrechts siehe § 46 Absatz 1.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt entsprechend § 23 Absatz 3 a.F., dass sich die mandatierende oder delegierende Kommune in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Mitwirkungsrechte vorbehalten kann. Dies sichert die Interessen der beauftragenden oder übertragenden Kommune, etwa der Vertretungskörperschaft in Bezug auf den Erlass von Satzungen. Klassische Mitwirkungsinstrumente sind das Benehmen oder Einvernehmen der beauftragenden oder übertragenden Kommune. Insbesondere die Kommune, die die Satzungs- oder Verordnungsbefugnis abgibt, kann sich in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung die Zustimmung zum Satzungs- oder Verordnungsentwurf vorbehalten. Zulässig ist auch die Einrichtung und Beteiligung von nicht beschließenden Beiräten. Zu beachten ist dabei, dass diesen Beiräten keine Entscheidungsrechte zustehen dürfen, denn für die Ausübung der Mitwirkungsrechte und entsprechenden Entscheidungen sind die nach der Kommunalverfassung zu bestimmenden Verwaltungsorgane der Kommune zuständig.

Zu Absatz 4

Absatz 4 regelt, dass in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung eine Kostenregelung enthalten sein soll. Anders als bisher (§ 23 Absatz 4 a.F.) wird auf weitere gesetzliche Vorgaben verzichtet. Wie die Kostenregelung auszugestalten ist, gibt der Gesetzgeber in Zukunft also nicht mehr vor. Die Kostenregelung kann beispielsweise eine pauschale Erstattung des Aufwandes, eine Erstattung in Höhe der Gebühren- und Beitragsansprüche oder lediglich die Pflicht zur Kostenerstattung vorsehen oder auch bestimmen, dass eine Kostenerstattung nicht stattfindet. Ob der durch die Erfüllung der Aufgabe entstehende Aufwand gedeckt wird oder anderweitig ein Ausgleich stattfindet, bleibt den Vertragspartnern überlassen. Fehlt eine Kostenregelung und liegt kein Ausnahmefall vor, kann dies von der Kommunalaufsicht beanstandet werden. Die Wirksamkeit einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die gegen § 7 Absatz 4 verstößt, richtet sich nach den Grundsätzen des öffentlichen Vertragsrechts.

Zu Absatz 5

Absatz 5 Satz 1 stellt klar, dass öffentlich-rechtliche Vereinbarungen befristet sein können. Mit Ablauf der Frist tritt die hierfür in der Vereinbarung vorgesehene Rechtsfolge ein, ohne dass es einer Änderung oder Aufhebung der Vereinbarung bedarf. Insbesondere bei delegierenden Vereinbarungen muss deshalb eine Befristung genau bestimmt sein, damit alle Betroffenen jederzeit eindeutig erkennen können, welche Kommune für die Aufgabe zuständig ist.

Absatz 5 Satz 2 sieht für unbefristete oder auf mehr als 20 Jahre geschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarungen vor, dass als unabdingbarer Inhalt in der Vereinbarung zu regeln ist, unter welchen Voraussetzungen sie durch einen einzelnen Beteiligten gekündigt oder durch alle Beteiligten aufgelöst werden kann. Grundsätzlich können die Beteiligten in allen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen Regelungen über das Kündigungsrecht und dessen Voraussetzungen aufnehmen oder von einer entsprechenden Regelung absehen. Unabhängig von den vertraglich vereinbarten Kündigungs- und Auflösungsregelungen gelten die Regelungen des öffentlichen Vertragsrechts und damit das Recht des § 60 VwVfG.

Von diesem Grundsatz der Freiwilligkeit von Kündigungs- und Auflösungsregelungen weicht Absatz 5 Satz 2 für unbefristete und über mehr als 20 Jahre geschlossene Vereinbarungen ab. Kündigungs- oder Auflösungsregelung stehen dabei nicht alternativ nebeneinander, sondern beschreiben ein Stufenverhältnis. Während die einseitige Kündigung lediglich einer Willenserklärung bedarf, die je nach geregelter Folge zum Ausscheiden aus dem Vertrag oder zur Beendigung des Vertrages führt, kann in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auch geregelt sein, dass diese ausschließlich durch übereinstimmende Willenserklärung aller Vertragspartner aufgelöst werden kann und Kündigungen ausgeschlossen sind. Die Auflösung ist ein mehrseitiger Vertrag zur Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Zwischen den beiden Polen – einerseits dem voraussetzungslos gewährten Recht zur Kündigung für jeden Vertragspartner und andererseits dem Einstimmigkeitsprinzip für die Auflösung – sind verschiedene Stufen möglicher Regelungen denkbar. Es können sowohl die Voraussetzungen für die Kündigung als auch die Rechtsfolgen einer Kündigung (zum Beispiel Ausscheiden aus dem Vertrag erst nach einer Frist von zwei Jahren) geregelt werden. Fehlt die erforderliche Regelung in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, gilt § 46 Absatz 2.

Scheidet ein Vertragsbeteiligter durch Kündigung oder auf andere Weise aus der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung aus, bleibt eine mehrseitige öffentlich-rechtliche Vereinbarung wirksam, sofern zwischen den Beteiligten nichts Abweichendes geregelt ist und noch mindestens zwei Kommunen beteiligt sind. Dies gilt auch für Teilkündigungen (zum Beispiel wenn ein Beteiligter nur für einen Teil der Aufgaben aus der Vereinbarung ausscheidet). Sind nur zwei Kommunen beteiligt, führt das Ausscheiden einer Kommune durch Kündigung oder auf andere Weise zur Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung. Die Rechtsfolgen einer Auflösung oder Kündigung (bei weiterbestehender Vereinbarung) richten sich nach den allgemeinen vertragsrechtlichen Regelungen (zum Beispiel Vertragsanpassung nach Wegfall der Geschäftsgrundlage).

Zu § 8 (Öffentliche Bekanntmachung)

Zu Absatz 1

Alle öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen sind öffentlich bekannt zu machen. Anders als bisher sollen die Kommunen zukünftig ihre öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen in ihren Veröffentlichungsblättern bekannt machen. Nach bisherigem Recht mussten eine Veröffentlichung im Bekanntmachungsblatt der Aufsicht und ein Hinweis auf diese Veröffentlichung im Bekanntmachungsblatt der Gemeinden erfolgen. Die neue Regelung reduziert also die Bekanntmachungspflichten und berücksichtigt den Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit der Kommunen. Die Pflicht zur öffentlichen Bekanntmachung trifft alle an einer Vereinbarung beteiligten Kommunen. Sie gilt auch für die Änderung, Kündigung oder Aufhebung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (siehe auch die Übergangsregelung in § 45 Absatz 3). Unter Änderungen sind auch deklaratorische Änderungen zu verstehen, durch die – etwa aufgrund einer Befristung oder (Teil-)Kündigung – bereits eingetretene Rechtsfolgen nachgezeichnet werden. Als Aufhebung gilt auch eine Beendigung der Vereinbarung bei Wegfall von Beteiligten oder bei Eintritt einer vereinbarten Befristung, soweit nur ein kommunaler Beteiligter verbleibt. Als Kündigung ist nicht nur die vollständige Beendigung der Vereinbarung durch einen Beteiligten zu verstehen, sondern auch Beendigungserklärungen, die sich auf einen sachlich oder örtlich begrenzten Aufgabenbereich beziehen. Erfolgt eine Kündigung, ist die Kündigung (also die Tatsache, dass eine bestimmte Kommune zu einem bestimmten Datum die Kündigung der Vereinbarung erklärt hat) öffentlich bekannt zu machen.

Besteht eine Genehmigungspflicht, dürfen die beteiligten Kommunen die öffentliche Bekanntmachung erst nach Erteilung der Genehmigung vornehmen.

Als Ausnahme vom Publizitätsgebot regelt Satz 3, dass die Bekanntmachungspflicht für die Änderung mandatierender Vereinbarungen entfällt, es sei denn, es wird der Kreis der Beteiligten oder der Bestand der Aufgaben geändert. Mandatierende Vereinbarungen bedürfen also nur der öffentlichen Bekanntmachung bei ihrem Abschluss oder ihrer Aufhebung sowie bei der Änderung des Aufgabenbestandes oder der Beteiligten.

Zu Absatz 2

Ist die Rechtsetzungsbefugnis in Bezug auf die übertragene Aufgabe auf eine andere Kommune übergegangen, so regelt Absatz 2, wie diese Kommune die Satzungen oder Verordnungen bekannt zu machen hat. Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte der die Satzung erlassenden Kommune hat gemäß § 3 Absatz 3 BbgKVerf die beschlossene Satzung zu unterzeichnen und gemäß Absatz 2 sowohl in der eigenen Kommune als auch nach den Bestimmungen der übertragenden Kommune bekannt zu machen. Hauptverwaltungsbeamtin oder Hauptverwaltungsbeamter im Sinne der Bekanntmachungsverordnung (so weit diese Anwendung findet) ist also die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte der übernehmenden Kommune. Mit dieser Bestimmung wird sichergestellt, dass die Betroffenen in den übertragenden Kommunen ohne weiteres Kenntnis von den für sie geltenden Satzungen oder Verordnungen erlangen können. Eine Erstattung der Kosten für die Bekanntmachung im Verkündungsblatt der übertragenden Kommune kann im Rahmen der Kostenvereinbarung nach § 7 Absatz 4 vereinbart werden.

Zu § 9 (Wirksamwerden)

§ 9 regelt den Zeitpunkt, zu dem eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung wirksam wird. Grundsätzlich werden öffentlich-rechtliche Verträge mit ihrem Abschluss wirksam. Gemäß § 111 Absatz 1 BbgKVerf werden genehmigungspflichtige Maßnahmen erst mit Genehmigung wirksam. Da im Vergleich zum bisherigen Recht jedoch nicht mehr alle öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen und ihre Änderungen genehmigungspflichtig sind, ist nunmehr zwischen genehmigungspflichtigen und genehmigungsfreien Vereinbarungen zu unterscheiden. Da delegierende Vereinbarungen die Zuständigkeiten nach außen ändern, ist zudem zwischen delegierenden und mandatierenden Vereinbarungen zu unterscheiden.

Zu Absatz 1

Mandatierende Vereinbarungen sind genehmigungsfrei und werden gemäß Absatz 1 mit ihrem Abschluss wirksam, wenn nicht ein anderer Zeitpunkt vereinbart ist. Abgeschlossen ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung, wenn sie von allen Vertragspartnern unterzeichnet ist. Anders als bei Satzungen, Verordnungen (§ 3 BbgKVerf) und delegierenden Vereinbarungen ist die öffentliche Bekanntmachung für mandatierende Vereinbarungen keine Wirksamkeitsvoraussetzung, da mit der Beauftragung einer anderen Kommune lediglich eine Regelung ohne Außenwirkung getroffen wird. Daher kann - entsprechend dem Wortlaut „anderer“ Zeitpunkt - eine mandatierende Vereinbarung auch rückwirkend wirksam werden. Für die Änderung und Aufhebung von mandatierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gilt Absatz 1 gemäß Absatz 3 Satz 1 entsprechend.

Zu Absatz 2

Die Wirksamkeit der delegierenden Vereinbarung stellt gemäß Absatz 2 auf die Bekanntmachung im gesamten Regelungsgebiet ab. Die öffentliche Bekanntmachung nach § 8 Absatz 1 ist aufgrund der Außenwirkung der Vereinbarung also Wirksamkeitsvoraussetzung. Die Vereinbarung ist in allen beteiligten Kommunen bekannt zu machen. Maßgeblich für den Zeitpunkt der Wirksamkeit ist – sofern kein späterer Zeitpunkt bestimmt ist – der Tag nach der letzten Bekanntmachung. Im Interesse einer praktikablen späteren Rechtsanwendung empfiehlt es sich daher, in der Vereinbarung stets einen Zeitpunkt für das Wirksamwerden zu regeln.

Satz 2 wurde aufgenommen, da nicht alle delegierenden Vereinbarungen genehmigungspflichtig sind, vgl. § 41 Absatz 3. Für genehmigungspflichtige Vereinbarungen gelten Satz 1 und 2 kumulativ, mit der Folge, dass genehmigungspflichtige Vereinbarungen, die irrtümlich bereits bekannt gemacht wurden, obwohl die Genehmigung noch nicht vorliegt, (schwebend) unwirksam sind. Dies folgt zwar bereits aus § 111 Absatz 1 BbgKVerf. Jedoch stellt Absatz 2 Satz 2 darüber hinaus durch den Begriff „Wirksamkeit der Genehmigung“ klar, dass die nachträglich erteilte Genehmigung auf einen früheren Zeitpunkt (der aber nicht vor dem Zeitpunkt nach Absatz 2 Satz 1 liegen darf) zurückwirken kann, sofern die Aufsichtsbehörde ihrer Genehmigung rückwirkende Wirksamkeit beimisst.

Zu Absatz 3

Gemäß Absatz 3 gelten die Regelungen über die Wirksamkeit auch für die Änderung und Aufhebung öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen. Dies ergibt sich bereits daraus, dass diese selbst öffentlich-rechtliche Vereinbarungen darstellen. Darüber hinaus wird geregelt, wann die Kündigung einer delegierenden Vereinbarung wirksam wird, denn eine Kündigung, die zur Beendigung des Vertrages führt, kann nicht anders behandelt werden als ein Aufhebungsvertrag. Gemäß § 8 Absatz 1 ist jede Kündigung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bekannt zu machen. Die Kündigung mandatierender Vereinbarungen wird entsprechend den Kündigungsregelungen in der Vereinbarung wirksam. Für die Wirksamkeit der Kündigung delegierender Vereinbarungen regelt § 9 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1, dass die Kündigung nicht vor ihrer Bekanntmachung wirksam werden kann. Genehmigungspflichtige (Teil)Kündigungen werden frühestens mit Wirksamkeit der Genehmigung wirksam. Nicht maßgeblich ist der Zeitpunkt einer durch die Beteiligten vorgenommenen Anpassung der Vereinbarung.

Zu Teil 4 (Der Zweckverband)

Der Teil 4 zum Zweckverbandsrecht wurde umfassend redaktionell überarbeitet. Die einzelnen Vorschriften wurden nach Sinnzusammenhängen neu geordnet und wo erforderlich klarer gefasst, so dass Auffinden und Anwenden der relevanten Normen erleichtert werden. Regelungen, die im Zusammenhang mit kommunalaufsichtlichen Maßnahmen stehen (insbesondere die Regelungen zum Pflichtverband), sind nunmehr im Teil 6 zusammengefasst. Soweit die Vorschriften der Kommunalverfassung auch auf den Zweckverband anzuwenden sind, wurde auf Doppelregelungen verzichtet; ebenso wurde soweit wie möglich auf abweichende Sonderregelungen verzichtet. Inhaltliche Änderungen wurden vorgenommen, wo das bisherige Recht unnötige Standards vorgab (etwa für die Person des Verbandsvorstehers oder der Verbandsvorsteherin oder für die Stellvertretung) oder wo Lücken zu Problemen bei der Rechtsanwendung führten (etwa bei der Stimmabgabe bei Wahlen).

Zu Abschnitt 1 (Grundlagen des Zweckverbandes)

Zu § 10 (Wesen und Rechtsnatur des Zweckverbandes)

§ 10 fasst § 4 Absatz 1 Halbsatz 1 und § 5 Absatz 1 GKG a.F. in einer Vorschrift zusammen.

In Absatz 1 wird klargestellt, dass die Zusammenarbeit in einem Zweckverband nicht nur zum Zwecke der Aufgabenübertragung (Delegation) erfolgen kann, son-

dem auch zur Beauftragung des Zweckverbandes mit der Durchführung einzelner Aufgaben (Mandatierung). Die Zulässigkeit der Zweckverbandsbildung erstreckt sich auf alle Kommunen im Sinne dieses Gesetzes, d. h. neben Gemeinden und Landkreisen auch auf Ämter, Zweckverbände, kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten (siehe § 1 Absatz 3). Zum Zusammenschluss von bestehenden Zweckverbänden vergleiche § 35.

Die Formulierung „einzelne Aufgaben“ verweist darauf, dass die vom Zweckverband zu erfüllenden Aufgaben genau zu beschreiben sind und dass die kooperierenden Kommunen durch Bildung eines Zweckverbandes den eigenen Aufgabenbestand nicht aushöhlen dürfen. Die Verwendung der Pluralform zeigt, dass der Zweckverband auch mehrere, ggf. verschiedenartige Aufgaben erfüllen kann. Es kann sich um einzelne Sachaufgaben, aber auch um Querschnittsaufgaben handeln.

Zu § 11 (Mitgliedschaft im Zweckverband)

Absatz 1 entspricht § 4 Absatz 2 a.F. Der Begriff der Körperschaften wurde ersetzt durch den Begriff der kommunalen Mitglieder, da auch kommunale Anstalten erfasst werden sollen. Die in § 4 Absatz 3 a.F. enthaltene besondere Genehmigungspflicht durch das Ministerium des Innern konnte entfallen. Für die Zusammenarbeit in einem Zweckverband über die Ländergrenzen hinaus gelten die staatsvertraglichen Regelungen, auf die in § 1 Absatz 4 verwiesen wird.

Die Regelungen des Absatzes 2 entsprechen § 15 Absatz 2 Satz 5 und 6 a.F.

Absatz 3 stellt klar, dass eine zeitlich befristete Mitgliedschaft zulässig ist. Dies kann sinnvoll sein, um einen Beitritt zum Zweckverband zur Erprobung zu erleichtern oder um die Zusammenarbeit in einem Zweckverband als solche zunächst zu erproben. Die Möglichkeit eines Austrittes oder einer außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

Zu § 12 (Anwendung von Rechtsvorschriften)

Zu Absatz 1

§ 12 Absatz 1 entspricht § 8 Absatz 1 a.F. Es wird klargestellt, dass sich der Verweis auf die Regelungen der Kommunalverfassung für kreisangehörige amtsfreie Gemeinden bezieht. Darüber hinaus wurde in der Entsprechensregelung des Satzes 3 ergänzt, dass an die Stelle der Fraktionen die Verbandsmitglieder treten. Dies ist vor allem erforderlich, um Regelungslücken zu schließen, die nach bisherigem Recht für die Verfahren bestehen, die vom Verhältnis der Größe der Fraktionen zueinander abhängen. So war nach bisherigem Recht unklar, wie beispielsweise die Besetzung des Aufsichtsrates eines von einem Zweckverband mitgetragenen kommunalen Unternehmens gemäß § 97 Absatz 2 in Verbindung mit § 41 BbgKVerf erfolgt. Da die Verbandsversammlung keine Fraktionen kennt, ist es sachgerecht, stattdessen auf die Verbandsmitglieder abzustellen. Dementsprechend werden Gremien nach § 41 BbgKVerf gemäß dem Stimmenverhältnis der einzelnen Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung zueinander besetzt.

Zudem wurde mit Satz 4 ergänzt, dass die Zweckverbände nicht wie die amtsfreien Gemeinden die Pflicht haben, ein Dienstsiegel zu führen, dass aber die Möglichkeit zur Dienstsiegelführung besteht. Insbesondere für Zweckverbände,

denen keine außenwirksamen Sachaufgaben übertragen wurden, ist ein Dienst-siegel nicht erforderlich.

Zu Absatz 2

Absatz 2 ergänzt den Anwendungsbereich der kommunalrechtlichen Regelungen auf untergesetzliche Rechtsverordnungen. Diese Vorschrift entspricht den §§ 131 Absatz 2 und 140 Absatz 2 BbgKVerf für die Landkreise und Ämter. So gelten beispielsweise die Bekanntmachungsverordnung, die Genehmigungsfreistellungsverordnung oder die kommunale Haushalts- und Kassenverordnung auch für die Zweckverbände.

Zu Absatz 3

Absatz 3 Satz 1 entspricht § 5 Absatz 2 a.F. Dadurch wird sichergestellt, dass gesetzliche Regelungen, die den Zweckverband nicht ausdrücklich erwähnen, sondern lediglich den Gemeindeverband als Sammelbegriff verwenden, ebenfalls anwendbar sind (siehe z. B. § 1 Absatz 1 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg). Satz 2 stellt klar, dass entsprechend der bisherigen Rechtslage das Recht, Beamte zu haben (Dienstherrenfähigkeit), nicht besteht und auch nicht durch Satzungsrecht begründet werden kann. Das ergibt sich auch aus Artikel 3 des Gesetzes zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 6. Juli 1998 (GVBl. I Seite 162).

Entfallen konnten die Regelungen des bisherigen § 8 Absatz 2 und 3, der Sonderregelungen für kreisfreie Städte und Landkreise enthielt, da die Vorgaben der Kommunalverfassung inhaltlich angeglichen wurden. Ebenfalls entfallen konnte § 8 Absatz 4 a.F. zum Satzungs- und Ordnungsrecht, da diese Befugnisse nunmehr in § 3 Absatz 3 normiert sind.

Zu Abschnitt 2 (Bildung des Zweckverbandes)

Zu § 13 (Verbandssatzung)

§ 13 entspricht weitgehend dem § 9 a.F. (Inhalt der Verbandssatzung).

Zu Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 fasst § 9 Absatz 1 Satz 1 sowie § 7 a.F. (Verbandssatzung) in einem Satz zusammen. Absatz 1 Satz 2 stellt im Vergleich zur entsprechenden Regelung in § 9 Absatz 1 Satz 2 a.F. klar, dass bei Kreisgrenzen überschreitender Zusammenarbeit in einem Zweckverband alle betroffenen Landkreise zu unterrichten sind.

Zu Absatz 2

Absatz 2 über den Mindestinhalt der Satzung entspricht § 13 Absatz 2 a.F. Enthält die Verbandssatzung nicht die erforderlichen Bestimmungen, gelten die Regelungsfiktionen nach § 47.

Zu Absatz 3

In Absatz 3 wurde durch das Wort „insbesondere“ klargestellt, dass der Katalog der möglichen Bestimmungen der Verbandssatzung nicht abschließend ist. Mit der Nennung der Regelungen zur ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Tätigkeit des Verbandsvorstehers bzw. der Verbandsvorsteherin sowie zur Übernahme der Beschäftigten werden zwei Punkte aufgeführt, die bei der Bildung des Verbandes besonders berücksichtigt werden sollten. Die Vorschrift in Absatz 3 Nummer 2 zur Übernahme der Beschäftigten ersetzt zudem die Regelung des § 17 Absatz 2 Satz 2 a.F. Absatz 3 Nummer 3 weist ergänzend auf die Möglichkeit hin, in der Verbandssatzung den Maßstab für die Konsolidierung nach § 83 BbgKVerf zu bestimmen. Nach § 83 Absatz 3 Satz 2 BbgKVerf werden die Jahresabschlüsse der Zweckverbände nach §§ 311 und 312 HGB konsolidiert. Zur Vermeidung von Bewertungsproblemen kann es sachgerecht sein, in der Verbandssatzung zu bestimmen, nach welchem Maßstab die Mitgliedschaft im Zweckverband für die einzelnen kommunalen Verbandsmitglieder bei der Konsolidierung zu berücksichtigen ist.

Zu Absatz 4

Absatz 4 ermöglicht den Zweckverbänden, in der Verbandssatzung Regelungen über die öffentliche Bekanntmachung vorzusehen, die von der Bekanntmachungsverordnung abweichen. Dies ist erforderlich, da bislang unklar war, ob und inwieweit die Bekanntmachungsverordnung auf Zweckverbände Anwendung findet. Aufgrund des § 12 Absatz 2 ist die Anwendbarkeit nun klargestellt. Regelungen in den Verbandssatzungen, die von der Bekanntmachungsverordnung abweichen, sollen aber nach wie vor Gültigkeit behalten und auch künftig möglich sein. Dies ermöglicht es den Zweckverbänden unter anderem, auf ein eigenes amtliches Bekanntmachungsblatt zu verzichten und die Bekanntmachung ihrer Satzungen beispielsweise in den amtlichen Bekanntmachungsblättern ihrer kommunalen Mitglieder vorzusehen. Es versteht sich, dass von Bekanntmachungsverordnung abweichende Regelungen der Verbandssatzung so auszugestalten sind, dass die Betroffenen vom Inhalt der Bekanntmachung verlässlich Kenntnis erlangen können.

Absatz 4 Satz 2 stellt zudem klar, dass die kommunalverfassungsrechtliche Unbeachtlichkeitsregelung für Bekanntmachungsfehler auch für die Bekanntmachungs Vorschriften in der Verbandssatzung gilt. Entsprechend § 3 Absatz 4 Satz 3 in Verbindung mit Satz 1 BbgKVerf ist danach die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften über die öffentliche Bekanntmachung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung der Maßnahme des Zweckverbandes diesem gegenüber unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist, jedoch nur dann, wenn sich die Betroffenen aufgrund der tatsächlich bewirkten Bekanntmachung in zumutbarer Weise verlässlich Kenntnis von dem Satzungsinhalt verschaffen konnten.

Zu § 14 (Öffentliche Bekanntmachung der Verbandssatzung, Entstehung des Zweckverbandes)

§ 14 entspricht weitgehend § 11 a.F. Die Regelung stellt klar, dass im Falle der Zuständigkeit der Landrätin oder des Landrates als allgemeine untere Landesbehörde kein Veröffentlichungsblatt des Landes, sondern das Veröffentlichungsblatt des Landkreises für die Bekanntmachung zu verwenden ist. Nicht übernommen wurde die Pflicht, neben der Verbandssatzung auch eine Genehmigung öffentlich

bekannt zu machen (§ 11 Absatz 1 Satz 1 a.F.). Satz 1 letzter Halbsatz stellt zudem klar, dass bei der öffentlichen Bekanntmachung der Verbandssatzung auch eine Pflicht zum Hinweis auf eine aufsichtsrechtliche Genehmigung (vergleiche zum Beispiel § 1 Absatz 1 Satz 2 der Bekanntmachungsverordnung) nicht besteht.

Darüber hinaus wird klargestellt, dass die Unbeachtlichkeitsregelungen der Kommunalverfassung für Fehler bei der öffentlichen Bekanntmachung kommunaler Satzungen auch für die Bekanntmachungen der Verbandssatzungen durch die Kommunalaufsichtsbehörden gelten.

Zu § 15 (Vereinbarung anderer Satzungen des Zweckverbandes)

Die Neuregelung erleichtert die Schaffung von Satzungsrecht bei der Bildung eines neuen Zweckverbands. Grundsätzlich geht mit einer Aufgabenübertragung auch das Recht des Satzungserlasses auf den Zweckverband über. Da dieser nach dem Zeitpunkt seiner Entstehung eine gewisse Zeit benötigt, um eigenes Satzungsrecht zu schaffen, können die verbandsangehörigen Kommunen zur Vermeidung einer satzungslosen Zeit gemeinsam mit der Verbandssatzung weitere Satzungen, beispielsweise eine Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang oder eine Abgabensatzung, vereinbaren. Die Vereinbarung bedarf des Beschlusses der Vertretungskörperschaften der beteiligten Kommunen (§ 28 Absatz 2 Nummern 9 und 24 BbgKVerf). Mit ihrer Wirksamkeit werden diese Satzungen zu Satzungen des Zweckverbandes. Der Zweckverband (und nicht die Verbandsmitglieder) kann die Satzungen ändern, ersetzen oder aufheben. Da Bekanntmachungsregelungen des Zweckverbandes vor seiner Bildung noch nicht bestehen, werden die Satzungen nach den Bestimmungen für die Verbandssatzung erstmalig öffentlich bekannt gemacht. Satz 5 stellt klar, dass die öffentliche Bekanntmachung von Änderungssatzungen nach den Vorschriften der Verbandssatzung und damit nicht nach § 14 Absatz 1 erfolgt.

Zu § 16 (Vermögensübertragung und Ausgleich)

§ 16 ergänzt die bisherige Regelung des § 12 a.F. um die Möglichkeit, im Rahmen der Zweckverbandsbildung durch schriftliche Vereinbarung auch die Übertragung von Vermögensgegenständen sowie von Forderungen und Verbindlichkeiten zu regeln. Dies kann insbesondere sinnvoll sein bei Zweckverbänden, denen Aufgaben der Verbandsmitglieder übertragen wurden. Zu übertragende Vermögensgegenstände können beispielsweise für die Aufgabenwahrnehmung erforderliche Grundstücke sein, aber auch Unternehmensanteile.

Absatz 2 entspricht § 12 Satz 2 a.F. Es steht im Ermessen der Kommunalaufsichtsbehörde, ob sie die beantragte Regelung vornimmt oder dies der eigenverantwortlichen Regelung durch die Beteiligten überlässt. Ergänzend ermöglicht Satz 2, dass die Kommunalaufsichtsbehörde für den Fall, dass sie mit den eigenen personellen Kapazitäten die anstehenden Fragen nicht bewältigen kann, auch Dritte hinzuziehen und die Kosten den Beteiligten auferlegen kann. Darüber hinaus wird klargestellt, dass die Kommunalaufsichtsbehörde durch Bescheid, also durch Verwaltungsakt, entscheidet.

Die hierzu ergänzend bestehende Regelung des § 6 Absatz 2 a.F. wurde nicht übernommen. Nach dieser Vorschrift bleiben bestehende Beteiligungen der Gemeinden an Unternehmen und Verbänden, die der gleichen oder einer ähnlichen

Aufgaben dienen wie der Zweckverband, unberührt. Sofern der Zweckverband lediglich mit der Durchführung von Aufgaben beauftragt wird, bedarf es einer gesonderten Regelung für diesen Grundsatz nicht. Wird hingegen eine Aufgabe in die Zuständigkeit des Zweckverbandes übertragen, so verlieren die übertragenden Verbandsmitglieder ihre eigene Zuständigkeit und Maßnahmen in diesem Aufgabengebiet sind nicht mehr zulässig. Entsprechende Übertragungen können nach § 16 n.F. durch Vereinbarung geregelt werden. Zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen siehe auch die Übergangsregelung in § 45 Absatz 5.

Zu Abschnitt 3 (Innere Verfassung und Verwaltung des Zweckverbandes)

Zu § 17 (Organe)

Die Vorschrift entspricht § 14 a.F. Geändert wurde die Bezeichnung des Organs „Verbandsvorstand“. Die nunmehr verwendete Bezeichnung „Verbandsausschuss“ vermeidet eine mögliche Verwechslung mit dem Organ „Verbandsvorsteherin“ oder „Verbandsvorsteher“.

Zur besseren Verständlichkeit der nachfolgenden Regelungen wurde zudem die Bezeichnung des Organs der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers mit der geschlechtsneutralen Bezeichnung „Verbandsleitung“ gleichgesetzt. Die Bezeichnung „Verbandsvorstand“ für die Verbandsvorsteherin oder den Verbandsvorsteher kam wegen der leichten Verwechselbarkeit mit der gleichnamigen früheren Bezeichnung des Verbandsausschusses nicht in Betracht. Der neue Begriff dient allein einer besseren Rechtssprache. Wie in § 21 Absatz 3 klargestellt wird, kann das Organ im Rechtsverkehr die Bezeichnung „Verbandsvorsteherin“ oder „Verbandsvorsteher“ führen. Daher müssen insoweit auch die Verbandssatzungen nicht geändert werden.

Zu § 18 (Zuständigkeiten der Verbandsversammlung)

§ 18 entspricht § 15 a.F. Der Katalog des § 15 Absatz 2 a.F. über die ausschließlichen Zuständigkeiten der Verbandsversammlung konnte entfallen. Zur Angleichung an die Vorgaben der Kommunalverfassung gilt der Katalog des § 28 Absatz 2 BbgKVerf. Auf diese Vorschrift wird in § 18 Satz 2 ausdrücklich hingewiesen. Ist ein Verbandsausschuss nach § 25 vorgesehen, können nach Maßgabe des § 25 Abs. 3 auch einzelne Angelegenheiten zur Erledigung auf den Verbandsausschuss durch Beschluss übertragen werden.

Zu § 19 (Mitgliedschaft und Stimmabgabe in der Verbandsversammlung)

§ 19 entspricht § 15 Absatz 2 bis 6 a.F.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt den Fall, dass das Verbandsmitglied eine einzige Person in die Verbandsversammlung entsendet.

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält Regelungen für den Fall, dass ein Verbandsmitglied mehrere Personen in die Verbandsversammlung entsendet. Da die Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung kein höchstpersönliches Mandat darstellt, sondern aus der

Mitgliedschaft der Gemeinde oder des sonstigen kommunalen Mitgliedes im Zweckverband abgeleitet ist, erfolgt die Stimmabgabe wie auch nach bisherigem Recht einheitlich und - unabhängig von der Zahl der anwesenden Vertretungspersonen des Verbandsmitgliedes – mit der dem Verbandsmitglied nach der Verbandssatzung zustehenden vollen Stimmenzahl, wie Satz 2 und 3 klarstellen. In Satz 3 wird zudem klargestellt, dass eine uneinheitliche Stimmabgabe ungültig ist. Die Sätze 4 und 5 enthalten Regelungen zur Stimmführerschaft für den Fall einer Weisung und einer geheimen Beschlussfassung, die im Interesse des Verbandsmitgliedes und des Zweckverbände die Einheitlichkeit der Stimmabgabe und damit deren Gültigkeit sicherstellen. Mit einer hinreichend bestimmten Weisung nach Absatz 7 kann die Vertretungskörperschaft den Vertretungspersonen des Verbandsmitgliedes verbindlich vorgeben, wie diese in einer Angelegenheit in der Verbandsversammlung die Stimmen des Verbandsmitgliedes abzugeben haben. Ob eine Weisung vorliegt oder nicht, kann die oder der Vorsitzende der Verbandsversammlung nicht in allen Fällen feststellen. Daher sieht die Regelung des Satzes 4 eine Stimmführerschaft bei Weisungen nur dann vor, wenn die oder Hauptverwaltungsbeamte bzw. die betraute oder vertretende Person nach Absatz 3 das Bestehen einer Weisung vor der Beschlussfassung anzeigt. Satz 4 sieht eine Stimmführerschaft zudem für solche Angelegenheiten vor, bei denen eine geheime Beschlussfassung erforderlich ist, also insbesondere für Wahlen gemäß § 39 Absatz 1 Satz 5 BbgKVerf. Hier kann die Einheitlichkeit der Stimmabgabe nicht kontrolliert werden. Daher muss die Stimmabgabe durch eine Stimmführerin oder einen Stimmführer erfolgen.

Nach Satz 5 obliegt die Bestimmung der Stimmführerin oder des Stimmführers der Vertretungskörperschaft des kommunalen Verbandsmitgliedes. Diese kann die Stimmführerin oder den Stimmführer allgemein oder für den Einzelfall durch offenen Wahlbeschluss (siehe Absatz 7) bestimmen. Soweit die Vertretungskörperschaft von ihrem Bestimmungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, kann durch die in der Sitzung der Verbandsversammlung anwesenden Vertretungspersonen des Verbandsmitgliedes vor der Stimmabgabe eine Stimmführerin oder ein Stimmführer informell bestimmt werden. Falls eine Einigung nicht zustande kommt, ist der Hauptverwaltungsbeamte oder die Hauptverwaltungsbeamtin bzw. die betraute oder vertretende Person nach Absatz 3 Stimmführerin oder Stimmführer..

Zu Absatz 3

Absatz 3 enthält eine Regelung über die Vertretung der kommunalen Mitglieder in der Verbandsversammlung. Im Vergleich zur bisherigen Fassung wurde die Regelung flexibler ausgestaltet. Der Hauptverwaltungsbeamte oder die Hauptverwaltungsbeamtin kann eine Person mit der Wahrnehmung der Vertretung der Mitgliedschaft dauerhaft betrauen. Für den Fall der Verhinderung des Hauptverwaltungsbeamten oder der Hauptverwaltungsbeamtin besteht die Möglichkeit, von den allgemeinen Stellvertretungsregelungen abzuweichen. Dies ermöglicht insbesondere Bedienstete vorzusehen, die in der Kommune für die vom Zweckverband wahrgenommene Aufgabe zuständig sind. Entsprechendes gilt für den Fall, dass die betraute Person verhindert ist. Darüber hinaus wurde in Satz 1 klargestellt, dass für die Vertretung von amtsangehörigen Gemeinden durch die Amtsdirektorin oder den Amtsdirektor das Verbot des In-sich-Geschäfts nach § 135 Absatz 4 Satz 2 BbgKVerf keine Anwendung findet. Das heißt, dass die Amtsdirektorin oder der Amtsdirektor alle amtsangehörigen Gemeinden des eigenen Amtes, die Mitglied in einem Zweckverband sind, in der Verbandsversammlung vertritt.

Zu Absatz 4

Sieht die Verbandssatzung vor, dass ein kommunales Mitglied durch mehr als eine Person in der Verbandsversammlung vertreten ist, so greift die Regelung des Absatzes 4. Ist ein weiteres Mitglied zu entsenden, so erfolgt dies nach § 40 BbgKVerf. Sind zwei oder mehrere weitere Mitglieder neben dem Hauptverwaltungsbeamten oder der Hauptverwaltungsbeamtin zu entsenden, so richtet sich dies nach § 41 BbgKVerf. Eine Änderung der Bestellung der weiteren Mitglieder ist unter den Voraussetzungen des § 41 Absatz 6 und 7 BbgKVerf zulässig. Die Formulierung „für die Dauer ihrer Wahlperiode“ stellt – analog der ähnlichen Formulierung in § 49 Abs. 2 Satz 2 BbgKVerf für die Hauptausschussmitglieder - lediglich eine Verknüpfung des Beststellungszeitraumes mit der Wahlperiode der entsendenden Vertretungskörperschaft dar, verfolgt aber nicht den Zweck, Änderungen in der Bestellung während der Wahlperiode nicht mehr zuzulassen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 enthält Regelungen für nichtkommunale Verbandsmitglieder. Wie und für welche Dauer diese Verbandsmitglieder die Vertretungspersonen bestimmen, richtet sich nach dem für diese Verbandsmitglieder maßgeblichen Rechtsrahmen.

Zu Absatz 6

Absatz 6 regelt das Ausscheiden aus der Verbandsversammlung entsprechend § 15 Absatz 5 Satz 2 a.F.

Zu Absatz 7

Absatz 7 normiert das bislang in § 15 Absatz 4 letzter Satz vorgesehene Weisungsrecht. Ergänzt wurde, dass die Verbandsmitglieder den Vertretungspersonen auch Richtlinien, also abstrakt-generelle Weisungen, erteilen können. Zudem wurde klarstellend ergänzt, dass bei den kommunalen Mitgliedern die Vertretungskörperschaft für die Erteilung der Weisungen und Richtlinien zuständig ist. Die Vorschrift bezieht sich ausschließlich auf die Verbandsversammlung. Ein Weisungsrecht gegenüber Mitgliedern des Verbandsausschusses (§ 25) besteht nicht. In Ergänzung zur Regelung über die Stimmführerschaft im Falle von Weisungen nach Absatz 2 Satz 4 und 5 stellt Satz 2 klar, dass die Vertretungskörperschaft für Bestimmung einer Stimmführerin oder eines Stimmführers zuständig ist und die Bestimmung durch offenen Wahlbeschluss, also im Verfahren nach § 40 BbgKVerf – aber ohne geheime Stimmabgabe - , erfolgt. Die Bestimmung kann für einen konkreten geplanten Beschluss der Verbandsversammlung, für näher bestimmte Fallgruppen oder allgemein für alle Fälle von Weisungen und geheimen Stimmabgaben erfolgen.

Nicht übernommen wurde die Regelung des § 15 Absatz 5 a.F., wonach für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen war. Die jeweilige Vertretungskörperschaft soll in eigener Verantwortung bestimmen, ob die Bestellung eines Stellvertreters oder einer Stellvertreterin sinnvoll ist. Ebenfalls entfallen ist die Regelung des § 15 Absatz 6 a.F. über den Vorsitz der Verbandsversammlung. Hier gilt die allgemeine Regelung des § 33 Absatz 2 BbgKVerf. Diese ermöglicht abweichend vom bisherigen Wortlaut auch die Wahl mehrerer Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Zudem enthält diese

kommunalverfassungsrechtliche Vorschrift Regelungen über die Reihenfolge der Stellvertretung und den Fall der Verhinderung.

Die bisher in § 17 Absatz 1 Satz 1 und 2 a.F. enthaltenen Regelungen zu Auslagensatz, Verdienstausfall und Sitzungsgeld ergeben sich nunmehr aus § 12 Absatz 1 in Verbindung mit § 30 Absatz 4 BbgKVerf.

Zu § 20 (Besondere Regelungen über Einberufung und Beschlussfassung der Verbandsversammlung)

§ 20 enthält abweichende Bestimmungen zu den allgemeinen verfahrensrechtlichen Regelungen der Kommunalverfassung.

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält eine besondere Bestimmung zur Einberufung der Verbandsversammlung für den Fall eines neu gebildeten Verbandes, da eine entsprechende Regelung in der Kommunalverfassung nicht vorhanden ist. § 15 Absatz 7 a.F. sah hier noch eine Einberufung durch die Aufsichtsbehörde vor. Die Einberufung durch einen Hauptverwaltungsbeamten oder eine Hauptverwaltungsbeamtin eines kommunalen Mitgliedes entspricht jedoch besser dem Gedanken der kommunalen Eigenverantwortung.

Zu Absatz 2

Die Regelung in Absatz 2 zur Beschlussfähigkeit stellt sicher, dass die kommunalen Mitglieder mindestens mit der Hälfte der Stimmen vertreten sind. Da Beschlüsse mehrheitlich zu fassen sind, können so die kommunalen Mitglieder eine Beschlussfassung durch die nichtkommunalen Mitglieder jederzeit verhindern.

Die übrigen Regelungen der Kommunalverfassung über die Einberufung und die Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung gelten entsprechend. Daher entfällt die bisherige Regelung, dass die Verbandsversammlung mindestens zweimal im Jahr einzuberufen ist. Sie wird ersetzt durch die Regelungen des § 34 BbgKVerf. Nach § 34 Absatz 1 Satz 4 BbgKVerf ist die Verbandsversammlung einzuberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert. Eine Einberufungspflicht besteht zudem entsprechend § 34 Absatz 2 BbgKVerf, wenn mindestens ein Fünftel der verfassungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung oder die Verbandsleitung die Einberufung verlangt. Gleiches gilt, wenn mindestens ein Zehntel der Stimmenzahl in der Verbandsversammlung oder alle Vertreterinnen und Vertreter eines Verbandsmitgliedes unter Angabe des Beratungsgegenstandes frühestens drei Monate nach der letzten Verbandsversammlung die Einberufung verlangen.

Zu Absatz 3

Absatz enthält Sonderregelungen zu Mehrheitserfordernissen, die § 39 BbgKVerf insoweit ergänzen. Nach der § 39 Absatz 2 Satz 1 BbgKVerf sind abweichende Bestimmungen nur durch Gesetz oder – bei Angelegenheiten des Verfahrens – durch die Geschäftsordnung möglich. Daher wird mit Absatz 3 entsprechend der bisherigen Rechtslage (§ 15 Absatz 7 letzter Satz a.F.) ermöglicht, dass die Verbandssatzung zu einzelnen Beschlüssen der Verbandsversammlung andere Mehrheiten, Einstimmigkeit oder die Zustimmung bestimmter Verbandsmitglieder vorsieht. Um klarzustellen, wie ein in der Verbandssatzung normiertes Einstim-

migkeitserfordernis zu verstehen ist, trifft Absatz 3 hierzu ergänzend zu § 39 Absatz 2 Satz 2 BbgKVerf eine Regelung.

Zu § 21 (Verbandsvorsteherin oder Verbandsvorsteher [Verbandsleitung])

Der § 16 a.F. wurde zur besseren Übersichtlichkeit in sechs Einzelschriften aufgeteilt. § 21 enthält allgemeine Regelungen für die Verbandsvorsteherin oder den Verbandsvorsteher. Die §§ 22 und 23 enthalten Bestimmungen zum ehrenamtlichen Verbandsvorsteher und zur ehrenamtlichen Verbandsvorsteherin bzw. zur hauptamtlichen Verbandsvorsteherin oder zum hauptamtlichen Verbandsvorsteher. § 24 schließlich regelt die Stellvertretung des Verbandsvorstehers oder der Verbandsvorsteherin. Die darüber hinaus in § 16 Absatz 7 a.F. geregelten Bestimmungen über Erklärungen des Zweckverbandes sind in § 26 n.F. normiert. Die Regelungen in § 16 Absatz 8 a.F. zur Wahrnehmung der Verwaltungs- und Kassengeschäfte finden sich in § 27 wieder.

Entfallen konnten die Regelungen in § 16 Absatz 6 a.F. zu den Zuständigkeiten des Verbandsvorstehers oder der Verbandsvorsteherin. Denn gemäß § 12 Absatz 1 gelten für den Verbandsvorsteher oder die Verbandsvorsteherin die Regelungen der Kommunalverfassung für die hauptamtlichen Bürgermeister oder die hauptamtliche Bürgermeisterin.

Zu Absatz 1

Wie in § 17 bereits aufgeführt, wird in Absatz 1 die Organbezeichnung „Verbandsleitung“ mit der Bezeichnung „Verbandsvorsteherin“ oder „Verbandsvorsteher“ gleichgesetzt. Die nachfolgenden Vorschriften sprechen dann zur besseren Lesbarkeit der Normen durchgängig von der Verbandsleitung (siehe näher die Begründung zu § 17).

Entsprechend der bisherigen Rechtslage wird der Verbandsvorsteher oder die Verbandsvorsteherin für die Dauer von acht Jahren von der Verbandsversammlung gewählt. Ergänzt wurde die Möglichkeit, dass die Verbandssatzung eine kürzere Wahlzeit vorsehen kann. Damit erhalten die Verbandsmitglieder einen größeren Spielraum bei der Ausgestaltung der Wahlzeit der Verbandsleitung. Die Zulässigkeit der mehrmaligen Wiederwahl ist mangels entgegenstehender Regelungen selbstverständlich und bedarf keiner besonderen gesetzlichen Erwähnung.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt, dass die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig sein kann. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist gemäß § 22 Absatz 1 der Regelfall. Die Verbandssatzung kann jedoch stattdessen eine hauptamtliche Verbandsleitung vorsehen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass im Rechtsverkehr wie bisher die Bezeichnungen „Verbandsvorsteherin“ oder „Verbandsvorsteher“ verwendet werden können.

Zu Absatz 4

Absatz 4 ist den Regelungen der Kommunalverfassung über die Abwahl der ebenfalls von den Vertretungskörperschaften gewählten Beigeordneten (§ 60 Absatz 3 BbgKVerf) sowie der Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren (§ 138 Absatz 3 BbgKVerf) nachgebildet. Mit der Abwahl endet das Amt des ehrenamtlichen Verbandsvorstehers bzw. der ehrenamtlichen Verbandsvorsteherin. Ist der Verbandsvorsteher oder die Verbandsvorsteherin hauptamtlich tätig, so ist zu unterscheiden zwischen der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition einerseits und dem zivilrechtlichen Arbeitsvertrag andererseits. Mit der Abwahl endet die Stellung als Verbandsvorsteherin oder Verbandsvorsteher. Der Arbeitsvertrag hingegen endet nach Maßgabe der zivilrechtlichen Vorgaben. Vorgaben zu Regelungen im Anstellungsvertrag über die Möglichkeit der Beendigung des Vertrages finden sich in § 23 Absatz 3.

Zu § 22 (Ehrenamtliche Verbandsleitung)

Zu § 22 (Ehrenamtliche Verbandsleitung)

§ 22 fasst die Regelungen über den ehrenamtlichen Verbandsvorsteher oder die ehrenamtliche Verbandsvorsteherin zusammen.

Zu Absatz 1

Absatz 1 bestimmt, dass die Verbandsleitung im Regelfall ehrenamtlich tätig ist. Eine hauptamtliche Tätigkeit muss in der Verbandssatzung vorgesehen sein.

Zu Absatz 2

Zum ehrenamtlichen Verbandsvorsteher oder zur ehrenamtlichen Verbandsvorsteherin kann grundsätzlich jede Person gewählt werden. Eine Ausnahme ist lediglich in Absatz 2 für Zweckverbände, denen Aufgaben mit Anschluss- und Benutzungszwang übertragen worden sind, geregelt. In diesen Fällen sind typischerweise weitreichende Entscheidungen über Infrastrukturmaßnahmen zu treffen und die Refinanzierung der Ausgaben durch die Nutzerinnen und Nutzer sicherzustellen (beispielsweise im Bereich der Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung). Haben solche Zweckverbände keine hauptamtliche Verbandsleitung, soll die ehrenamtliche Verbandsvorsteherin oder der ehrenamtliche Verbandsvorsteher eine herausgehobene, hauptamtliche Stellung bei einem kommunalen Verbandsmitglied innehaben. Im Vergleich zu § 16 Absatz 5 a.F. wurde der Kreis der möglichen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber erweitert. Neben den Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten sollen auch Beigeordnete oder die allgemeinen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter der Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten zum ehrenamtlichen Verbandsvorsteher oder zur ehrenamtlichen Verbandsvorsteherin gewählt werden können. Dies ermöglicht Kommunen, die in mehreren Zweckverbänden mit Anschluss- und Benutzungszwang Mitglied sind, eine Arbeitsteilung. Darüber hinaus verbessert diese Regelung bei Zweckverbänden mit wenigen Mitgliedern die Möglichkeit, geeignete Personen für diese Aufgabe zu finden. Zudem wurde die Regelung in eine Soll-Vorschrift umgewandelt. Dadurch können in begründeten Einzelfällen auch andere Personen in dieses Amt gewählt werden. Solche Ausnahmefälle können beispielsweise vorliegen, wenn die im Normtext genannten Gemeindebediensteten bereits andere Funktionen im Zweckverband innehaben (Vorsitz der Verbandversammlung) oder aus dienstlichen oder persönlichen Gründen die Verbandsleitung

nicht übernehmen können. Denkbar ist auch, dass aus dem Kreise der Beschäftigten der kommunalen Mitglieder eine Person für dieses Amt besonders qualifiziert ist und daher gewählt wird.

Satz 2 stellt klar, dass bei Amtsverlust einer nach Satz 1 gewählten Person kein automatischer Verlust der Stellung als Verbandsvorsteherin oder Verbandsvorsteher eintritt. Vielmehr ist eine Abwahl erforderlich, wenn eine Hauptverwaltungsbeamtin oder ein Hauptverwaltungsbeamter, eine allgemeine Stellvertreterin oder ein allgemeiner Stellvertreter oder eine Beigeordnete oder ein Beigeordneter zur Verbandsleitung gewählt worden ist und die Person ihr Amt, das Grundlage für die Wahl zur Verbandsleitung war, verliert und auch nicht stattdessen ein anderes Amt nach Satz 1 erhält. Keine Abwahlpflicht besteht beispielsweise, wenn eine Beigeordnete zur hauptamtlichen Bürgermeisterin ihrer Gemeinde gewählt wird, da sie zwar das Beigeordnetenamt verliert, aber ein anderes Amt nach Satz 1 erhält. Eine grundsätzliche Abwahlpflicht besteht aber beispielsweise, wenn die Beigeordnete Bürgermeisterin einer Gemeinde wird, die nicht Verbandsmitglied ist. In den Fällen nach Satz 2 „soll“ die Person abgewählt werden. Die parallel zu Satz 1 geregelte Soll-Vorschrift bedeutet, dass die Pflicht zur Abwahl besteht, sofern nicht besondere Gründe vorliegen, etwa wenn die Person aus Altersgründen aus dem Hauptamt beim Verbandsmitglied ausscheidet, aber wegen besonderer Erfahrungen die ehrenamtliche Tätigkeit im Verband fortsetzen soll. Da die Abwahl grundsätzlich vorzunehmen ist, gelten die strengen Anforderungen nach § 21 Absatz 4 nicht. Das heißt, es genügt ein einfacher (nach § 39 Abs. 1 Satz 5 BbgK-Verf grundsätzlich geheimer) Abwahlbeschluss.

Zu Absatz 3

Absatz 3 sieht vor, dass die Personen nach Absatz 2 bei Zweckverbänden mit Anschluss- und Benutzungszwang zur Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit als Verbandsvorsteher oder Verbandsvorsteherin verpflichtet sind. Dies beseitigt eine Regelungslücke, die bislang zu Vollzugsproblemen geführt hat, wenn die gewählte Person die Wahl nicht angenommen hat und damit die Arbeitsfähigkeit des Zweckverbandes gefährdet war. Die Neuregelung gewährleistet, dass die Wahl zur damit bezweckten tatsächlichen Ausübung der Funktion der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers führt.

Aus Absatz 3 ergibt sich auch, dass über die genannten Personengruppen hinaus niemand zur Übernahme der ehrenamtlichen Funktion der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers verpflichtet ist. Dies wäre mit den herausgehobenen Aufgaben dieses Amtes nicht vereinbar. Klarstellend wurde ergänzt, dass im Falle der unbegründeten Weigerung der Übernahme der Tätigkeit die Vorschriften der Kommunalverfassung über das Ordnungsgeld entsprechend gelten.

Zu Absatz 4

Absatz 4 entspricht § 17 Absatz 1 Satz 2 und 3 a.F. Da es sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt, gelten auch für Personen nach Absatz 2 die Regelungen über Nebentätigkeiten oder Dienstaufwandsentschädigungen nicht.

Zu § 23 (Hauptamtliche Verbandsleitung)

§ 23 entspricht § 16 Absatz 4 a.F. Entsprechend den Regelungen für die Beigeordneten bzw. Amtsdirektorinnen oder Amtsdirektoren (§ 60 Absatz 2 Satz 2,

§ 138 Absatz 2 Satz 2 BbgKVerf) kann bei der Wiederwahl mit der Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmenzahl durch Beschluss von einer Ausschreibung abgesehen werden.

Zu § 24 (Stellvertretung der Verbandsleitung)

Die Vorschrift regelt die Stellvertretung des Verbandsvorstehers oder der Verbandsvorsteherin umfassender als § 16 a.F. Damit soll die dauerhafte Handlungsfähigkeit des Zweckverbandes im Falle der Vakanz des Amtes oder der Verhinderung des Verbandsvorstehers oder der Verbandsvorsteherin gewährleistet werden.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt entsprechend § 16 Absatz 3 a.F., dass die Stellvertretung ehrenamtlich ist und dass der Stellvertreter oder die Stellvertreterin von der Verbandsversammlung gewählt wird. Ergänzend zum bisherigen Recht soll es auch möglich sein, Personen nach § 22 Absatz 2 zu allgemeinen Stellvertreterinnen oder zu allgemeinen Stellvertretern zu wählen.

Zudem wird geregelt, dass auch weitere Stellvertreterinnen oder Stellvertreter gewählt werden können. Für diesen Personenkreis, deren Wahlperiode und die Abwahl gelten keine besonderen Vorgaben. Die Verbandssatzung kann bestimmen, dass und wie viele weitere Stellvertreterinnen oder Stellvertreter gewählt werden. Dies ist aber nicht obligatorisch. Bei einer fehlenden Verbandssatzungsregelung kann die Verbandsversammlung weitere Stellvertreterinnen oder Stellvertreter bestimmen. Die Verbandssatzung oder die Verbandsversammlung kann auch die Wahlperiode festlegen. Für die Abwahl der weiteren Stellvertreterinnen und Stellvertreter gilt § 40 Absatz 5 BbgKVerf.

Zu Absatz 2

Absatz 2 erstreckt die Anforderungen für Zweckverbände mit Anschluss- und Benutzungszwang auf die allgemeine Stellvertretung der Verbandsleitung. Dies entspricht der bisherigen Rechtslage. Durch den Verweis auf § 23 Absatz 1 wird sichergestellt, dass die Stellvertreterin oder der Stellvertreter die ausreichenden Qualifikationen für dieses Amt besitzt. Ergänzend wird klargestellt, dass die Stellvertretung auch aus dem Kreis der Beschäftigten des Zweckverbandes gewählt werden kann. Entsprechend § 22 Absatz 2 handelt es sich um eine Soll-Vorschrift, so dass im Ausnahmefall eine Besetzung mit einer anderen Person möglich ist. Für die Abwahl gelten die Vorschriften für die ehrenamtliche Verbandsleitung entsprechend (vgl. Begründung zu § 22 Absatz 2).

Zu Absatz 3

Absatz 3 zur Verpflichtung der Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit entspricht der Regelung für den Verbandsvorsteher oder die Verbandsvorsteherin in § 22 Absatz 3. Umfasst von der Verpflichtung ist wegen der herausgehobenen Stellung bei den Mitgliedskommunen nur der Personenkreis nach § 22 Absatz 2.

Zu Absatz 4

Absatz 4 enthält eine Auffangregelung für den Fall, dass der Verbandsvorsteher oder die Verbandsvorsteherin sowie alle Stellvertreterinnen oder Stellvertreter verhindert sind bzw. diese Positionen vakant sind. Durch diese Regelung wird die Handlungsfähigkeit des Zweckverbandes gesichert. In diesem Fall sind die Hauptverwaltungsbeamten oder Hauptverwaltungsbeamtinnen der kommunalen Mitglieder in der Reihenfolge ihres Lebensalters, also zunächst die lebensälteste Person, Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Die Verbandsversammlung kann eine andere Reihenfolge beschließen. Die Stellvertretung ergibt sich in diesen Fällen aus dem Gesetz. Einer Wahl bedarf es daher nicht. Da es sich um eine gesetzliche Stellvertretung handelt, steht diese Aufgabe nicht zur Disposition des betroffenen Hauptverwaltungsbeamten bzw. der betroffenen Hauptverwaltungsbeamtin. Gerade bei Zweckverbänden mit wenigen Mitgliedern oder hauptsächlich amtsangehörigen Gemeinden als Mitgliedern ist es denkbar, dass auch alle Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten nicht zur Verfügung stehen. Für diesen Fall, aber auch nur für diesen Fall wird eine Vertretung aus der Gruppe ihrer allgemeinen Stellvertreterinnen und Stellvertreter angeordnet. Welche Person aus dieser Gruppe die Vertretung übernehmen muss, bestimmt sich ebenfalls nach dem Lebensalter, soweit die Verbandsversammlung nichts anderes beschließt.

Zu Absatz 5

Absatz 5 stellt klar, dass die Satzung über die Aufwandsentschädigungen auch die Stellvertretung der Verbandsleitung einbeziehen kann.

Zu § 25 (Verbandsausschuss)

§ 25 entspricht der Regelung in § 16a a.F. zum Verbandsvorstand. Die Bezeichnung wurde geändert, um Verwechslungen mit dem Amt des Verbandsvorstehers oder der Verbandsvorsteherin zu vermeiden. Gestrichen wurde die Formulierung, dass die Mitglieder des Verbandsausschusses für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt werden, da die Mitgliedschaft der weiteren Vertretungspersonen in der Verbandsversammlung typischerweise mit den allgemeinen landesweiten Kommunalwahlen verknüpft ist, hiervon jedoch auch Ausnahmen denkbar sind. Für die Abwahl der weiteren Mitglieder im Verbandsausschuss gilt § 41 Absatz 6 und 7 BbgKVerf entsprechend. Eine Abwahl ist nicht erforderlich, wenn das Mitglied des Verbandsausschusses nicht mehr in die Verbandsversammlung gewählt wird, da die Mitglieder des Verbandsausschusses aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder der Verbandsversammlung gewählt werden. Im Übrigen wurden lediglich die Vorgaben in § 16 Satz 1 a.F., wonach der Verbandsleitung der Vorsitz kraft Amtes zukommt, gestrichen. Über den Vorsitz soll der Zweckverband eigenverantwortlich entscheiden können. Sofern die Verbandssatzung dazu keine Regelung trifft, wählt der Verbandsausschuss die Vorsitzenden aus seiner Mitte. Im Übrigen gelten aufgrund des Verweises in § 12 Absatz 1 Satz 1 die Regelungen der Kommunalverfassung für die (beratenden) Ausschüsse entsprechend. Trifft der Verbandsausschuss eigene Entscheidungen für den Zweckverband durch Beschluss, so gelten dementsprechend die Regelungen des § 50 Absatz 4 BbgKVerf für den Hauptausschuss.

Zu § 26 (Besondere Regelungen zur Abgabe von Erklärungen)

§ 26 ergänzt die allgemeinen Regelungen des § 57 BbgKVerf.

Die Regelung des § 16 Absatz 7 a.F., wonach für die doppelte Unterschrift ein weiterer Personenkreis als nach der Regelung der Kommunalverfassung zulässig ist, wurde beibehalten, um keine höheren Standards zu setzen. Auch die Möglichkeit, durch Verbandssatzung zu bestimmen, dass die Unterschrift der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers oder einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters genügt, wurde beibehalten.

Durch den Verweis auf § 57 BbgKVerf wird klargestellt, dass nicht jegliche Verpflichtungserklärung einer doppelten Unterschrift bedarf. Vielmehr gelten die in § 57 Absatz 3 und 4 BbgKVerf geregelten Ausnahmen für die Geschäfte der laufenden Verwaltung und Geschäfte, die eine für ein bestimmtes Geschäft oder ein Kreis von Geschäften ausdrücklich bevollmächtigte Person abschließt.

Zu § 27 (Wahrnehmung der Verwaltungs- und Kassengeschäfte)

Die Vorschrift stellt entsprechend § 16 Absatz 8 a.F. klar, dass die Verbandsmitglieder schon bei der Verbandsgründung in der Verbandssatzung vereinbaren können, dass die Kassengeschäfte und die Verwaltungsgeschäfte des Zweckverbandes einschließlich der Personalverwaltung durch ein kommunales Mitglied im Namen des Zweckverbandes wahrgenommen werden. Eine solche Wahrnehmung der Kassen- und Verwaltungsgeschäfte durch ein kommunales Verbandsmitglied kann zu einer effektiveren und wirtschaftlicheren Aufgabenwahrnehmung beitragen. Die Wahrnehmung kann für alle genannten Geschäfte vereinbart oder auf bestimmte Bereiche oder Arten von Kassen- und Verwaltungsgeschäften beschränkt werden. Die Möglichkeit, nach Gründung des Zweckverbandes die Kassengeschäfte nach § 81 Absatz 1 Satz 1 BbgKVerf bei Dritten besorgen zu lassen oder die Kassen- oder Verwaltungsgeschäfte durch spätere Änderung der Verbandssatzung (unter Zustimmung des betroffenen Mitglieds) oder durch Vertrag von einem geeigneten Verbandsmitglied oder (soweit zulässig) Dritten durchführen zu lassen, bleibt unberührt.

Zu § 28 (Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung von Eigenbetrieben)

Die Vorschrift ist § 18 Absatz 4 a.F. nachempfunden. Für Zweckverbände finden aufgrund des Verweises in § 12 Absatz 1 n.F. auch hinsichtlich der Haushaltswirtschaft und des Prüfungswesens die betreffenden Vorschriften der BbgKVerf entsprechend Anwendung. In der kommunalen Praxis besteht jedoch für Zweckverbände mit wirtschaftlichen Aufgabenstellungen (zum Beispiel Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung) das Bedürfnis, die Wirtschaftsführung und auch das Prüfungswesen nach den speziell auf die Erfordernisse kommunaler Unternehmen ausgerichteten Regelungen für Eigenbetriebe zu gestalten. § 28 n.F. ermöglicht es daher weiterhin, für Zweckverbände, die überwiegend Aufgaben der wirtschaftlichen Betätigung nach § 91 BbgKVerf wahrnehmen, in der Verbandssatzung zu bestimmen, dass abweichend von § 12 Absatz 1 n.F. für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung des Zweckverbandes die entsprechenden für Eigenbetriebe geltenden Bestimmungen – insbesondere also die §§ 86 Absatz 2 und 106 BbgKVerf sowie die diese Rechtsvorschriften ausführenden Abschnitte 2 und 3 der Eigenbetriebsverordnung – sinngemäß zur Anwendung kommen. Unberührt bleiben die Vorschriften über die örtliche Prüfung in § 102 BbgKVerf, mit Ausnahme des § 102 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 (an dessen Stelle § 106 BbgKVerf tritt).

Satz 2 ermöglicht es erstmals, zur Konzentration der Prüfungszuständigkeiten in der Verbandssatzung vorzusehen, dass die Jahresabschlussprüfung eines nach Eigenbetriebsrecht wirtschaftenden Zweckverbandes durch das für die örtliche Prüfung des Zweckverbandes zuständige Rechnungsprüfungsamt (vergleiche § 30) erfolgt. Insoweit handelt es sich um eine Sonderregelung zu § 106 Absatz 2 Satz 1 BbgKVerf.

Zu § 29 (Deckung des Finanzbedarfs)

Zu Absatz 1

Mit Absatz 1 werden die Voraussetzungen der Erhebung einer Verbandsumlage im Falle eines Finanzbedarfes, die Möglichkeit der Beschränkung der Verbandsumlagenhöhe für einzelne Mitglieder und der Verbandsumlagemaßstab geregelt. Die Regelung entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 19 Absatz 1 a.F. Durch Satz 1 wird das Recht und die damit einhergehende Pflicht zur Erhebung einer Verbandsumlage zum Schutz der Verbandsmitglieder neu auf diejenigen Fälle begrenzt, in denen nicht nur die sonstigen Erträge und Einzahlungen des Zweckverbandes, sondern zusätzlich auch seine nicht benötigten Finanzmittel nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Nicht benötigte Finanzmittel sind solche Bestände an Bargeld, Schecks und Guthaben auf Bankkonten, die zum Beispiel aus der Eigenkapitalverzinsung oder Gewinnausschüttungen zweckverbandlicher Unternehmen entstanden sind und denen keine Zahlungs- oder Rückstellungsverpflichtungen des Zweckverbandes gegenüberstehen. Durch die Verbandsumlage ist zumindest der nach dem Wirtschaftsplan zu erwartende und nicht durch sonstige Erträge und nicht benötigte Finanzmittel gedeckte, liquiditätswirksame Finanzbedarf des Zweckverbandes auf die Verbandsmitglieder umzulegen. Darüber hinausgehender Finanzbedarf des Zweckverbandes, der im betreffenden Haushaltsjahr noch nicht liquiditätswirksam wird (nicht durch Erträge gedeckte Abschreibungen, Ansammlung von Eigenmitteln für Investitionen in künftigen Haushaltsjahren) kann mit der Verbandsumlage ausgeglichen werden.

Zu Absatz 2

Nach Satz 1 erfolgt die Festlegung der Gesamthöhe der Umlage und des auf jedes einzelne Verbandsmitglied entfallenden Anteils für jedes Haushaltsjahr in der Haushaltssatzung. Wurde in Anwendung des § 28 n.F. in der Verbandssatzung bestimmt, dass für den Zweckverband die Regelungen über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung von Eigenbetrieben zur Anwendung kommen, ist die Festlegung im Wirtschaftsplan vorzunehmen. Dies entspricht insgesamt der Regelung in § 19 Absatz 2 Satz 1 a.F. Weggefallen ist die bislang in § 19 Absatz 2 Satz 2 GKG a.F. enthaltene Genehmigungspflicht für die Festlegung der Verbandsumlage. Einer Genehmigung der Verbandsumlage durch die Kommunalaufsichtsbehörde zum Schutz der kommunalen Verbandsmitglieder bedarf es nicht, da die Gesamthöhe der Umlage und die sich in Anwendung des Umlagemmaßstabes für die einzelnen Verbandsmitglieder rechnerisch ergebenden Teilbeträge von der mit den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitgliedern besetzten Verbandsversammlung beschlossen werden. Zudem wird hierdurch eine Vereinheitlichung mit den Bestimmungen der Kommunalverfassung vorgenommen, die für die Amtsumlage und die Kreisumlage ebenso keine Genehmigungspflicht vorsehen.

Satz 2 nimmt erstmals eine Bestimmung zur Fälligkeit der Verbandsumlage vor, um Streitigkeiten über das Eintreten der Zahlungspflichten zu vermeiden und die Vollziehbarkeit von Verbandsumlageforderungen zu erleichtern. Nach Satz 2 ist die Verbandsumlage – wie in der kommunalen Praxis durchaus üblich – in vier gleichbleibenden Quartalsbeträgen an gesetzlich vorbestimmten Fälligkeitsterminen zu zahlen. Hiermit wird ein angemessener Ausgleich zwischen den Finanzierungserfordernissen der Zweckverbände und den Liquiditätsinteressen ihrer Verbandsmitglieder getroffen.

Satz 3 trifft eine erforderliche Auffangregelung zur Fälligkeit, soweit die Bekanntmachung der Haushaltssatzung bzw. des Wirtschaftsplanes (Festlegung der Gesamthöhe der Verbandsumlage und deren auf die Mitglieder entfallenen Anteile) erst nach Ablauf eines in Satz 2 bestimmten Fälligkeitstermins erfolgt.

Nach bisher geltendem Recht bedurfte die Erhebung und Vereinnahmung der Verbandsumlage jeweils der vorherigen Festsetzung durch Bescheid des Zweckverbandes gegenüber dem jeweiligen Verbandsmitgliedes. Mit Blick auf die gesetzliche Festlegung der Fälligkeit in Satz 2 und 3 ist eine solche Festsetzung durch Bescheid nach Satz 3 nicht mehr zwingend erforderlich, da sich die Höhe der zum bestimmten Termin erforderlichen Zahlungsverpflichtungen unmittelbar aus der von den Verbandsmitgliedern beschlossenen Verbandssatzung ergibt. Satz 3 stellt jedoch klar, dass die Festsetzung weiterhin durch Verwaltungsakt erfolgen kann und dass dabei eine von Satz 2 und 3 abweichende Fälligkeit im Bescheid vorgenommen werden kann. Mit der abweichenden Festlegung von Fälligkeitsterminen im Festsetzungsbescheid wird es möglich, in einzelnen Haushaltsjahren seitens des Zweckverbandes auf konkrete zeitliche Anforderungen an die Liquidität des Zweckverbandes (zum Beispiel aufgrund von größeren Zahlungsverpflichtungen bei Investitionsmaßnahmen) zu reagieren. Zur Geltung des Kommunalabgabengesetzes vgl. die Begründung zu Artikel 10 Nummer 1.

Die bisher in § 19 Absatz 2 Satz 3 GKG enthaltene Regelung, wonach gegen einen fehlenden, aber erforderlichen Beschluss zur Verbandsumlage kommunalaufsichtliche Maßnahmen ergriffen werden können, wurde verzichtet. Eine solche Möglichkeit ergibt sich bereits aus den – nach § 42 Absatz 1 GKGBbg n.F. auch für Zweckverbände geltenden – allgemeinen kommunalaufsichtlichen Bestimmungen und bedarf daher keiner gesonderten Regelung.

Zu Absatz 3

Absatz 3 eröffnet zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Zweckverbände die Möglichkeit, Vorauszahlungen auf die Verbandsumlage zu erheben. Nach Satz 1 ist die Erhebung einer Vorauszahlung möglich, wenn die Haushaltssatzung (oder im Falle der Umlageerhöhung die Nachtragssatzung) bzw. der Wirtschaftsplan nicht mehr rechtzeitig vor Entstehen eines zahlungswirksamen Finanzbedarfes beim Zweckverband erlassen werden kann. Die Vorauszahlungserhebung ist in diesem Fall jedoch nur zulässig, wenn die Aufnahme eines Kassenkredites für Zweckverband unzulässig (fehlender Beschluss über den zulässigen Höchstbetrag der Kassenkredite nach § 76 Absatz 2 BbgKVerf bzw. tatsächliche Ausschöpfung dieses Höchstbetrages), aufgrund von Marktbedingungen tatsächlich unmöglich oder für ihn aufgrund einer damit verbundenen erheblichen und nicht kurzfristig refinanzierbaren Zinsbelastung unwirtschaftlich ist

Satz 2 stellt klar, dass eine erhobene Vorauszahlung mit der endgültigen Umlageforderung gegenüber dem Verbandsmitglied zu verrechnen ist. Sollte sich ergeben, dass die tatsächlich erforderliche Umlage niedriger ist als die Vorauszahlung, ist der überschießende Betrag vom Zweckverband dem Mitglied zu erstatten.

Zu Absatz 4

Zur Vermeidung von unnötigen Zahlungstransaktionen ist es nach Satz 1 möglich, dass Verbandsmitglieder gegen die Forderung des Zweckverbandes auf Zahlung einer Verbandsumlage oder einer entsprechenden Vorauszahlung Aufrechnung mit eigenen finanziellen Forderungen gegen den Zweckverband (zum Beispiel Mietzahlung für Verbandsgebäude, Kosten der örtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt, Kosten für die Wahrnehmung von Kassen- und Verwaltungsgeschäften) erklären, um so nur einen ggf. überschießenden Betrag an den Zweckverband zu zahlen. Satz 1 beschränkt die Zulässigkeit solcher Aufrechnungen zur Vermeidung von Streitigkeiten jedoch auf die Fälle, in denen das Bestehen und Höhe der Gegenforderung des Verbandsmitgliedes vom Zweckverband unbestritten ist oder rechtskräftig durch ein Gericht oder einen bestandskräftigen Bescheid festgestellt wurde. Dies entspricht der Regelung in § 130 Absatz 5 BbgKVerf für die Kreisumlage.

Mit Satz 2 erhalten die Zweckverbände die Möglichkeit, ihre an die Verbandsmitglieder gerichteten Umlage- oder Vorauszahlungsforderungen an Dritte (zum Beispiel Kreditinstitute) abzutreten, soweit dies zur Erfüllung rechtlicher Pflichten des Zweckverbandes (Rückzahlung aufgenommenen Kredite oder Refinanzierung rückzahlbarer Zuschüsse) oder zur Aufrechterhaltung seiner Liquidität (Umschuldung zur Senkung der Zinsbelastung) erforderlich ist. Die Regelung dient dazu, auch Zweckverbänden in wirtschaftlich schwieriger Lage die Möglichkeit einer angemessenen Finanzierung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Die Abtretung kann sich auf die Umlage- oder Vorauszahlungsforderungen in ihrer Gesamtheit beziehen. Sie kann jedoch auch nur auf Teilbeträge oder aber auf die Umlage- oder Vorauszahlungsforderung gegenüber bestimmten Verbandsmitgliedern beschränkt werden. Im Fall der Inanspruchnahme aus der Abtretungserklärung hat das Verbandsmitglied seine Verbandsumlage bzw. die Vorauszahlung in dem abgetretenen Umfang an den begünstigten Dritten zu leisten.

Der Zweckverband hat nach Satz 3 die Pflicht, seine Absicht zur Abtretung dem betroffenen Verbandsmitglied und der Kommunalaufsichtsbehörde rechtzeitig vor Wirksamwerden der Abtretungserklärung anzuzeigen. Hiermit wird die Möglichkeit eröffnet, die Zulässigkeit der Abtretung zu prüfen und ihr gegebenenfalls zu widersprechen.

Zu Absatz 5

Die Regelung des Absatzes 5 über das Verbot der Steuererhebung durch den Zweckverband entspricht inhaltlich § 19 Absatz 3 Satz 2 GKG a.F. Die vormals in § 19 Absatz 3 Satz 1 enthaltene Bestimmung, wonach Zweckverbände Entgelte nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes erheben können, konnte entfallen, da ihnen das Recht zur Abgabenerhebung – bezogen auf die ihnen übertragenen Aufgaben – bereits nach § 12 Absatz 3 GKGBbg in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 1 KAG zusteht.

Zu Absatz 6

Absatz 6 entspricht § 20b Absatz 6 GKG a.F.

Zu § 30 (Örtliche Prüfung)

Für die örtliche Prüfung des Zweckverbandes finden durch den Verweis in § 12 Absatz 1 n.F. die §§ 101 bis 104 BbgKVerf Anwendung. Die Vorschrift des § 30 n.F. normiert entsprechend § 18 Absatz 2 a.F. in Ergänzung zu § 101 BbgKVerf, durch welches Rechnungsprüfungsamt die örtliche Prüfung vorzunehmen ist.

Der Zweckverband hat nach Satz 1 zunächst das Recht, ein eigenes Rechnungsprüfungsamt zu bilden. Soll von diesem Recht kein Gebrauch gemacht werden, können die Verbandsmitglieder in der Verbandssatzung vereinbaren, dass die örtliche Prüfung des Zweckverbandes durch das bestehende Rechnungsprüfungsamt eines bestimmten kommunalen Verbandsmitgliedes erfolgt. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass der Zweckverband nach seiner Gründung mit einem kommunalen Verbandsmitglied, welches über ein eigenes Rechnungsprüfungsamt verfügt, selbst eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abschließt, mit der die örtliche Prüfung des Zweckverbandes diesem Rechnungsprüfungsamt übertragen wird. Nach Satz 2 hat der Zweckverband auch die Möglichkeit, sich des Rechnungsprüfungsamtes einer anderen Kommune, die nicht Mitglied im Zweckverband ist, zu bedienen. In allen anderen Fällen obliegt die örtliche Prüfung nach Satz 3 unmittelbar aufgrund des Gesetzes dem Rechnungsprüfungsamt desjenigen Landkreises, in dem der Zweckverband seinen Sitz hat. Satz 3 zeichnet insoweit die Regelung zur prüfungsrechtlichen Auffangzuständigkeit des Landkreises aus § 101 Absatz 2 BbgKVerf nach.

Satz 4 stellt klar, dass der Zweckverband die Kosten der örtlichen Prüfung – sowohl im Fall der freiwilligen Übertragung auf ein Rechnungsprüfungsamt (zum Beispiel eines kommunalen Verbandsmitgliedes) als auch im Fall der gesetzlichen Zuständigkeit des kreislichen Rechnungsprüfungsamtes – selbst zu tragen hat.

Zu Abschnitt 4 (Änderungen des Zweckverbandes)

Zu § 31 (Änderungen der Verbandssatzung)

Die Vorschrift enthält allgemeine Regelungen für alle Änderungen der Verbandssatzung.

Zu Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 sieht entsprechend § 20 Absatz 1 Satz 3 a.F. vor, dass eine Verbandssatzungsänderung grundsätzlich durch die Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Versammlung beschlossen werden muss. Im Vergleich zur bisherigen Rechtslage (§ 20 Absatz 1 Satz 4 a.F.) ist die Möglichkeit von abweichenden Regelungen in der Verbandssatzung erweitert worden. Konnte nach bisherigem Recht die Verbandssatzung nur größere Mehrheiten vorsehen, so ist es nunmehr auf Grund der Formulierung „andere Mehrheiten“ auch möglich, in der Verbandssatzung geringere Mehrheitsanforderungen zu normieren.

Ergänzt wurde zudem in Absatz 1 Satz 3 die Klarstellung, dass Änderungen der Verbandssatzung auch durch Neufassung erfolgen können. Dies ermöglicht, ge-

rade bei umfangreichen Änderungen der Verbandssatzung oder mehreren kleineren Änderungen im Laufe der Jahre eine für die Betroffenen und Verantwortlichen lesbare Verbandssatzung zu beschließen. Mit der Neufassung ist keine Aufhebung der bisherigen Verbandssatzung verbunden, vielmehr erhält die Verbandssatzung den durch die Neufassung vorgegebenen neuen Regelungsgehalt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt entsprechend § 20 Absatz 1 Satz 1 und 2 a.F. besondere Mehrheitserfordernisse. Abweichend zum bisherigen Recht sieht Absatz 2 Satz 2 bei der Änderung der Verbandsaufgaben lediglich die Einstimmigkeit der kommunalen Mitglieder vor, während bislang die Einstimmigkeit auf alle Verbandsmitglieder bezogen war. Dies ist sachgerecht, weil der Zweckverband eine kommunale Körperschaft ist und nichtkommunale Mitglieder nicht über die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen entscheiden können sollen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 sieht vor, dass die Bekanntmachung von Verbandssatzungsänderungen durch die zuständige Kommunalaufsicht erfolgt (§ 14 Absatz 1). Dadurch wird gewährleistet, dass die ursprüngliche Satzung sowie alle Änderungen durch ein und dieselbe Stelle bekannt gemacht werden. Hält die Kommunalaufsicht die Änderungen für rechtswidrig und beanstandet sie diese deshalb, so sieht Absatz 3 Satz 2 vor, dass - solange die Beanstandung wirksam ist - eine Bekanntmachung nicht erfolgt. Dies ergänzt § 113 Absatz 1 Satz 3 BbgKVerf, wonach beanstandete Beschlüsse und Maßnahmen nicht ausgeführt werden dürfen. Für die Beanstandung durch den Hauptverwaltungsbeamten oder die Hauptverwaltungsbeamtin gemäß § 55 BbgKVerf bedarf es keiner gesonderten Regelung. Denn gemäß § 55 Absatz 1 Satz 3 BbgKVerf hat die Beanstandung aufschiebende Wirkung. Daher erfolgt in diesem Fall keine Weiterleitung des Beschlusses an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Bekanntmachung der Satzungsänderung.

Zu Absatz 4

Absatz 4 regelt das Wirksamwerden von Änderungen der Verbandssatzung. Die Vorschrift findet Anwendung, wenn Sonderregelungen nicht bestehen (siehe etwa § 32 Absatz 5 Satz 2 zum Beitritt und Austritt oder § 33 Absatz 1 Satz 2 zur Auflösung des Zweckverbandes). Als gesetzliche Auffangbestimmung ist vorgesehen, dass die Änderung – parallel zu § 3 Absatz 5 BbgKVerf – am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft tritt. Die Verbandssatzung selbst oder die Satzung, mit der die Verbandssatzung geändert wird, kann einen anderen Zeitpunkt bestimmen. Dies ermöglicht, auch rückwirkende Änderungen vorzunehmen, sofern dies verfassungsrechtlich zulässig ist. Satz 2 entspricht der Regelung zur Wirksamkeit genehmigungspflichtiger delegierender Vereinbarungen in § 9 Absatz 2, auf die Begründung zu dieser Vorschrift wird verwiesen. Satz 3 entspricht § 20 Absatz 6 a.F. in Verbindung mit § 11 Absatz 2 Satz 2 a.F.

Zu Absatz 5

Scheidet ein Verbandsmitglied aufgrund des Eintritts einer zuvor nach § 11 Absatz 3 vereinbarten Befristung, durch Wegfall der Aufgaben (§ 34 Absatz 1) oder aufgrund des erleichterten Austrittes oder Ausschlusses im Nachgang einer Rechtsnachfolge (§ 34 Absatz 2) aus, liegt kein Fall eines antragsgemäßen Aus-

scheides aus dem Zweckverband im Sinne des § 32 Absatz 2 i.V.m. Absatz 5 vor. Dennoch ist dieses Ausscheiden nach § 31 Absatz 5 durch eine von der Versammlungsversammlung zu beschließende Änderungssatzung nachzuvollziehen. Diese Änderung der Verbandssatzung bedarf keiner kommunalaufsichtlichen Genehmigung. Die Satzung ist jedoch gemäß Satz 2 durch die Kommunalaufsichtsbehörde öffentlich bekannt zu machen. Die Anpassung dieser Verbandssatzung ist deklaratorischer Natur, daher wird der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Satzungsänderung, soweit er sich auf die Änderung des Kreises der Verbandsmitglieder bezieht, rückwirkend durch Gesetz auf den Zeitpunkt des wirksamen Ausscheidens festgelegt. Sollte die Änderungssatzung weitere Inhalte haben, gelten, wie durch den Begriff „insoweit“ verdeutlicht wird, die allgemeinen Regelungen über die Wirksamkeit der Änderungssatzung.

Für Kündigungen außerhalb des Anwendungsbereiches des § 34 Absatz 2 findet § 32 Absatz 6 Anwendung.

Zu § 32 (Beitritt und Austritt von Verbandsmitgliedern)

Zu Absatz 1

Die Regelung des Absatz 1 über den Beitritt entspricht § 20 Absatz 2 a.F. Nicht übernommen wurde die Regelung, dass bei Aufgabenübertragung auf den Zweckverband das eingesetzte Anlagevermögen entschädigungslos auf den Zweckverband übergeht, wenn dieser das Anlagevermögen zur Aufgabenerfüllung benötigt und die damit in Verbindung stehenden Verbindlichkeiten übernimmt. An dieser Stelle tritt die allgemeine Pflicht, mit dem Antrag zu erklären, welche Vermögensgegenstände, aber auch welche Verbindlichkeiten und Forderungen mit dem Beitritt übergehen sollen. Dies ermöglicht eine flexible und allen Beteiligten gerecht werdende Regelung über den Vermögens- und Forderungsübergang.

Zu Absatz 2

Die Absätze 2 bis 4 ersetzen den bisherigen § 20 Absatz 3. Ergänzt wurde in Absatz 2, dass eine Auseinandersetzungsvereinbarung bei Austritt eines Verbandsmitgliedes auch - soweit erforderlich - mit weiteren Beteiligten geschlossen werden kann. Dies ermöglicht beispielsweise, dass ein weiterer Zweckverband eingebunden werden kann, in welchen das austrittswillige Mitglied eintreten will.

Zu Absatz 3

In Absatz 3 wurde das Verfahren über die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörden zur Auseinandersetzungsvereinbarung ausführlicher geregelt. Da anders als bei der Entscheidung der Kommunalaufsicht über den Ausgleich von Vor- und Nachteilen bei Gründung des Zweckverbandes gemäß § 16 Satz 2 im Fall des Austritts keinen Ermessensspielraum besteht, ob die Kommunalaufsicht eine Auseinandersetzungsvereinbarung erarbeitet, bedarf es genauer Regelungen über Voraussetzungen und Form der Entscheidung sowie über die Rechtsfolgen. Die Sätze 1 und 2 des Absatzes 3 gewährleisten, dass die Beteiligten sich ernsthaft mit der Problematik auseinandersetzen und für den Fall einer nicht zustande kommenden Einigung der Kommunalaufsicht den bisherigen Sach- und Streitstand aufgearbeitet vorlegen. Satz 3 schließlich ermöglicht, dass die Kommunalaufsichtsbehörde für den Fall, dass sie mit den eigenen personellen Kapazitäten eine möglicherweise komplexe Auseinandersetzung nicht bewältigen kann, auch Dritte hinzuziehen und die Kosten den Beteiligten auferlegen kann. Darüber hinaus wird klargestellt, dass die Kommunalaufsichtsbehörde durch Bescheid, also durch Verwaltungsakt, entscheidet.

Zu Absatz 4

Absatz 4 ermöglicht, anstelle des Verfahrens bei der Kommunalaufsichtsbehörde auch ein Schiedsverfahren vorzusehen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 regelt, wie der Austritt und der Beitritt zustande kommen. Da der Beitritt oder Austritt eine Änderung der Mitglieder des Zweckverbandes zur Folge hat, ist die Verbandssatzung entsprechend zu ändern. Daher sieht Absatz 5 vor, dass die Verbandsversammlung über den Antrag auf Austritt oder Beitritt durch Beschluss über die Änderung der Verbandssatzung befindet. Damit ist zudem sichergestellt, dass der Inhalt der Verbandssatzung dem aktuellen Mitgliederbestand entspricht. Die Regelungen des § 14 über die Bekanntmachung durch die Aufsichtsbehörde und den Zeitpunkt der Wirksamkeit der Änderungen gelten für den Beitritt und den Austritt und die damit zusammenhängende Satzungsänderung entsprechend. Zur Folge von Rechtsfehlern siehe auch §§ 47 Absatz 1 und 48 Absatz 1.

Zu Absatz 6

Absatz 6 regelt das Verfahren der Kündigung. Zur Gewährleistung einer wirksamen Verbandssatzung und Sicherstellung der Transparenz der kommunalen Zuständigkeiten erfolgt die Umsetzung einer rechtmäßigen Kündigung durch Änderung der Verbandssatzung. Die Änderung der Satzung ist mithin konstitutiv und somit gemäß § 41 Absatz 3 genehmigungsbedürftig, wenn die Kündigung sich auf die in § 41 Absatz 3 Nummer 4 genannten Tatbestände bezieht. Die Bekanntmachungspflicht ergibt sich aus § 31 Absatz 3.

Zu Absatz 7

Die Kommunen, die bereits Mitglied in einem Zweckverband sind, können für weitere (Teil-)Aufgaben oder für räumlich abgegrenzte Bereiche (z.B. Ortsteile) für die sie bislang nicht Mitglied im Zweckverband waren, den Beitritt beantragen. Gleiches gilt für den Austritt aus dem Zweckverband für einzelne Aufgaben oder sach-

lich abgrenzbare Teile hiervon sowie für räumlich abgegrenzte Bereiche des Verbandsmitgliedes, jedoch ohne dass das Verbandsmitglied vollständig austritt. Absatz 7 stellt klar, dass die Regelungen für Beitritt, Austritt und Kündigung auch für diese Fälle Anwendung finden.

Zu § 33 (Auflösung und Abwicklung des Zweckverbandes)

Die Vorschrift fasst § 20a und 20b a.F. in einem Paragraphen zusammen.

Zu Absatz 1

In Absatz 1 wird erstmals geregelt, wie eine freiwillige Auflösung eines Zweckverbandes erfolgt. Parallel zur Bildung des Zweckverbandes, die durch Vereinbarung der Verbandssatzung erfolgt, ist zur Auflösung des Zweckverbandes die Aufhebung der Verbandssatzung erforderlich. Dies geschieht durch eine von der Versammlung zu beschließende Aufhebungssatzung. Der Beschluss bedarf gemäß § 31 Absatz 3 der Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahl, sofern die Verbandssatzung nichts anderes vorsieht. Darüber hinaus ist entsprechend § 14 eine Bekanntmachung der Aufhebungssatzung durch die Kommunalaufsicht erforderlich.

Zu Absatz 2

Absatz 2 entspricht der bisherigen Regelung des § 20a Absatz 2, die lediglich redaktionell überarbeitet wurde.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt die Abwicklungspflicht des Verbandes für den Fall einer freiwilligen Auflösung entsprechend § 20b Absatz 1 a.F. Im Fall einer Auflösung kraft Gesetzes gemäß Absatz 2 ist eine Abwicklung hingegen nicht erforderlich. Gehen die Aufgaben durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes vollständig auf einen anderen Verwaltungsträger über, ist in diesen Vorschriften die Rechtsnachfolge zu bestimmen. Gehört dem Zweckverband nur noch ein kommunales Mitglied an, tritt dieses Mitglied an die Stelle des Zweckverbandes und ist damit Rechtsnachfolger.

Zu Absatz 4 bis 6

Die Absätze 4 bis 6 entsprechen den bisherigen Regelungen des § 20b Absatz 2 bzw. 4, die redaktionell überarbeitet wurden. Zudem wurde in Absatz 5 Satz 4 ergänzt, dass die Abwicklerin oder der Abwickler mit den kommunalen Mitgliedern die Übertragung von öffentlich-rechtlichen Forderungen vereinbaren kann. Durch eine Übertragung von Forderungen auf die kommunalen Mitglieder kann die Abwicklung beschleunigt werden. Während eine Abtretung von zivilrechtlichen Forderungen grundsätzlich unproblematisch ist, bedarf es für die Übertragung öffentlich-rechtlicher Forderungen jedenfalls klarstellend einer gesetzlichen Regelung, die mit dieser Vorschrift geschaffen wird.

Zu Absatz 7

Absatz 7 sieht Regelungen über die Übernahme der Beschäftigten im Falle einer Auflösung des Zweckverbandes vor. Die bisherigen Regelungen fanden sich in § 17 Absatz 2 a.F. Die Vorschrift enthält Bestimmungen, die nur greifen, wenn in

der Verbandssatzung oder einer Auseinandersetzungsvereinbarung nichts Abweichendes geregelt wird. Auf die Möglichkeit entsprechender Regelungen in der Verbandssatzung wird zudem in § 13 Absatz 3 Nummer 2 ausdrücklich hingewiesen.

Für die subsidiär anwendbare gesetzliche Bestimmung ist es sachgerecht, auf das Verhältnis der Stimmen der kommunalen Mitglieder der Verbandsversammlung zueinander abzustellen. Denn es ist davon auszugehen, dass dieses Verhältnis dem Interesse des jeweiligen Mitgliedes an der Aufgabenwahrnehmung durch den Verband entspricht. Dies entspricht auch der Regelungsfiktion in § 47 Absatz 6 Satz 2 für den Fall einer fehlenden Umlageregelung in der Verbandssatzung. Die Umlageregelung soll nach dem Nutzen der einzelnen Mitglieder bestimmt werden (§ 29 Absatz 1 Satz 4). Die Aufteilungen der einzelnen Beschäftigten auf die Verbandsmitglieder soll im Falle fehlender Bestimmungen durch die Abwicklerin oder den Abwickler vorgenommen werden. Damit wird ein einfaches Verfahren bereitgestellt, das insbesondere auch den Interessen der Beschäftigten an einer baldmöglichen Klärung ihrer zukünftigen arbeitsrechtlichen Situation entgegenkommt.

Zu Absatz 8

Absatz 8 entspricht § 20b Absatz 5 a.F.

Die bisherige Bestimmung des § 20b Absatz 6, wonach über das Vermögen eines Zweckverbandes ein Insolvenzverfahren nicht stattfindet, ist nunmehr in § 29 Absatz 6 geregelt.

Zu § 34 (Rechtsnachfolge bei Verbandsmitgliedern)

Die Vorschrift regelt im Vergleich zur entsprechenden Regelung des § 21 a.F. die Problematik der Rechtsnachfolge bei einzelnen Verbandsmitgliedern ausführlicher.

Zu Absatz 1

Absatz 1 stellt zunächst den Grundsatz auf, dass im Falle des Wegfalls eines Verbandsmitgliedes (beispielsweise durch Zusammenschluss mit einer anderen Körperschaft oder Aufteilung auf mehrere Körperschaften) der oder die Rechtsnachfolger Verbandsmitglied werden. Gleiches gilt, wenn das Verbandsmitglied als solches bestehen bleibt, aber aufgrund gesetzlicher Änderung diejenige Aufgabe verliert, die auf den Zweckverband übertragen wurde bzw. mit deren Durchführung der Zweckverband beauftragt wurde.

Zu Absatz 2

Da die neue Verbandsmitgliedschaft weder auf einer freiwilligen Entscheidung des Zweckverbandes noch des neuen Verbandsmitgliedes beruht, sieht Absatz 2 die Möglichkeit vor, dass der Zweckverband ein neues Verbandsmitglied (nicht notwendigerweise alle neuen Mitglieder bei mehrfacher Rechtsnachfolge) ausschließen kann und dass das neue Verbandsmitglied seinerseits die Mitgliedschaft kündigen kann. Um allen Beteiligten ausreichend Zeit für eine Auseinandersetzung zu gewähren, sieht Absatz 2 Satz 3 vor, dass die Kündigung bzw. der Beschluss über das Ausscheiden des neuen Verbandsmitgliedes mit Ablauf des auf diese Maßnahmen folgenden Kalenderjahres wirksam werden. Eine anderweitige Vereinba-

zung ist zulässig. Für die erforderliche Auseinandersetzung gelten die Regelungen über den Austritt eines Verbandsmitgliedes entsprechend.

Ein Ausschluss bzw. ein Austritt ist nicht möglich, wenn Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen. Dies entspricht der bisherigen Rechtslage und gewährleistet, dass die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Aufgabenerledigung durch den Ausschluss oder den Austritt nicht gefährdet wird.

Zu Absatz 3

Ist der Zweckverband oder das neue Mitglied der Auffassung, dass die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 1 und 2 nicht erfüllt sind, sieht Absatz 3 die Möglichkeit vor, Kommunalaufsichtsbeschwerde zu erheben. Entsprechend der bisherigen Rechtslage ist diese Beschwerde innerhalb von drei Monaten nach Kenntnis des Beschlusses oder der Kündigung zu erheben. Ergänzend wird klargestellt, dass die Beschwerde aufschiebende Wirkung hat. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat über die Beschwerde zu entscheiden, ihr steht also kein Entschließungsermessen zu. Ergibt sich, dass der Austritt bzw. Ausschluss berechtigt war, kann die Kommunalaufsichtsbehörde mit ihrem Bescheid auch über Zeitpunkt und Bedingungen des Wirksamwerdens des Austritts bzw. der Kündigung entscheiden. Die Auseinandersetzung richtet sich nach Absatz 2.

Zu § 35 (Zusammenschluss von Zweckverbänden)

Die Vorschrift fasst die bisherigen Regelungen des § 22a und 22b zusammen.

Zu Absatz 1

Absatz 1 ermöglicht, wie auch das bisherige Recht, dass Zweckverbände sich zu einem neuen Zweckverband zusammenschließen. Davon zu unterscheiden ist die ebenfalls bestehende Möglichkeit, dass ein oder mehrere Zweckverbände ihrerseits einen weiteren Zweckverband bilden. Im Unterschied zur Neubildung nimmt dieser weitere Zweckverband einzelne Aufgaben der bestehenbleibenden schon existierenden Zweckverbände wahr. Bei einer Neubildung hingegen lösen sich die bisherigen Zweckverbände auf, wie Absatz 1 Satz 6 klarstellt. Aus dieser Rechtsnachfolge ergibt sich u.a., dass Satzungen (z. B. Abgabensatzungen), die die zusammenschließenden Zweckverbände für ihr Verbandsgebiet festgelegt haben, fortgelten, und zwar die jeweilige Satzung für das Teilgebiet des neuen Zweckverbandes, sofern nicht mit der Verbandssatzung auch diese Satzungen neu festgelegt werden.

Zur Erleichterung von Zusammenschlüssen von Zweckverbänden wird auf das bisher in § 22a Absatz 1 a.F. geregelte Einstimmigkeitserfordernis verzichtet. Verbandsmitglieder, die bei der Beschlussfassung gegen die Neubildung des Zweckverbandes gestimmt haben, erhalten ein erleichtertes Kündigungsrecht. Mit Entstehen des neuen Zweckverbandes können diese Verbandsmitglieder innerhalb von drei Monaten die Mitgliedschaft im neuen Zweckverband entsprechend § 34 Absatz 2 kündigen, wenn Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen, insbesondere die Aufgabenerfüllung des neuen Zweckverbandes hierdurch nicht gefährdet wird.

Zu Absatz 2

Absatz 2 stellt sicher, dass der neue Zweckverband sofort arbeitsfähig ist. Daher muss mit den Beschlüssen über den Zusammenschluss festgelegt werden, wer die Organe besetzt. Zudem muss eine Verbandssatzung festgelegt werden. Sonstige Satzungen können festgelegt werden.

Zu Absatz 3

Absatz 3 schließlich ermöglicht entsprechend § 22b a.F. die Eingliederung eines Zweckverbandes in einen anderen Zweckverband.

Zu § 36 (Umwandlung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt in einen Zweckverband)

Die Vorschrift ermöglicht es, eine bestehende und von mehreren Kommunen getragene gemeinsame kommunale Anstalt in einen Zweckverband umzuwandeln. Die bisherigen Träger der gemeinsamen kommunalen Anstalt werden durch die Umwandlung zu den Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes. Der Zweckverband ist Gesamtrechtsnachfolger der gemeinsamen kommunalen Anstalt.

Zur Umwandlung vereinbaren die künftigen Verbandsmitglieder eine Verbandssatzung, für deren Inhalt § 13 zur Anwendung kommt. Die Vereinbarung der Verbandssatzung bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde (§ 41 Absatz 3 Nummer 3 n.F.). Für die Bekanntmachung der Verbandssatzung durch die Kommunalaufsichtsbehörde und das Wirksamwerden der Umwandlung finden die Regelungen für Zweckverbände in § 14 zur Anwendung.

Zu Teil 5 (Die gemeinsame kommunale Anstalt)

Zu § 37 (Errichtung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt)

Zu Absatz 1

Die Vorschrift sieht vor, dass Kommunen in der Rechtsform einer von ihnen gemeinschaftlich getragenen, rechtsfähigen gemeinsamen kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts zusammenarbeiten können. Das Rechtsinstitut der kommunalen Anstalt existiert bislang nur als Unternehmensform der wirtschaftlichen Betätigung in Trägerschaft einer einzelnen Kommune (§ 92 Absatz 2 Nummer 2 BbgK-Verf). Durch Absatz 1 wird diese Unternehmensform nunmehr auch der kommunalen Gemeinschaftsarbeit zur Verfügung gestellt. Träger gemeinsamer kommunaler Anstalten können ausschließlich Kommunen sein (Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände sowie kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten, vgl. § 1 Absatz 3); die Beteiligung Dritter (etwa dem Land, dem Bund oder privater Dritter) ist ausgeschlossen. Dies ist erforderlich, weil die gemeinsame kommunale Anstalt im Vergleich zum Zweckverband stärker verselbstständigt ist und der kommunale Einfluss gewährleistet bleiben muss. Sollen Dritte beteiligt werden, kann ein Zweckverband gebildet oder eine Gesellschaft in privater Rechtsform gegründet werden.

Wie kommunale Anstalten sind auch gemeinsame kommunale Anstalten als kommunale Unternehmen ihrer jeweiligen Trägerkommunen anzusehen (vgl. Artikel 4 Nummer 5 zu § 92 Absatz 2 BbgKVerf). Insoweit sind vor Errichtung der gemeinsamen kommunalen Anstalt insbesondere die Vorschriften des § 92 Absatz 3 BbgKVerf zu beachten, welche u.a eine öffentliche Bekanntmachung der Errich-

tungsabsicht und die Einbindung der örtlichen Kammern vor der Errichtung vorsehen. Allerdings sind gemeinsame kommunale Anstalten – anders als kommunale Anstalten in Trägerschaft einer einzelnen Kommune – zur Erleichterung der kommunalen Zusammenarbeit nicht auf Aufgaben der wirtschaftlichen Betätigung beschränkt. Sie können damit – ebenso wie Zweckverbände – uneingeschränkt für die Zusammenarbeit im Bereich aller kommunalen Aufgaben (freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben, pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, Auftragsangelegenheiten) genutzt werden. Durch die Formulierung „einzelne Aufgaben“ ist jedoch klargestellt, dass eine Zusammenarbeit, die zu einer aufgabenseitigen Entkernung der Kommunen führen würde, auch in Form der gemeinsamen kommunalen Anstalt nicht zulässig ist.

Wie bei Zweckverbänden ist es nach der Formulierung des Absatzes 1 auch bei gemeinsamen kommunalen Anstalten möglich, diesen die Zuständigkeit für einzelne Aufgaben direkt zu übertragen, so dass sie zugleich nach innen wie außen Trägerin der mit dieser Aufgabe verbundenen Rechte und Pflichten wird (vergleiche § 3 Absatz 3 GKGBbg). Ebenso ist es nach Absatz 1 zulässig, die gemeinsame kommunale Anstalt lediglich mit der Durchführung von Aufgaben zu beauftragen. Eine solche Beauftragung berührt die Aufgabenträgerschaft (Zuständigkeit) der Kommunen nicht; die gemeinsame kommunale Anstalt wird bei der Durchführung also lediglich im Innenverhältnis zu den Trägerkommunen tätig. Im Außenverhältnis handeln weiterhin die Kommunen (vgl. § 3 Absatz 2 GKGBbg).

Zu Absatz 2

In Absatz 2 wird konkretisiert, wie die Zusammenarbeit in einer gemeinsamen kommunalen Anstalt zustande kommt. Die gemeinsame kommunale Anstalt kann danach unmittelbar von Kommunen (Gemeinden und Gemeindeverbänden, Zweckverbänden sowie kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten, vgl. § 1 Absatz 3) errichtet und getragen werden. Ebenso können sich Kommunen an einer kommunalen Anstalt einer Gemeinde oder einer gemeinsamen kommunalen Anstalt mehrerer Kommunen als neue Träger beteiligen. Zudem besteht die Möglichkeit, bestehende gemeinschaftliche kommunale Unternehmen des Zivilrechts oder Zweckverbände im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in eine gemeinsame kommunale Anstalt durch Rechtsformwechsel zu überführen oder kommunale Anstalten, gemeinsame kommunale Anstalten, Unternehmen in privater Rechtsform sowie Zweckverbände zu einer gemeinsamen kommunalen Anstalt zu verschmelzen. Die Verschmelzung ist ebenso wie der Formwechsel nur zulässig, soweit an den umzuwandelnden Unternehmen bzw. Zweckverbänden nur Kommunen beteiligt sind.

Zu Absatz 3

Durch Satz 1 wird bestimmt, dass sowohl die erstmalige Errichtung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt durch mehrere Kommunen, die Beteiligung einer oder mehrerer Kommunen an einer kommunalen Anstalt in Trägerschaft einer einzelnen anderen Kommune, durch welche diese kommunale Anstalt zu einer gemeinsamen kommunalen Anstalt wird, als auch die Umwandlung von Zweckverbänden oder Unternehmen in privater Rechtsform in eine gemeinsame kommunale Anstalt jeweils durch Vereinbarung der künftigen Anstaltssatzung erfolgt. Die Vereinbarung ist durch alle Träger der künftigen gemeinsamen kommunalen Anstalt abzuschließen. Die Schaffung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt lehnt sich im

Verfahren also an die Bildung eines Zweckverbandes an, für den eine Verbandsatzung zu vereinbaren ist. Die Vereinbarung über die Anstaltssatzung ist durch die Vertretungskörperschaft der beteiligten Kommunen zu beschließen (vgl. Artikel 4 Nummer 3 zu § 28 Absatz 2 Nummer 24 BbgKVerf) sowie von der jeweiligen Hauptverwaltungsbeamtin bzw. dem jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten und deren Stellvertreterin oder Stellvertreter zu unterzeichnen (§ 57 Absatz 2 Satz 2 BbgKVerf).

Satz 2 enthält eine gesonderte Verfahrensregelung für die Beteiligung einer Kommune an einer bereits durch mehrere andere Kommunen getragenen gemeinsamen kommunalen Anstalt. Hierfür kommt der die Beteiligung an Zweckverbänden regelnde § 32 Absatz 1 und 5 entsprechend zur Anwendung, so dass der Beitritt zu einer bestehenden gemeinsamen Anstalt nicht durch Neuvereinbarung der Anstaltssatzung durch alle künftigen Träger, sondern durch Antrag der beitrittswilligen Kommune gegenüber der gemeinsamen kommunalen Anstalt erfolgt. Der Antrag soll Angaben darüber enthalten, welche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Forderungen mit dem Beitritt auf die gemeinsame kommunale Anstalt übergehen sollen. Über den Antrag entscheidet der Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt; die Vollziehung des Beitrittes erfolgt durch entsprechende Änderung der Anstaltssatzung.

Zu Absatz 4

Nach Satz 1 erfolgt die Bekanntmachung der Anstaltssatzung und ihrer Änderungen aufgrund des Verweises auf § 14 Absatz 1 durch die zuständige untere Kommunalaufsichtsbehörde im Veröffentlichungsblatt des Landkreises bzw. im Amtsblatt für Brandenburg, soweit das Ministerium des Innern für die Aufsicht über die gemeinsame kommunale Anstalt zuständig ist. Die Trägerkommunen haben zusätzlich auf die Veröffentlichung der Kommunalaufsichtsbehörde in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form hinzuweisen. Die Bekanntmachung der Anstaltssatzung entspricht damit der Bekanntmachung der Verbandssatzung von Zweckverbänden.

Satz 2 regelt die Entstehung der gemeinsamen kommunalen Anstalt in Anlehnung an die für kommunale Anstalten in Trägerschaft nur einer Kommune bestehenden Regelungen. Nach der Vorschrift des Satzes 2 entsteht die gemeinsame Anstalt am Tage nach der Bekanntmachung der Anstaltssatzung durch die Kommunalaufsichtsbehörde. In der Anstaltssatzung kann durch die Trägerkommunen ein späterer Zeitpunkt vereinbart werden, was eine Errichtung zum Beispiel zum Beginn des auf die Vereinbarung folgenden Kalenderjahres ermöglicht.

Zu § 38 (Anwendung von Rechtsvorschriften)

Zu Absatz 1

Die Vorschrift verknüpft den für gemeinsame kommunale Anstalten geltenden Rechtsrahmen mit denjenigen Rechtsvorschriften, die für kommunale Anstalten in Trägerschaft einer einzelnen Gemeinde gelten. Absatz 1 verweist insoweit für gemeinsame kommunale Anstalten auf die Vorschriften der §§ 94 und 95 BbgKVerf, welche als Kernvorschriften die Rechtsverhältnisse (Bildung, Rechtscharakter, Aufbau, Organe, Wirtschaftsführung, Prüfung, Gewährträgerhaftung etc.) für kommunale Anstalten in Trägerschaft nur einer Gemeinde regeln. Die §§ 94, 95

BbgKVerf kommen entsprechend zur Anwendung, soweit in diesem Gesetz (insbesondere Teil 5 des Gesetzes) oder aufgrund des Gesetzes (Verordnungsermächtigung in § 40) keine abweichenden Bestimmungen speziell für die gemeinsame kommunale Anstalt getroffen werden.

Zudem finden nach Absatz 1 für gemeinsame kommunale Anstalten alle Rechtsvorschriften entsprechende Anwendung, die für kommunale Anstalten gelten (zum Beispiel die speziellen Vorschriften zur Vollstreckung von Forderungen kommunaler Anstalten im Vollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg).

Zu Absatz 2

Mit der Regelung wird die gemeinsame kommunale Anstalt in solche Rechte und Pflichten einbezogen, die durch Rechtsvorschrift allgemein für Gemeindeverbände gelten.

Zu § 39 (Besondere Vorschriften für die gemeinsame kommunale Anstalt)

Zu Absatz 1

Die Vorschrift ergänzt und modifiziert die Vorgaben des § 94 Absatz 2 BbgKVerf zum Mindestinhalt der Anstaltssatzung in Bezug auf die für gemeinsame kommunale Anstalten notwendigen Bestimmungen:

- Nummer 1 In der Anstaltssatzung sind – auch mit Blick auf die Gewährträgerhaftung – die Trägerkommunen der gemeinsamen kommunalen Anstalt zu nennen. Zudem ist der Sitz der gemeinsamen kommunalen Anstalt anzugeben. Die Angabe des Sitzes in der Anstaltssatzung muss mit der tatsächlichen Wahl des Sitzes übereinstimmen. Bei gemeinsamen kommunalen Anstalten, in der Kommunen aus mehreren Landkreisen zusammenarbeiten, ist der Sitz im Regelfall nach § 42 Absatz 2 Satz 2 GKGBbg auch dafür maßgeblich, welcher Landrat die Kommunalaufsicht über die gemeinsame kommunale Anstalt führt.
- Nummer 2 Nach § 38 Absatz 1 GKGBbg i.V.m. § 94 Absatz 2 BbgKVerf gehört die Regelung zu den Aufgaben der kommunalen Anstalt zum Mindestinhalt der Anstaltssatzung, um nach außen hin zu verdeutlichen, für welche Aufgaben die Anstalt zuständig ist. Da eine Übertragung von mehreren Aufgaben auf eine gemeinsame kommunale Anstalt nicht für alle Trägerkommunen in gleicher Weise und im gleichen Umfang erfolgen muss, bedarf es zudem einer Regelung über den räumlichen Wirkungsbereich der übertragenen Aufgaben. Nummer 2 findet keine Anwendung, wenn die gemeinsame kommunale Anstalt lediglich mit der Durchführung der Aufgabe beauftragt wurde, da die Anstalt hier nicht nach außen hin, sondern lediglich im Innenverhältnis zu den Trägerkommunen tätig wird.
- Nummer 3 Bekanntmachungen von kommunalen Anstalten in Trägerschaft nur einer Kommune erfolgen nach § 94 Absatz 6 BbgKVerf nach den für diese Kommune geltenden Vorschriften. Für gemeinsame kommunale Anstalten ist deren Form der öffentlichen Bekanntmachung in der Anstaltssatzung festzuschreiben. Dies ermöglicht es, an Stelle einer

Bekanntmachung in den einzelnen Trägerkommunen nach deren Bekanntmachungsregelungen – ähnlich wie bei Zweckverbänden – für die gemeinsame kommunale Anstalt auch eine zentrale öffentliche Bekanntmachung, etwa über ein eigenes Veröffentlichungsblatt, vorzunehmen. Die auf Grundlage des § 3 Absatz 3 Satz 2 BbgKVerf erlassene Bekanntmachungsverordnung findet für die Bekanntmachungen der gemeinsamen kommunalen Anstalt entsprechende Anwendung (vgl. Begründung zu Artikel 4 Nummer 6, § 94 Absatz 6 BbgKVerf).

- Nummer 4 Nach § 38 Absatz 1 GKGBbg i.V.m. § 94 Absatz 2 BbgKVerf ist in der Anstaltssatzung die Höhe des Stammkapitals zu bestimmen. Zudem sind – mit Blick auf die innere Verteilung von Zahlungsverpflichtungen bei Inanspruchnahme aus einer etwaigen Gewährträgerhaftung nach Absatz 6 – in der Anstaltssatzung die davon von jeder einzelnen Trägerkommune zu leistenden Teilbeträge der Stammeinlage zu bestimmen.

- Nummer 5 Trägt eine Trägerkommune zu ihrem Anteil am Stammkapital nicht durch Zahlung einer Stammeinlage, sondern durch eine Sacheinlage bei, ist in der Anstaltssatzung ergänzend zu Nummer 4 der Gegenstand der Sacheinlage und der Betrag der Stammeinlage, auf die sich die Sacheinlage bezieht, zu regeln.

- Nummer 6 Nach § 38 Absatz 1 GKGBbg i.V.m. § 94 Absatz 2 BbgKVerf ist in der Anstaltssatzung die Anzahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der kommunalen Anstalt anzugeben. Da eine gemeinsame kommunale Anstalt von mehreren Kommunen getragen wird, ist nach Nummer 6 zudem die Verteilung dieser Sitze auf die Trägerkommunen und die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Sitze zu bestimmen. Aus der Formulierung wird in Verbindung mit Absatz 2 deutlich, dass es möglich ist, jeder Trägerkommune einen oder mehrere Sitze im Verwaltungsrat einzuräumen. Zudem können jedem auf diese Weise geschaffenen Sitz einer Trägerkommune eine oder mehrere Stimmen zugeordnet werden. Dies ermöglicht es den Trägerkommunen, bei den Stimmverhältnissen im Verwaltungsrat flexibel auf die örtlichen Gegebenheiten einzugehen.

- Nummer 7 Da gemeinsame kommunale Anstalten Aufgaben der Trägerkommunen für diese durchführen oder von diesen übertragen bekommen, ist es für den Fall einer späteren Auflösung der gemeinsamen kommunalen Anstalt insbesondere mit Blick auf die Sicherstellung der Aufgabenweiterführung notwendig, zwischen den Trägerkommunen auch Vereinbarungen über die Verteilung des Anstaltsvermögens sowie die Übernahme von Beschäftigten der Anstalt zu treffen. Nach Nummer 7 sind diese Vereinbarungen bereits bei Errichtung der Anstalt als Mindestinhalt in der Anstaltssatzung vorzunehmen.

Zu Absatz 2

Nach Satz 1 werden die Träger der gemeinsamen kommunalen Anstalt im Verwaltungsrat durch ihre jeweilige Hauptverwaltungsbeamtin oder ihren jeweiligen

Hauptverwaltungsbeamten vertreten. Wie bei der Vertretung in Organen rechtlich selbständiger kommunaler Unternehmen nach § 97 Absatz 1 BbgKVerf kann die jeweilige Hauptverwaltungsbeamtin bzw. der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte eine Beschäftigte bzw. einen Beschäftigten der Kommune mit der Wahrnehmung der Vertretung dauerhaft betrauen (§ 38 Absatz 1 i.V.m. §§ 95 Absatz 2 Satz 2, 97 Absatz 1 BbgKVerf). Diese Person vereint alle ihrer Kommune nach der Anstaltssatzung zustehenden Stimmenanteile auf sich. Allerdings ist es nach Satz 2 zulässig, in der Anstaltssatzung vorzusehen, dass dem Verwaltungsrat weitere Mitglieder angehören. Die weiteren Mitglieder müssen von der Vertretungskörperschaft (Gemeindevertretung, Kreistag, Amtsausschuss, Verbandsversammlung, Verwaltungsrat) der Trägerkommunen gewählt werden; die Bestellung von Beschäftigten oder sachkundigen Einwohnerinnen bzw. Einwohnern in den Verwaltungsrat ist zulässig (Satz 3 i.V.m. § 95 Absatz 2 Satz 2 und § 97 Absatz 2 Satz 2 BbgKVerf). Die Gesamtzahl der Mitglieder des Verwaltungsrates, die Verteilung der Sitze und Stimmen auf die Träger der gemeinsamen kommunalen Anstalt ist nach Absatz 1 Nummer 6 in der Anstaltssatzung als Mindestinhalt festzulegen. Die Vertretungskörperschaft der Trägerkommunen kann den Vertreterinnen und Vertretern im Verwaltungsrat Weisungen erteilen. Stehen einem Träger im Verwaltungsrat mehrere Stimmen zu, so können diese – wie in der Verbandsversammlung von Zweckverbänden – nur einheitlich abgegeben werden. Dies gilt auch dann, wenn diese Stimmen sich auf mehrere Vertreterinnen bzw. Vertreter (Sitze) verteilen. Eine uneinheitliche Stimmabgabe führt zur Ungültigkeit der Stimmen des Trägers, so dass diese bei der Abstimmung keine Berücksichtigung finden.

Für den Fall einer von der Vertretungskörperschaft an der Verwaltungsratsmitglieder erteilten Weisung sowie für den Fall einer geheimen Stimmabgabe im Verwaltungsrat sehen die Sätze 5 bis 7 vor, dass die Stimmabgabe mehrerer Vertreterinnen oder Vertreter eines Trägers über eine Stimmführerin oder einen Stimmführer erfolgt. Im Übrigen wird auf die Begründung zur Stimmführerschaft bei Stimmabgaben in der Verbandsversammlung zu § 19 Absatz 2 verwiesen.

Nach Satz 8 hat der Verwaltungsrat aus seiner Mitte den Vorsitz und dessen Stellvertretung durch Wahl zu bestimmen. Die Regelung gibt die Möglichkeit, die Vorsitzende oder den Vorsitzenden bzw. die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter auch aus dem Kreis der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates zu wählen.

Zu Absatz 3

Satz 1 enthält ergänzend zu § 95 Absatz 2 BbgKVerf weitere Entscheidungskompetenzen des Verwaltungsrates der gemeinsamen kommunalen Anstalt.

- Nummer 1 Bei kommunalen Anstalten in Trägerschaft nur einer Gemeinde entscheidet die Gemeindevertretung über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Anstaltssatzung. Abweichend hiervon regelt Nummer 1 für gemeinsame kommunale Anstalten, dass über die Änderung, Neufassung der Verwaltungsrat entscheidet. Gleiches gilt für die Aufhebung der Anstaltssatzung (Auflösung der gemeinsamen kommunalen Anstalt). Bei Errichtung der Anstalt geht die von den Trägerkommunen vereinbarte Anstaltssatzung insoweit in die Entscheidungskompetenz der gemeinsamen Anstalt über. Dies zeichnet die Rechtslage für Zweckverbände nach. Durch die Formulierung „Neufassung“ wird zudem klargestellt, dass es dem Verwaltungsrat

gestattet ist, Änderungen an der Anstaltssatzung auch in Form einer vollständigen Neufassung vorzunehmen, ohne dass dies in Form einer neuen Vereinbarung der Trägerkommunen geschehen muss.

- Nummer 2 Der Verwaltungsrat entscheidet über Anträge von Kommunen auf Beitritt zur gemeinsamen kommunalen Anstalt sowie über Anträge von Trägerkommunen auf Austritt aus der gemeinsamen kommunalen Anstalt. Die Beitritte oder Austritte von Trägern sind durch Änderung der Anstaltssatzung nachzuvollziehen, welche der Genehmigung und Bekanntmachung durch die Kommunalaufsichtsbehörde bedarf (§ 41 Absatz 3 Nummer 4, § 37 Absatz 4).

- Nummer 3 Erhöhungen des Stammkapitals der gemeinsamen kommunalen Anstalt bedürfen nach Nummer 3 der Entscheidung des Verwaltungsrates. Der erhöhte Betrag des Stammkapitals sowie die veränderte Verteilung der Stammeinlagen und Sacheinlagen ist in der Anstaltssatzung nachzuzeichnen (Absatz 1 Nummern 4 und 5).

- Nummer 4 Soll eine gemeinsame kommunale Anstalt durch Umwandlung in eine andere Rechtsform überführt oder mit einer weiteren kommunalen Anstalt, gemeinsamen kommunalen Anstalt, Gesellschaften des privaten Rechts oder Zweckverbänden zu einer neuen gemeinsamen kommunalen Anstalt verschmolzen werden, bedarf dies nach Nummer 4 der Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat.

Satz 2 sieht zum Schutz der trägerschaftlichen Interessen für die Entscheidungen des Verwaltungsrates über Beitritte und Austritte von Trägern, Erhöhungen des Stammkapitals, die Auflösung und die Umwandlung der gemeinsamen kommunalen Anstalt die Pflicht zur Einholung der Zustimmung aller Trägerkommunen vor. Allerdings können die Trägerkommunen in der Anstaltssatzung abweichende Regelungen vereinbaren, soweit hierfür aufgrund der örtlichen Verhältnisse ein Bedürfnis besteht. So ist es beispielsweise möglich, für einzelne Entscheidungen von der Zustimmungspflicht abzusehen oder bestimmte Entscheidungen von der Zustimmung der Mehrheit der Träger oder der Zustimmung einzelner Träger abhängig zu machen.

Während die Entscheidung über die Auflösung der gemeinsamen kommunalen Anstalt nach Nummer 4 vom Verwaltungsrat zu treffen ist, obliegt die daraus folgende Abwicklung der gemeinsamen kommunalen Anstalt nach Satz 3 dem Vorstand. Jedoch ist es zulässig, durch Beschluss des Verwaltungsrates eine abweichende Bestimmung (beispielsweise die Bestellung einer Abwicklerin oder eines Abwicklers) zu treffen.

Zu Absatz 4

Satz 1 sieht zur Sicherung einer hohen Aufgabenwahrnehmungsqualität für die Führung der gemeinsamen kommunalen Anstalt einen hauptamtlichen Vorstand vor. Die Bestellung, Abbestellung und Kontrolle des Vorstandes obliegt dem Verwaltungsrat. Nach Satz 2 kann die Anstaltssatzung vorsehen, dass der Vorstand ehrenamtlich tätig ist. Dies ist jedoch nur zulässig, wenn die gemeinsame kommunale Anstalt lediglich mit der Durchführung von Aufgaben für ihre Träger beauftragt wurde. Sofern der Anstalt Aufgaben der Träger übertragen wurden, die diese

in eigener Zuständigkeit wahrnimmt, hat die Tätigkeit des Vorstandes hauptamtlich zu erfolgen.

Zu Absatz 5

Wie bei der Bildung von Zweckverbänden, so kann es auch bei der Errichtung von gemeinsamen kommunalen Anstalten, der trägerschaftlichen Beteiligung an bestehenden kommunalen Anstalten oder der Umwandlung von Unternehmen bzw. Zweckverbänden in gemeinsame kommunale Anstalten dazu kommen, dass einzelne beteiligte Kommunen in diesem Zusammenhang wirtschaftliche Vorteile erhalten oder Nachteile erleiden. Die Regelung des Absatzes 5 gibt den Trägern der gemeinsamen kommunalen Anstalt – in Nachzeichnung von § 16 Absatz 2 Nummer 2 GKGBbg – die Möglichkeit, für dieses Vorteile oder Nachteile in der Anstaltssatzung oder in einer separaten schriftlichen Vereinbarung Ausgleichsregelungen vorzusehen. Ebenso ist es nach Absatz 5 zulässig, in der Anstaltssatzung oder einer separaten schriftlichen Vereinbarung freiwillige Regelungen zur internen Verteilung von Ausgleichsleistungen der Träger an die gemeinsame kommunale Anstalt zu treffen für den Fall, dass der gemeinsamen Anstalt ein nicht durch eigene Erträge, Einzahlungen oder nicht benötigte Finanzmittel (vergleiche hierzu Begründung zu § 29 Absatz 1) gedeckter Finanzbedarf entsteht. Hierin ist keine Sonderregelung über eine Anstaltslast zu sehen. Vielmehr gibt die Vorschrift den Trägerkommunen der Anstalt die Möglichkeit, im Fall des Finanzbedarfes für etwaige freiwillige Leistungen der Träger an die kommunale Anstalt einen – vom Verhältnis der Stammeinlagen zueinander – abweichenden Verteilungsschlüssel zu vereinbaren. Die Regelung korrespondiert insoweit mit der Bestimmung des Absatzes 6 Satz 3, nach dem die Träger für den Fall der Inanspruchnahme aus der Gewährträgerhaftung für den Ausgleich im Innenverhältnis einen vom Verhältnis der Stammeinlagen abweichenden Maßstab in der Anstaltssatzung vereinbaren können.

Zu Absatz 6

Nach § 38 Absatz 1 GKGBbg i.V.m. § 94 Absatz 8 BbgKVerf haften die Träger für Verbindlichkeiten der gemeinsamen kommunalen Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus dem Anstaltsvermögen zu erlangen ist (Gewährträgerhaftung). Satz 1 bestimmt zunächst, dass die Träger im Außenverhältnis als Gesamtschuldner haften. Der die innere Verteilung regelnde Satz 2 sieht vor, dass der innere Ausgleich für diese Inanspruchnahme auf die einzelnen Trägerkommunen im Verhältnis der in der Anstaltssatzung festgelegten Stammeinlagen zueinander verteilt wird. Mit Satz 3 ist den Trägerkommunen jedoch die Möglichkeit gegeben, zur Berücksichtigung besonderer örtlicher Gegebenheiten in der Anstaltssatzung eine von Satz 2 abweichende Regelung zum internen Zahlungsausgleich zu treffen.

Zu § 40 (Verordnungsermächtigung)

Die Vorschrift enthält eine Verordnungsermächtigung für Vorschriften zu den gemeinsamen kommunalen Anstalten. Es ist erforderlich, die Regelungen der gemeinsamen kommunalen Anstalt durch Rechtsverordnung näher ausgestalten zu können, weil die gemeinsame kommunale Anstalt neu eingeführt wird und so auf etwaige Regelungs- und Klarstellungsbedürfnisse flexibel reagiert werden kann, die in Folge der praktischen Erfahrungen mit dieser neuen Rechtsform entstehen

können. Die Regelung entspricht dem Wortlaut der Verordnungsermächtigung für kommunale Anstalten in Trägerschaft nur einer Gemeinde (vgl. § 107 Absatz 1 Nummer 11 BbgKVerf in der durch Artikel 4 Nummer 10 dieses Gesetzes veränderten Fassung). Dies macht es möglich, für kommunale Anstalten in Einzelträgerschaft und gemeinsame kommunale Anstalten zusammengefasste Regelungen auf Verordnungsebene sowohl zum Verfahren bei der Errichtung, der Umwandlung und der Auflösung dieser Anstalten als auch zu ihrem Aufbau, ihrer Verwaltung, Wirtschaftsführung, ihrem Rechnungs- und Prüfungswesen zu treffen. Die Verordnungsermächtigung umfasst darüber hinaus nur für die gemeinsame kommunale Anstalt erforderliche Sondertatbestände, wie die Beteiligung an einer gemeinsamen kommunalen Anstalt und den Austritt aus dieser. Die Verordnungsermächtigung sieht zudem – in Anlehnung an die Verordnungsermächtigung für Eigenbetriebe nach § 107 Absatz 1 Nummer 10 BbgKVerf – vor, dass die Verordnung auch Abweichungsmöglichkeiten von den Regelungen über die Anstalt (in der Verordnung oder in gesetzlichen Bestimmungen) vorsehen kann, um auf diese Weise auf Antrag und im Interesse der kommunalen Anstalten Erprobungen von Standardabweichungen und neuen Verfahren vornehmen zu können oder um von im Einzelfall nicht erforderlichen Vorgaben (etwa zur Wirtschaftsführung kleiner kommunaler Anstalten) freistellen zu können.

Zu Teil 6 (Anzeige- und Genehmigungspflichten, Aufsicht)

In Teil 6 des Gesetzes werden maßgebliche Ziele des Gesetzentwurfes umgesetzt, indem die Genehmigungstatbestände deutlich reduziert und die Eigenverantwortung der Kommunen gestärkt wird. Zugleich wird der Rechtsanspruch der Kommunen auf kommunale Zusammenarbeit nochmals hervorgehoben. Die Brandenburger Kommunen verfügen inzwischen über ausreichend Erfahrungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Daher kann das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit gestärkt und die staatliche Mitwirkung beim Zustandekommen kommunaler Kooperationen begrenzt werden. Die Beauftragung einer Kommune mit der Durchführung der Aufgaben (Mandatierung) soll – anders als die Delegation bestimmter Aufgaben auf einen anderen Träger – nicht mehr unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde stehen. Damit entfällt der Genehmigungsvorbehalt für mandatierende Vereinbarungen vollständig. Die kommunale Zusammenarbeit im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wird vollständig genehmigungsfrei, soweit keine neuen Verwaltungsträger errichtet werden. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben können also zukünftig ohne Mitwirkung der Aufsichtsbehörde auf einen anderen Träger delegiert werden. Lediglich die Kenntnis der Aufsichtsbehörden soll durch eine Anzeigepflicht sichergestellt werden. Die deutliche Reduzierung der Genehmigungsvorbehalte wird ergänzt durch die Klarstellung, dass die aufsichtsrechtliche Genehmigung der Zusammenarbeit nur versagt werden darf, wenn die Zusammenarbeit rechtswidrig ist, denn die Prüfung der Zweckmäßigkeit obliegt ausschließlich den kooperierenden Kommunen.

Zu § 41 (Anzeige- und Genehmigungspflichten)

Zu Absatz 1

Absatz 1 normiert den Grundsatz, wonach die kommunale Zusammenarbeit genehmigungsfrei ist, sofern nichts anderes bestimmt ist. Da allen Formen der Kooperation nach diesem Gesetz eine Vereinbarung der Zusammenarbeit zugrunde liegt, wird zunächst die Genehmigungsfreiheit der Vereinbarungen genannt.

„Sonstige Maßnahmen“ im Sinne der Vorschrift können etwa Satzungen der Zweckverbände oder Anstalten sowie deren Änderungen oder Beschlüsse der Verbandsversammlungen oder Verwaltungsräte sein.

Zu Absatz 2

Grundsätzlich sollen zukünftig alle Formen der kommunalen Zusammenarbeit aufgrund des GKGBbg nur noch einer Anzeigepflicht unterliegen. Auf die Anzeige der kommunalen Zusammenarbeit kann nicht verzichtet werden, damit die Aufsichtsbehörden weiterhin einen Überblick über die Struktur der kommunalen Aufgabenerfüllung haben.

Absatz 2 gestaltet die Anzeigepflicht aus. In Satz 2 wird der Umfang der Mitteilungspflicht geregelt. Danach ist bei Beginn einer nicht genehmigungsbedürftigen kommunalen Zusammenarbeit mitzuteilen, welche Beteiligten in welcher Form zusammenarbeiten und welche Aufgaben gemeinsam erfüllt werden. Satz 3 erweitert die Anzeigepflicht über neue Kooperationen hinaus auch auf die Fälle, in denen die kommunale Zusammenarbeit nach diesem Gesetz geändert oder beendet wird. Dies betrifft beispielsweise die Änderung mandatierender Vereinbarungen oder nicht genehmigungspflichtige Änderungen der Verbands- oder Anstaltssatzungen.

Zu Absatz 3

Weiterhin genehmigungspflichtig sind die Errichtung eines neuen Verwaltungsträgers sowie die Übertragung von pflichtigen Aufgaben (pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, Auftragsangelegenheiten) durch delegierende Vereinbarung. Der Vorbehalt der Genehmigung dient in Verbindung mit § 9 Absatz 2 Satz 2 bzw. § 111 Absatz 1 BbgKVerf der präventiven Aufsicht und damit auch im Interesse der beteiligten Kommunen der Gewährleistung des wirksamen Entstehens einer neuen juristischen Person des öffentlichen Rechts bzw. einer wirksamen Delegation pflichtiger Aufgaben.

Im Einzelnen:

- Nummer 1 Nummer 1 und 2 regeln, wann delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarungen und deren Änderungen, Kündigung und Aufhebungen genehmigungspflichtig sind. Mandatierende Vereinbarungen sollen künftig genehmigungsfrei sein, da lediglich innerorganisatorisch die Aufgabendurchführung ohne Außenwirkung verlagert wird (allerdings Anzeigepflicht nach Absatz 2). Wird eine Aufgabe durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung auf einen anderen Träger delegiert oder diese Delegation aufgehoben, steht die entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Nummer 1 weiter unter Genehmigungsvorbehalt, soweit Auftragsangelegenheiten, Pflichtaufgaben oder pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben betroffen sind. Dies soll im öffentlichen Interesse mögliche Unsicherheiten über die Trägerschaft kommunaler Aufgaben vermeiden. Die Delegation von freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben oder deren Aufhebung ist genehmigungsfrei und anzeigepflichtig.
- Nummer 2 Anknüpfend an Nummer 1 stellt Nummer 2 ausdrücklich klar, dass auch die Änderungen und Kündigung genehmigungsbedürftiger de-

legierender Vereinbarungen genehmigungsbedürftig sind. Endet die Delegation der Aufgabe durch Auslaufen einer befristeten Vereinbarung, wirkt die Aufsichtsbehörde nicht mit. Der Hinweis auf die „Vereinbarung nach Nummer 1“ bedeutet, dass lediglich Änderungen von Vereinbarungen betroffen sind, die ihrerseits bei ihrem Abschluss genehmigungsbedürftig waren. Änderungen bei delegierenden Vereinbarungen über freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben sind also genehmigungsfrei, aber anzeige- und bekanntmachungspflichtig. Die Genehmigungspflicht für Änderungen bei delegierenden Vereinbarungen wurde zudem reduziert auf die Änderung der wesentlichen Bestandteile: So sind lediglich Änderungen der Beteiligten oder Änderungen der Auftragsangelegenheiten, Pflichtaufgaben oder pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben genehmigungsbedürftig. Sonstige Änderungen in delegierenden Vereinbarungen nehmen die Beteiligten ohne Mitwirkung der Aufsichtsbehörde vor, machen diese gemäß § 8 Absatz 1 Satz 1 bekannt, bevor die Wirksamkeit entsprechend § 9 Absatz 3 i.V.m. Absatz 2 Satz 1 eintritt, und zeigen sie der Aufsichtsbehörde entsprechend § 42 Absatz 2 an. Nicht (erneut) zu genehmigen sind Änderungen, mit denen bereits eingetretene (und ggf. genehmigte) Veränderungen nachgezeichnet werden, da durch solche deklaratorischen Änderungen der Vereinbarung der Kreis der Beteiligten und der Bestand der Aufgaben nicht verändert wird. Neben der vollständigen Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist auch eine Teilkündigung zulässig, wenn dies vereinbart wurde. Eine Genehmigungspflicht für eine Teilkündigung besteht nur, soweit hierdurch der Kreis der Beteiligten oder Auftragsangelegenheiten, Pflichtaufgaben oder pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben betroffen sind.

- Nummer 3 Gemäß Nummer 3 sind Vereinbarungen über die Verbands- oder Anstaltssatzungen, durch die der Zweckverband gebildet oder die Anstalt errichtet werden, genehmigungsbedürftig. Damit sollen Unsicherheiten über die wirksame Errichtung neuer Verwaltungsträger soweit wie möglich reduziert werden. Entsprechend dem Wortlaut – vgl. auch § 37 Absatz 3 und § 13 Absatz 1 – wird bei der Bildung bzw. Errichtung die Satzung vereinbart, wobei es zulässig ist, neben der Satzung noch weitere Angelegenheiten wie den Vermögensübergang in der Vereinbarung zu regeln. Unbeschadet weiterer Regelungen ist gemäß Nummer 3 lediglich die Anstalts- oder Verbandssatzung genehmigungsbedürftig, da sie die Voraussetzung für die Existenz der juristischen Person ist.
- Nummer 4 Nummer 4 bestimmt die Genehmigungspflicht der Änderungen innerhalb bestehender Zweckverbände und gemeinsamer kommunaler Anstalten. Die Änderung der Verbands- oder Anstaltssatzung soll nur noch dann genehmigungsbedürftig sein, soweit der Kreis der Beteiligten oder der Aufgabenbestand der Auftragsangelegenheiten, Pflichtaufgaben oder pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben geändert wird. Werden beispielsweise freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben zusätzlich übernommen, ist dies genehmigungsfrei (aber anzeigepflichtig).

Das Genehmigungsverfahren kann durch alle kommunalen Beteiligten eingeleitet werden. Bei Satzungsänderungen sind nur der Zweckverband bzw. die gemeinsame kommunale Anstalt antragsberechtigt, denen auch die Genehmigung bekannt zu geben ist. Die Bekanntgabe von Genehmigungen, die gegenüber mehreren Rechtsträgern wirken, erfolgt an alle Beteiligten. Die Genehmigung einer delegierenden Vereinbarung ist also nicht nur gegenüber dem Antragsteller bekannt zu geben, sondern gegenüber allen Beteiligten der delegierenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der genehmigungsbedürftigen Vereinbarungen bestimmt sich nach den Vorschriften über die jeweilige Kooperationsform (§ 9 für öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, § 14 Absatz 2 für die Verbandssatzung, § 12 Absatz 1 Satz 1 GKGBbg i.V.m. § 3 Absatz 5 BbgKVerf für die Änderung der Verbandssatzung, § 38 Absatz 1 GKGBbg und § 94 Absatz 3 Satz 1 BbgKVerf für die Anstaltssatzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt, § 38 Absatz 1 GKGBbg und § 94 Absatz 3 Satz 4 BbgKVerf für die Änderung der Anstaltssatzung).

Zu Absatz 4

Aus Gründen der Verständlichkeit wird in Absatz 4 der Grundsatz, der sich bereits aus § 110 Absatz 4 BbgKVerf ergibt, wiederholt. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat andere Behörden – beispielsweise die zuständigen Fachbehörden – im Genehmigungsverfahren zu beteiligen, soweit deren Belange berührt sind. Es ist allerdings zu beachten, dass auch die Fachbehörden an den Grundsatz des § 41 Absatz 5 Satz 1 gebunden sind und Einwendungen gegen eine Genehmigung nur bei Vorliegen eines Verstoßes gegen die Rechtsordnung in Frage kommen.

Zu Absatz 5

Absatz 5 wurde aufgenommen, da die kommunale Zusammenarbeit nicht nur durch entgegenstehende rechtliche Regelungen, sondern auch durch die mangelnde Kenntnis des Rechtsanspruchs auf kommunale Zusammenarbeit behindert werden kann. Korrespondierend zur verfassungsrechtlich garantierten Kooperationshoheit, die in § 1 ausdrücklich hervorgehoben wird, verdeutlicht der Gesetzgeber in Absatz 5 ausdrücklich, dass ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung besteht. Gemäß Absatz 5 ist die Genehmigung zu erteilen, wenn die Vereinbarung der kommunalen Zusammenarbeit nicht rechtswidrig ist. Damit wird klargestellt, dass insoweit für Zweckmäßigkeitserwägungen der Kommunal-, Sonder- oder Fachaufsicht kein Raum ist. Sonder- oder fachaufsichtsrechtliche Maßnahmen hinsichtlich des „Wie“ der Aufgabenerfüllung kommen gegebenenfalls nach Abschluss der Vereinbarung gegenüber einem neuen (größeren) Aufgabenträger, zum Beispiel gegenüber dem Zweckverband oder gegenüber der die Aufgaben übernehmenden Kommune, in Betracht. Hinsichtlich der Struktur der Aufgabenerfüllung obliegt den Kommunen die Organisationshoheit.

Satz 2 knüpft an den bisher in § 10 Absatz 2 GKGBbg geregelten Grundsatz an und bestimmt, dass die Genehmigung trotz Rechtsanspruchs nicht erteilt werden muss, wenn für die Übertragung oder die Durchführung der Aufgabe eine besondere Genehmigung erforderlich ist und diese voraussichtlich nicht erteilt wird. Es soll verhindert werden, dass die Kommunalaufsichtsbehörde beispielsweise die Errichtung eines neuen Verwaltungsträgers genehmigen muss, obwohl bereits

abzusehen ist, dass eine für den Aufgabenübergang oder für die Durchführung der Aufgabe erforderliche besondere Genehmigung nicht erteilt wird.

Zu Absatz 6

Da nicht alle Maßnahmen der kommunalen Zusammenarbeit genehmigungspflichtig sind, kann es im Einzelfall nicht hinreichend klar sein, ob eine Genehmigungspflicht besteht oder nicht. Geht die Kommunalaufsichtsbehörde von einer Genehmigungspflicht aus, ist dies nicht weiter problematisch, weil sie in diesem Fall die Genehmigung rechtmäßiger Maßnahmen zu erteilen hat. Ist die Kommunalaufsicht jedoch der Auffassung, eine Maßnahme sei genehmigungsfrei, darf sie eine Genehmigung nicht erteilen. Ist die Genehmigungsfreiheit jedoch etwa wegen der Zuordnung der Aufgabe als pflichtige Aufgabe nicht eindeutig, liegt es im Interesse der Beteiligten, dass die Vereinbarung oder sonstige Maßnahme nicht wegen fehlender Genehmigung (schwebend) unwirksam ist und darauf beruhende weitere Maßnahmen (etwa der Erlass von Satzungen oder Abgabenbescheiden) anfechtbar sind. Daher sieht Absatz 6 vor, dass die Kommunen oder die Kommunalaufsichtsbehörde - für den Fall, dass ihr die Bekanntmachung obliegt - die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde über die Genehmigungsfreiheit gemeinsam mit der Maßnahme öffentlich bekannt machen können. Dadurch wird die für die Kommune durch den Bescheid der Kommunalaufsicht konkretisierte Rechtslage auch nach außen gegenüber Dritten dokumentiert. In diesem Fall gilt die Maßnahme aufgrund der gesetzlichen Anordnung in Absatz 6 auch gegenüber Dritten als genehmigungsfrei. Dies ist sachgerecht, weil die Genehmigungspflichten allein im öffentlichen Interesse, nicht im privaten Interesse Dritter bestehen. Die Möglichkeit der Kommune, im Rahmen der allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen verwaltungsgerichtliche Verpflichtungsklage auf Genehmigungserteilung zu erheben, bleibt unberührt.

Zu § 42 (Aufsicht)

§ 42 entspricht § 27 a.F.

Zu Absatz 1

Um sicherzustellen, dass die Aufsicht über alle kommunale Körperschaften und kommunale Anstalten nach einheitlichen Rechtsvorschriften erfolgt, unabhängig davon, ob die Aufgaben allein oder mit anderen Kommunen gemeinsam erfüllt werden, regelt Absatz 1, dass für die Aufsicht die allgemeinen Vorschriften der Kommunalverfassung zur Anwendung kommen. Nicht einbezogen wird § 110 Absatz 1 und 2 BbgKVerf, da zu den Zuständigkeiten die folgenden Absätze Sonderregelungen enthalten.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt den Grundsatz, dass die Landrätin oder der Landrat zuständige Kommunalaufsichtsbehörde ist. Dies gilt auch, wenn bei der kommunalen Zusammenarbeit Dritte, also nichtkommunale Partner, wie zum Beispiel Private, das Land oder der Bund, beteiligt sind, da diese Beteiligten die Kooperation nicht maßgeblich prägen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 bestimmt die örtliche zuständige Kommunalaufsichtsbehörde für kreisübergreifende öffentlich-rechtliche Vereinbarungen. Die Zuständigkeit bestimmt sich wie nach bisherigem Recht nach der Kommune, die nach der Vereinbarung die Aufgabe zu erfüllen hat. Ist die Zuständigkeit danach nicht eindeutig, bestimmt die oberste Kommunalaufsichtsbehörde die zuständige Behörde.

Zu Absatz 4

Absatz 4 sieht vor, dass sich bei Kreisgrenzen überschreitender Zusammenarbeit in einem Zweckverband oder einer Anstalt die örtliche Zuständigkeit der Kommunalaufsichtsbehörde nach dem Sitz, der in der (bereits geltenden oder zu genehmigenden) Verbands- oder Anstaltssatzung festzulegen ist, richtet.

Zu Absatz 5

Für die kommunale Zusammenarbeit, an der Kommunen beteiligt sind, die nicht ausschließlich von einem Landrat beaufsichtigt werden, bestimmt Absatz 5, dass das für Inneres zuständige Ministerium Kommunalaufsichtsbehörde ist. Danach stehen also Zweckverbände oder gemeinsame Anstalten, an denen ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt beteiligt sind, unter der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums. Gleiches gilt für Arbeitsgemeinschaften und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen. Auch für Zweckverbände, deren Mitglieder wiederum Zweckverbände sind, die durch das für Inneres zuständige Ministerium beaufsichtigt werden, ist das Ministerium zuständige Kommunalaufsichtsbehörde. Es kann die Aufsicht gemäß Satz 2 auf einen Landrat übertragen. Dies kommt insbesondere in Betracht, wenn keine Landkreise beteiligt sind. Darüber hinaus bestehen besondere Zuständigkeitsbestimmungen nach den Staatsverträgen zur kommunalen Zusammenarbeit (vgl. die Begründung zu § 1 Absatz 4 sowie die fortbestehende Verordnung über die Zuständigkeit zur Ausübung der Aufsicht bei der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit in Zweckverbänden und durch Zweckvereinbarungen vom 10. Dezember 2003, GVBl. II, S. 706).

Zu Absatz 6

Oberste Kommunalaufsichtsbehörde und damit Fachaufsichtsbehörde der Landrätin oder des Landrates als allgemeine untere Landesbehörde ist das für Inneres zuständige Ministerium.

Zu Absatz 7

Die Zuständigkeitsregelungen in Absatz 2 bis 6 beziehen sich auf die kommunalaufsichtlichen Maßnahmen nach diesem Gesetz, also insbesondere die Entgegennahme von Anzeigen oder die Erteilung von Genehmigungen sowie die Aufsicht über die Zweckverbände und gemeinsamen kommunalen Anstalten. Davon unberührt bleiben die kommunalaufsichtlichen Zuständigkeiten im Übrigen, etwa, wenn eine Kommune ihrer Pflicht zur Zahlung einer Verbandsumlage nicht nachkommt, sowie die besonderen Aufsichtsregelungen, etwa für Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung. Dies wird in Absatz 7 klargestellt.

Zu § 43 (Anordnung der kommunalen Zusammenarbeit)

Die Vorschrift fasst die bislang in mehreren Einzelvorschriften über das gesamte Gesetz verteilten Regelungen zu kommunalaufsichtlichen Anordnungen der kom-

munalen Zusammenarbeit in einem Paragraphen zusammen (insbesondere § 13 a.F. zum Pflichtverband und 26 a.F. zur Pflichtregelung).

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält eine Generalklausel für die Anordnung der Zusammenarbeit. Voraussetzung ist, dass Gründe des öffentlichen Wohls eine Zusammenarbeit erfordern. Bei der Auslegung dieses Tatbestandsmerkmals und bei der Ausübung des Entschließungsermessens der Kommunalaufsichtsbehörde ist zu beachten, dass die Frage einer Kooperation mit anderen Kommunen Bestandteil der kommunalen Organisationshoheit ist und damit von der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie nach Artikel 97 Landesverfassung und Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz geschützt ist. Daher genügen nicht allein gute Gründe für eine Zusammenarbeit zur Rechtfertigung einer Anordnung. Vielmehr muss es sich um „überwiegende“ Gründe handeln und diese müssen die Zusammenarbeit „erfordern“. D.h. aus einer Interessenabwägung muss sich ergeben, dass die Gründe, die für eine Zusammenarbeit sprechen, das Interesse der betroffenen Kommunen, eigenverantwortlich zu entscheiden, wie die Aufgaben erledigt werden, überwiegen. Eine Anordnung der Zusammenarbeit kann daher nur das letzte mögliche Mittel sein, um die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Dementsprechend sieht Absatz 1 Satz 2 vor, dass solche Gründe des öffentlichen Wohls insbesondere dann vorliegen, wenn die Aufgabenerfüllung nicht dauerhaft gesichert ist. Soweit ersichtlich, gab es in der kommunalaufsichtlichen Praxis bislang noch keine entsprechenden Anordnungen. Von praktischer Relevanz dürfte daher auch zukünftig weniger der Fall sein, dass zwei einzelne Kommunen nicht bereit sind zusammenzuarbeiten, sondern allenfalls die Fallgestaltung, dass mehrere Kommunen bereits erfolgreich zusammenarbeiten und eine weitere Kommune an dieser Zusammenarbeit beteiligt werden möchte, dies aber an den anderen Kommunen scheitert, oder dass zur Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung ein nicht dauerhaft überlebensfähiger Zweckverband auf mehrere funktionierende Zweckverbände aufgeteilt werden muss. Da solche Fallgestaltungen künftig wegen des hohen Kooperationsgrades in diesem Bereich vor allem bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Betracht kommen könnten, wurde in das Landeswassergesetz ein gesonderter Hinweis auf den § 43 GKGBbg aufgenommen (vgl. die Begründung zu Artikel 12).

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält typische Fälle möglicher Anordnungen der Kommunalaufsichtsbehörden. Auf Grund der Einführung der gemeinsamen kommunalen Anstalt durch die Neufassung des GKGBbg wurden die möglichen Anordnungen entsprechend ergänzt. Zudem wurden die Möglichkeiten zu Zusammenschluss oder Eingliederung von Zweckverbänden aufgenommen. Solche Anordnungen können ggf. erforderlich werden, wenn Kooperationsformen bereits bestehen, diese sich aber nicht als dauerhaft leistungsfähig erweisen.

Die Anordnung der Zusammenarbeit erfolgt durch diejenige Kommunalaufsichtsbehörde, die für die Kommune zuständig ist, die Adressatin der Anordnungsverfügung ist. Sollen beispielsweise Kommunen aus zwei unterschiedlichen Landkreisen in einem neu zu gründenden Zweckverband zusammenarbeiten, bedarf es entsprechender Anordnungen der beiden Landrätinnen oder Landräte gegenüber den jeweils ihrer Kommunalaufsicht unterliegenden Kommunen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 enthält die Befugnis zu Anordnungen, die erforderlich sind, um die kommunalaufsichtlichen Maßnahmen umzusetzen. Dies sind insbesondere Maßnahmen, um bestehende Kooperationsformen zu beenden. Die möglichen Verfügungen sind in Satz 2 aufgeführt. Da es denkbar ist, dass die Auflösung bestehender, die Aufgabenerledigung nicht dauerhaft gewährleistender Kooperationsformen nicht umsetzbar ist, weil zwar einige beteiligte Kommunen die Auflösung befürworten, andere dies jedoch ablehnen, sieht Satz 3 ergänzend vor, dass die Kommunalaufsichtsbehörden zur Umsetzung einer kommunalaufsichtlichen Anordnung auch die Möglichkeit haben, entsprechende Erklärungen zu verlangen. Gleiches gilt, wenn eine Kommune beispielsweise ihren Beitritt zu einem Zweckverband befürwortet, dies aber an einigen am Zweckverband bereits beteiligten Kommunen scheitern kann. Auch für diese Fallgestaltungen gilt, dass die Anordnungen nur die letzte denkbare Möglichkeit sein dürfen. Daher müssen auch hier zunächst alle Varianten einer freiwilligen Kooperation ausgelotet werden. Satz 3 stellt zudem klar, dass die Befugnis auch zur Umsetzung der Anordnung einer anderen Kommunalaufsichtsbehörde dienen kann. Wurde zum Beispiel durch eine Landrätin oder einen Landrat der Beitritt einer Kommune zu einem Zweckverband angeordnet, dessen Sitz im Zuständigkeitsbereich einer anderen Landrätin oder eines anderen Landrates liegt, so kann die für den Zweckverband zuständige Kommunalaufsichtsbehörde gegenüber dem Zweckverband anordnen, den Beitritt der Kommune des anderen Landkreises durch Beschluss über die Änderung der Verbandssatzung zu vollziehen.

Zu Absatz 4

Absatz 4 stellt klar, dass die Anordnung zeitlich befristet oder räumlich beschränkt werden kann. Sofern solche beschränkten Anordnungen ausreichend sind, um den Gründen des öffentlichen Wohls Genüge zu tun, ist die Anordnung entsprechend zu beschränken.

Zu Absatz 5

Absatz 5 stellt durch ergänzende Verfahrensregelungen sicher, dass die kommunalaufsichtlichen Anordnungen zur Zusammenarbeit lediglich subsidiären Charakter haben. Daher wird die Durchführung eines Erörterungstermins vorgeschrieben. Zusätzlich muss den Betroffenen ausreichend Zeit gegeben werden, um die beabsichtigten Maßnahmen freiwillig umzusetzen.

Zu Absatz 6

Absatz 6 verweist auf die Regelungen der Kommunalverfassung zur Ersatzvornahme. Eine Ersatzvornahme wird erforderlich, wenn eine oder mehrere der betroffenen Kommunen den Anordnungen der Kommunalaufsichtsbehörde nicht nachkommen. In diesem Fall kann die Kommunalaufsichtsbehörde die erforderlichen Maßnahmen selbst treffen, also beispielsweise eine Verbandssatzung erlassen oder einen Beitrittsantrag durch Änderung der Verbandssatzung vollziehen.

Zu Absatz 7

Da eine von der Kommunalaufsichtsbehörde angeordnete Zusammenarbeit nur solange ihre Berechtigung hat, wie die sie tragenden Gründe des öffentlichen

Wohls bestehen, regelt Absatz 7, dass die beteiligten Kommunen bei Wegfall der Gründe mit einer Frist von sechs Monaten kündigen können. Diese Frist entspricht der bisherigen Rechtslage (§ 20 Absatz 5 Satz 3 und § 26 Absatz 3 Satz 4 a.F.), sie gewährleistet, dass für die Beteiligten ausreichend Zeit für die Abwicklung der Kooperation besteht.

Zu Absatz 8

Absatz 8 zu Bauleitplänen entspricht § 26 Absatz 4 a.F.

Zu § 44 (Schlichtung von Streitigkeiten)

Das Schlichtungsverfahren dient dazu, Streitigkeiten innerhalb der Kooperation auf sowohl einfache und kostengünstige als auch inhaltlich umfassendere Art beizulegen, als dies auf dem Rechtsweg möglich ist. § 44 ändert die bisherige Rechtslage dahingehend, dass die Kommunen nicht mehr zur Anrufung der Kommunalaufsichtsbehörde verpflichtet sind. Zukünftig soll die Kommunalaufsichtsbehörde zwar zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens verpflichtet sein, sofern ein Beteiligter einen Antrag stellt, jedoch steht es den Beteiligten frei, direkt das Gericht anzurufen. Die Frage, ob die bisherige Regelung des § 28 GKGBbg automatisch dazu führte, dass eine Klage einer Kommune unzulässig ist, da das erforderliche Rechtsschutzbedürfnis fehlt (vgl. OVG NRW, Urteil vom 6. Dezember 2011, 15 A 1544/11), wird damit obsolet.

Schlichtung im Sinne von § 44 bedeutet zunächst, dass die Kommunalaufsichtsbehörde die zwischen den Beteiligten (Zweckverband und seinen Verbandsmitgliedern oder zwischen den Kooperationspartnern) untereinander bestehenden Streitigkeiten über Rechte und Verbindlichkeiten aus der kommunalen Zusammenarbeit erfasst. Die Aufsichtsbehörde hat sodann diese Streitigkeiten nicht zu entscheiden. Vielmehr ist sie "zur Schlichtung" berufen. Das schließt bereits nach dem Wortlaut unmissverständlich ein, dass sie ggf. die hinter den Streitigkeiten und den insoweit von den Beteiligten eingenommenen Rechtspositionen stehenden Interessen und Ursachen der Meinungsverschiedenheiten in den Blick nimmt, bewertet und so einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen anregt. Der Ausgleich kann in einer Kompromisslösung bestehen, zwingend ist dies aber nicht. Er kann auch in der Verdeutlichung und argumentativen Unterstützung der einen oder anderen Rechtsposition bzw. Interessen bestehen. Hierzu ist die Kommunalaufsichtsbehörde deshalb in besonderer Weise berufen, weil sie die Informationen aus dem Schlichtungsverfahren mit den bei ihr vorhandenen Erkenntnissen aus der Aufsichtstätigkeit verknüpfen kann.

Die Aufsichtsbehörde wird nicht aus eigener Initiative tätig, sondern sie ist von einem Beteiligten zur Schlichtung anzurufen, d.h. mindestens ein Beteiligter hat die Aufsichtsbehörde einzuschalten. Die Einschaltung hat "zur Schlichtung" zu erfolgen. Daher ist der Aufsichtsbehörde nicht lediglich eine Rechtsfrage mit der Bitte um rechtsberatende Stellungnahme vorzulegen. Vielmehr verlangt die Anrufung "zur Schlichtung", dass der Aufsichtsbehörde der gesamte Streitstoff einschließlich der streitauslösenden Ursachen und der damit einhergehenden widerstreitenden Interessen unterbreitet wird, da anderenfalls die Aufsichtsbehörde ihrer Schlichtungsaufgabe nicht nachkommen kann. Darüber hinaus verlangt das Schlichtungsverfahren, dass die sonstigen Streitbeteiligten an dem Verfahren mitwirken, es also nicht durch Nichtbeteiligung leerlaufen lassen. Dazu gehört jedenfalls,

dass der Aufsichtsbehörde (ggf. auf Nachfrage) anlassbezogen die erforderlichen Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Aus § 44 folgt die Pflicht der Aufsichtsbehörde, ein Schlichtungsverfahren durchzuführen, wenn sie von einem Beteiligten vor Anrufung eines Gerichts zur Schlichtung angerufen wird. Bei der Durchführung des Schlichtungsverfahrens kann sie sich gemäß Satz 2 sachverständiger Dritter bedienen und die dadurch entstandenen Kosten den Beteiligten durch Bescheid auferlegen. Dies gilt in Verbindung mit Satz 1 nur, wenn die Kommunalaufsicht vor Klageerhebung zur Schlichtung eingeschaltet wurde. Zwar steht es im Ermessen der Aufsichtsbehörde, auch nach Anrufung des Gerichts ein Schlichtungsverfahren durchzuführen, jedoch fehlt in diesem Fall die Rechtsgrundlage für die Abwälzung der Kosten auf die Beteiligten. Ergänzend wird klargestellt, dass in der Verbands- oder Anstaltssatzung oder in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auch ein anderes Schiedsverfahren vorgesehen sein kann.

Zu Teil 7 (Übergangs- und Schlussvorschriften)

Zu § 45 (Übergangsvorschriften)

Zu Absatz 1

Absatz 1 definiert zur besseren Lesbarkeit der Übergangsvorschriften den in den folgenden Absätzen verwendeten Begriff des bisherigen Rechts. Bisheriges Recht ist das GKG in der Fassung, die durch Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit aufgehoben wird.

Zu Absatz 2

Absatz 2 stellt sicher, dass die neue Fassung des GKGBbg nicht dazu führt, dass bislang rechtmäßige Rechtsakte und sonstige Maßnahmen der Kommunen rechtswidrig werden. Maßgeblich für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit nach alter Rechtslage ist der Zeitpunkt, in dem die jeweilige Maßnahme wirksam wird. Umfasst ist nur die Rechtmäßigkeit nach dem GKGBbg und der Normen, auf die im GKGBbg Bezug genommen wird. Ob rechtmäßige Maßnahmen durch eine Änderung sonstiger Rechtsnormen rechtswidrig werden, beurteilt sich nach diesen Rechtsnormen. Nicht umfasst sind auch nach bisherigem Recht rechtswidrige Maßnahmen. Sofern keine besonderen Heilungsvorschriften bestehen, gelten die allgemeinen Grundsätze für den maßgeblichen Zeitpunkt der Beurteilung der Rechtmäßigkeit. Absatz 2 Satz 2 regelt die besondere Problematik der Verweise in Rechtsakten der Kommunen auf das bisherige Recht. Es ist vorgesehen, dass die Verweise gültig bleiben, damit die Rechtmäßigkeit dieser Regelungen gesichert und unnötiger Verfahrensaufwand vermieden wird. Aus dem gleichen Grund ist eine Anpassungspflicht nicht aufgenommen worden. Gleichwohl sollten die Kommunen im Interesse einer einfachen Rechtsanwendung die erforderlichen Anpassungen so bald wie möglich vornehmen.

Zu Absatz 3

Die Regelungen über die Bekanntmachung öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen sind geändert worden. So erfolgt keine Bekanntmachung mehr durch die Kommunalaufsichtsbehörden und für einige Änderungen ist eine Bekanntmachungspflicht entfallen. Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 1 erstreckt diese neuen Bekanntmachungsregelungen auf alle Vereinbarungen, die zum Inkrafttreten der Neuregelung noch nicht öffentlich bekannt gemacht worden sind. Darüber hinaus klärt Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2 die Frage, wie mit Änderungen bereits öffentlich bekannt gemachter Vereinbarungen zu verfahren ist. Im Sinne einer einheitlichen Verfahrensweise gelten auch hierfür die neuen Bestimmungen. Die Regelung stellt damit für alle von der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Betroffenen klar, dass sie alle künftigen maßgeblichen Änderungen der Vereinbarung und deren Aufhebung in den Bekanntmachungsblättern der beteiligten Kommunen finden. Satz 2 stellt ergänzend klar, dass die doppelte Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen nach § 8 Absatz 2 nicht für bereits bekannt gemachte Satzungen und Verordnungen gilt.

Zu Absatz 4

Absatz 4 erstreckt parallel zu Absatz 3 die neuen Wirksamkeitsregelungen des § 9 auf öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, die noch nicht wirksam geworden sind, sowie auf die Änderungen und Aufhebung bereits wirksamer Vereinbarungen. Absatz 4 Satz 2 stellt sicher, dass eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung nicht allein aufgrund der Übergangsregelung rückwirkend in Kraft tritt. Wurde beispielsweise eine mandatierende Vereinbarung abgeschlossen, so konnte diese nach bisherigem Recht frühestens am Tage nach der Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde wirksam werden (§ 24 Absatz 4 GKG a.F.), während sie nach neuem Recht bereits grundsätzlich mit ihrem Abschluss wirksam wird (§ 9 Absatz 1). Wurde eine solche mandatierende Vereinbarung vor Inkrafttreten des neuen Rechts abgeschlossen, aber noch nicht von der Aufsichtsbehörde bekannt gemacht, gilt nach Absatz 4 Satz 1 das neue Recht. Einer Veröffentlichung bedarf es zur Wirksamkeit daher nicht mehr. Aufgrund des Satzes 2 tritt die Vereinbarung jedoch nicht rückwirkend zum Zeitpunkt des Abschlusses in Kraft, sondern erst am Tag des Inkrafttretens des neuen Rechts. Absatz 4 Satz 3 schließlich enthält eine Übergangsregelung für die Vereinbarungen, die aufgrund der alten Rechtslage noch eine Bekanntmachung durch die Aufsichtsbehörde vorsehen, aber noch nicht dementsprechend bekannt gemacht worden sind. Da eine Bekanntmachung durch die Aufsichtsbehörde nicht mehr erfolgt, tritt die nach neuem Recht vorgesehene Bekanntmachung durch die beteiligten Kommunen an die Stelle der Bekanntmachung durch die Aufsicht. Entsprechend § 9 Absatz 1 ist dabei die letzte Bekanntmachung maßgeblich. Enthält eine Vereinbarung eine solche Wirksamkeitsbestimmung, muss eine Bekanntmachung durch die Kommunen auch erfolgen, wenn das Gesetz eine Bekanntmachungspflicht nicht vorsieht.

Zu Absatz 5

Absatz 5 entspricht § 6 Absatz 2 GKG a.F. Die Vorschrift gewährleistet, dass für alle bestehenden Zweckverbände das nach bisherigem Recht mögliche Auseinanderfallen von Zuständigkeiten einerseits und Beteiligungen und Mitgliedschaften andererseits weiterhin zulässig ist.

Zu Absatz 6

Absatz 6 stellt sicher, dass die neuen Regelungen über die Umlage, insbesondere über die Fälligkeit, nicht im laufenden Haushaltsjahr (bzw. bei nach Eigenbetriebsrecht wirtschaftenden Zweckverbänden im laufenden Wirtschaftsjahr) greifen, so dass sich die Beteiligten auf die Neuregelungen einstellen können. Aus der Vorschrift ergibt sich zudem, dass die bisherigen Genehmigungspflichten gemäß § 19 Absatz 2 Satz 2 GKG a.F. nicht mehr für Verbandsumlagen gelten, die für das Haushalts- oder Wirtschaftsjahr festgesetzt werden, das nach Inkrafttreten des neuen GKGBg beginnt.

Zu Absatz 7

Absatz 7 bewirkt, dass die durch die Neuregelungen abgeschafften Genehmigungspflichten auch für solche Maßnahmen nicht fortgelten, die bis zum Inkrafttreten des neuen Rechts noch nicht genehmigt worden sind. Bereits gestellte Anträge auf Genehmigung erledigen sich damit und sind als Anzeige im Sinne des § 41 zu verstehen.

Zu § 46 (Rechtsfehler bei der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung)

§ 46 soll die Rechtswirksamkeit öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen sichern, indem das Fehlen gesetzlich vorgeschriebener Inhalte fingiert wird. Die damit verbundenen Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltungsgarantie sind aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls gerechtfertigt, vgl. Begründung zu § 47. Der Gesetzgeber fingiert im Interesse der Kommune an der Rechtswirksamkeit der Vereinbarung den Inhalt der Vereinbarung und knüpft dazu an das tatsächliche Verhalten der Beteiligten an, da davon auszugehen ist, dass dies dem mutmaßlichen Willen der Beteiligten am nächsten kommt.

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält eine Fiktion für den Fall, dass in der delegierenden Vereinbarung eine Regelung nach § 7 Absatz 2 über den Verbleib der Satzungs- und Verordnungsbefugnis unwirksam ist, etwa wie die Bestimmung nicht hinreichend klar oder widersprüchlich ist (vgl. auch Begründung zu § 3 Absatz 3 und zu § 7 Absatz 2). Zur Gewährleistung wirksamen Satzungsrechts ist daher vorgesehen, dass das Recht bei der Kommune liegt, die die Satzung erlassen hat. Den Beteiligten bleibt unbenommen, eine wirksame Regelung in die Vereinbarung aufzunehmen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 fingiert eine nach § 7 Absatz 5 notwendige Kündigungs- oder Auflösungsregelung. Fehlt die Regelung, gilt für alle öffentlich-rechtlichen Vereinbarun-

gen, die unbefristet oder über mehr als 20 Jahre geschlossen sind, ein Kündigungsrecht für jeden Beteiligten zum Ende des folgenden Kalenderjahres.

Zu § 47 (Rechtsfehler beim Beitritt in einen Zweckverband und bei der Verbandsatzung)

§ 47 ist dem § 170 b der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns nachgebildet (zur Verfassungsmäßigkeit siehe OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 3. Juli 2002, 4 K 4/01). Die Vorschrift sieht vor, dass fehlende Regelungen nach Art einer ergänzenden Vertragsauslegung durch gesetzliche Fiktionen ersetzt werden, die dem mutmaßlichen Willen der Beteiligten am nächsten kommen.

Zu Absatz 1

§ 47 Absatz 1 regelt, wann Rechtsfehler beim Beitritt in einen Zweckverband unbeachtlich sind. Geheilt werden sollen sowohl Rechtsfehler auf der Seite der beitrittswilligen Kommune als auch Fehler des aufnahmewilligen Verbandes. Fehlende oder nicht feststellbare Beschlüsse der Vertretungskörperschaft zum Verbandsbeitritt sind von Anfang an unbeachtlich, wenn die Beteiligten den Beitritt tatsächlich vollzogen haben. Ist die Kommune als Verbandsmitglied aufgetreten, gilt der Beitritt gemäß Satz 2 und Satz 3 als vollzogen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Kommune Kenntnis von der Teilnahme ihrer stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter an der Sitzung der Verbandsversammlung hatte.

Fehlt der Antrag des beitrittswilligen Beteiligten (im Falle der Kommune also der Vollzug eines Beitrittsbeschlusses durch den Hauptverwaltungsbeamten) oder ist dieser nicht mehr feststellbar, ist dies für einen wirksamen Beitritt unbeachtlich, wenn die Beteiligten den Beitritt tatsächlich vollzogen haben.

Fehlt der Beschluss der Verbandsversammlung zur Satzungsänderung, durch den der Beitritt gemäß § 32 Absatz 5 vollzogen wird, oder ist dieser nicht mehr feststellbar, ist dies unbeachtlich, wenn die Beteiligten den Beitritt tatsächlich vollzogen haben.

Zu Absatz 2

Die Absätze 2 bis 7 sollen die Wirksamkeit der Verbandssatzung und damit die Existenz des Rechtsträgers sichern.

Absatz 2 regelt, dass eine Unwirksamkeit der Verbandssatzung nicht vorliegt, wenn nach Maßgabe der Absätze 3 bis 7 der gemäß § 13 Absatz 2 bei der Bildung des Verbandes notwendige Inhalt der Verbandssatzung fingiert werden kann.

Zu Absatz 3

Absatz 3 fingiert die fehlende Angabe der Verbandsmitglieder. Danach gelten diejenigen Beteiligten von Anfang an als Verbandsmitglieder, die tatsächlich als Verbandsmitglieder aufgetreten sind. Tatsächlich als Verbandsmitglied aufgetreten ist eine Kommune gemäß Satz 2 insbesondere dann, wenn sich Vertreterinnen und Vertreter einer Kommune an Beschlüssen in mehr als einer Sitzung der Verbandsversammlung beteiligt haben. Satz 1 umfasst auch nichtkommunale Beteiligte, während die Regelung des Satzes 2 lediglich für Kommunen gelten kann. Ob

diese Regelung auch auf nichtkommunale Verbandsmitglieder entsprechend angewendet werden kann, ist im Einzelfall zu prüfen.

Mit der Regelung wird sowohl an das tatsächliche Auftreten des Verbandsmitgliedes als auch an das Verhalten des Zweckverbandes angeknüpft und so der mutmaßliche Wille der Beteiligten an der kommunalen Zusammenarbeit zum Zeitpunkt der Bildung des Zweckverbandes zur Geltung gebracht.

Zu Absatz 4

Absatz 4 fingiert fehlende oder unwirksame Regelungen zu den Aufgaben des Zweckverbandes. Danach gelten die Aufgaben als von Anfang an als beauftragt oder übertragen, die ausschließlich von dem Zweckverband wahrgenommen werden. Ein Zweckverband hat die Aufgaben insbesondere wahrgenommen, wenn er Verwaltungsakte, Satzungen oder Rechtsverordnungen erlassen oder auch Verträge über die Aufgabendurchführung geschlossen hat.

Zu Absatz 5

Absatz 5 fingiert fehlende oder unwirksame Regelungen über den Namen oder den Sitz des Zweckverbandes.

Zu Absatz 6

Absatz 6 enthält eine Fiktion für einen Maßstab der Verbandsumlage (vgl. Begründung zu § 29), soweit der in der Verbandssatzung geregelte Maßstab unwirksam ist. Danach gilt als Verbandsumlagemaßstab derjenige Maßstab als vereinbart, nach dem die Verbandsmitglieder im Einvernehmen zur Deckung des Finanzbedarfes beim Zweckverband tatsächlich beigetragen haben. Wurde bislang keine Verbandsumlage erhoben oder ist aus anderen Gründen ein einheitlich angewandter Maßstab nicht feststellbar, gilt als Verbandsumlagemaßstab das Stimmenverhältnis der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung zueinander als vereinbart.

Zu Absatz 7

Absatz 7 schließt die Regelungslücke, wenn in der Verbandssatzung entgegen § 13 Absatz 2 Nummer 6 keine wirksame Regelung über die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes enthalten ist. Da die tatsächlich ausgeübte Form der Bekanntmachung dem mutmaßlichen Willen der Beteiligten am nächsten kommt, gilt diese Form als vereinbart. Allerdings kann dies nicht für jede Art der Bekanntmachung gelten. Das Rechtsstaatsprinzip gebietet, dass die Betroffenen sich vom Inhalt der Bekanntmachung in zumutbarer Weise verlässlich Kenntnis verschaffen können. Eine entsprechende Einschränkung sieht Satz 1 daher vor. Da es denkbar ist, dass der Zweckverband seine Bekanntmachungen nicht immer in der gleichen Form vornimmt, sieht Satz 2 vor, dass in diesen Fällen das Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde, also gemäß § 14 Absatz 1 zum Beispiel das Veröffentlichungsblatt des Landkreises oder das Amtsblatt für Brandenburg, als vereinbart gilt. Von der dem Absatz 7 zugrunde liegenden Fallgestaltung zu unterscheiden ist die Problematik, dass die Verbandssatzung zwar eine wirksame Bekanntmachungsregelung vorsieht oder eine solche nach § 47 Absatz 7 fingiert werden kann, der Zweckverband jedoch gegen diese Bestimmungen verstößt. Solche Verstöße können nach § 13 Absatz 4 Satz 2 unbeachtlich sein.

Zu § 48 (Rechtsfehler beim Ausscheiden aus einem Zweckverband)

Zu Absatz 1

§ 48 ist an den Rechtsgedanken angelehnt, der in § 3 Absatz 1 des Zweckverbandssicherungsgesetzes seinen Niederschlag gefunden hat (zur Vereinbarkeit des § 3 Absatz 1 ZwVerbSG mit höherrangigem Recht vergleiche OVG Brandenburg, Urteil vom 18.12.1997, 2 D 16/97).

§ 48 regelt die Folgen von Fehlern, die beim Ausscheiden von Verbandsmitgliedern aus einem bereits bestehenden Zweckverband auf Seiten der ausscheidenden Kommunen und auf Seiten des Zweckverbandes aufgetreten sind. Die Verbandsmitglieder und der Zweckverband selbst müssen sich an ihrem - wenn auch fehlerhaft geäußerten - Willen und ihrem tatsächlichen Auftreten festhalten lassen. Satz 1 Nummer 1 setzt zunächst voraus, dass die Verbandsversammlung auf Antrag des ausscheidenden Mitgliedes mit der erforderlichen Mehrheit die gemäß § 32 Absatz 5 erforderliche Änderung der Verbandssatzung über das Ausscheiden herbeigeführt hat. Die Änderungssatzung muss nach Nummer 2 ordnungsgemäß bekannt gemacht worden sein und das ausscheidende Mitglied muss – wie auch der Zweckverband - gemäß Nummer 3 das Ausscheiden tatsächlich durch Unterlassen der nicht mehr erforderlichen Mitwirkung und eigenem Auftreten als Aufgabenträger vollzogen haben.

Satz 2 der Vorschrift regelt den typischen Fall, dass das Ausscheiden als vollzogen im Sinne des Satz 1 Nummer 3 gilt, wenn das ausscheidende Verbandsmitglied als Aufgabenträger in Bezug auf eine Aufgabe auftritt, die auf den Zweckverband übertragen war. Soll eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe, die zuvor dem Zweckverband übertragen war, nach dem Willen des ausscheidenden Verbandsmitglieds nicht mehr wahrgenommen werden und tritt dieser daher nicht als Aufgabenträger auf, kann das Ausscheiden jedenfalls nicht gemäß Satz 2 als vollzogen gelten.

Zu Absatz 2

Die Regelung enthält eine Sondervorschrift zu § 32 Absatz 5 i.V.m. § 14. Ein Verstoß gegen § 32 Absatz 5 beim Ausscheiden eines Mitgliedes soll nicht zur Verschiebung des Wirkungszeitpunkts des Ausscheidens führen. Abweichend von § 14 wird daher die nachgeholte Änderung der Verbandssatzung rückwirkend zu einem Termin wirksam, der bei ordnungsgemäßigem Vorgehen mutmaßlich erreicht worden wäre. Die nachgeholte Satzungsänderung muss bekannt gemacht werden und wird rückwirkend zum ersten Tag des übernächsten des auf den ursprünglichen Beschluss folgenden Monats wirksam, soweit nicht der Beschluss über das Ausscheiden einen späteren Termin vorgesehen hat.

Die Änderung der Beteiligten durch die Satzungsänderung ist nicht lediglich deklaratorisch und daher nach § 41 Absatz 3 Nummer 4 genehmigungsbedürftig. Wird die Genehmigung erteilt, ist sie zum in Absatz 1 genannten Zeitpunkt (ggf. rückwirkend) in Kraft zu setzen.

Zu § 49 (Rechtsfehler bei gemeinsamen kommunalen Anstalten)

Die Vorschrift bringt die vorherigen Vorschriften über die Unbeachtlichkeit, die Fiktion und die besondere Wirksamkeit (§§ 47 und 48), die für die Form des Zweck-

verbandes Regelungen treffen, entsprechend für die gemeinsame kommunale Anstalt zur Anwendung.

Zu § 50 (Planungsverbände)

Die Vorschrift ist unverändert aus dem bisherigen GKG (§ 30) übernommen. Nach der Vorschrift wird der Anwendungsbereich des Gesetzes erweitert. Auf Planungsverbände nach § 205 des Baugesetzbuches finden die Vorschriften des GKGBbg entsprechend Anwendung, soweit sich aus dem Baugesetzbuch nichts anderes ergibt.

Zu § 31 und § 32 a.F.

Entfallen ist die Regelung des bisherigen § 31 a.F. zu Durchführungsbestimmungen, da verbindliche Verwaltungsvorschriften mangels Außenwirksamkeit im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung nicht in Betracht kommen. Weggefallen ist zudem die Regelung in § 32 a.F. über die Aufhebung von Vorschriften, da sich diese Regelung mit der Aufhebung erledigt haben.

Zu Artikel 2 (Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Brandenburg)

Die bisher in § 5 Absatz 1 Satz 1 und 2 VwVGBbg enthaltene Rechtsgrundlage für die Übertragung bzw. Durchführungsbeauftragung im Bereich von Vollstreckungsaufgaben der Gemeindeverbände, kreisfreien Städte und amtsfreien Gemeinden auf die Landkreise konnte entfallen, da diese ebenenübergreifende Übertragung bzw. Beauftragung nunmehr generell nach §§ 5 ff. GKGBbg zulässig wird. Die Regelung wurde im Hinblick auf die übrigen Zusammenarbeitsmöglichkeiten insoweit durch einen allgemeinen Rechtsverweis auf die Bestimmungen des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg ersetzt.

Die bisherige Regelung zur Genehmigungsfreiheit der ebenenübergreifenden Übertragung von Vollstreckungsaufgaben auf einen Landkreis wurde unter redaktioneller Überarbeitung beibehalten. Ersatzlos gestrichen wurde die bisher in § 5 Absatz 1 Satz 4 enthaltene und von den Bestimmungen des GKGBbg abweichende Anzeige- und Bekanntmachungspflicht einer solchen delegierenden Vereinbarung. Aufgrund des neu eingefügten Verweises in § 5 Absatz 1 Satz 1 kommen für die Bekanntmachung und etwaige Genehmigungspflicht der Vereinbarung die Bestimmungen der §§ 8 und 41 GKGBbg zur Anwendung.

Zu Artikel 3 (Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg)

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren vom 31.5.2013 (BGBl. I S. 1388) wurde das Verwaltungsverfahrensgesetz, welches gemäß § 1 Absatz 1 VwVfGBbg Anwendung findet, unter anderem durch einen § 27a ergänzt. In den Fällen, in denen eine öffentliche oder ortsübliche Bekanntmachung durch eine spezielle Rechtsvorschrift angeordnet wird, soll die Behörde deren Inhalt zusätzlich im Internet veröffentlichen, indem sie den Inhalt der Bekanntmachung auf der Internetseite zugänglich macht. Bezieht sich die Bekanntmachung auf zur Einsicht auszulegende Unterlagen, sollen auch diese über das Internet zugänglich gemacht werden. Die

Regelung soll den Einwohnerinnen und Einwohnern die Informationsbeschaffung erleichtern und die Akzeptanz öffentlich-rechtlicher Entscheidungen erhöhen.

Aus der systematischen Stellung der Vorschrift im zweiten Teil des VwVfG ergibt sich, dass § 27a VwVfG nur auf Verfahren im Sinne des § 9 VwVfG anwendbar ist, also auf solche, die auf die Prüfung der Voraussetzungen, die Vorbereitung und den Erlass eines Verwaltungsaktes oder auf den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gerichtet sind, wobei der Erlass des Verwaltungsaktes sowie der Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages eingeschlossen sind. Trotz der systematisch eindeutigen Stellung besteht insbesondere bei den Kommunen eine hohe Unsicherheit, auf welche Verfahren in welchem Umfang die Vorschrift des § 27a VwVfG Anwendung findet, zumal Schmitz/Prell in NVwZ 2013, 745 ausführen, dass die Regelung auch außerhalb des Anwendungsbereichs des § 9 VwVfG Anwendung finden soll. Durch Satz 1 des neuen § 5a VwVfGBbg wird der Anwendungsbereich nunmehr ausdrücklich bestimmt und Rechtssicherheit geschaffen.

Unterbleibt eine Bekanntmachung im Internet, obwohl kein Grund vorliegt, der ein Unterlassen rechtfertigen kann, liegt ein Verfahrensfehler vor, dessen Rechtsfolge sich bei einem Verwaltungsakt nach § 46 VwVfG und bei einem öffentlich-rechtlichen Vertrag nach § 59 VwVfG richtet. Danach führt ein solcher Verstoß nicht zur Aufhebbarkeit, weil er die inhaltliche Entscheidung nicht beeinflussen haben kann. Nicht zuletzt bei der kommunalen Zusammenarbeit - vor allem im Hinblick auf bekannt zu machende öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, für die § 27a VwVfG zur Anwendung kommt - besteht insbesondere bei den Kommunen eine Verunsicherung, in welchen Fällen ein Unterlassen der Bekanntmachung im Internet gerechtfertigt sein kann und welche Rechtsfolgen ein Verstoß haben kann. Durch Satz 2 des neuen § 5a VwVfGBbg wird die Rechtsfolge nunmehr ausdrücklich klargestellt und Rechtssicherheit geschaffen.

Zu Artikel 4 (Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wird wegen der Änderung der Überschriften der §§ 94 und 95 BbgKVerf angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 2)

Soweit die Kosten für durch das Land zugewiesene Aufgaben landesseitig erstattet und im Fall von Kooperationsrenditen die Erstattung durch das Land reduziert wird, entfällt der auch im Landesinteresse stehende finanzielle Anreiz für Kommunen, durch kommunale Zusammenarbeit die Aufgaben effizienter zu erledigen. Es wird daher durch die Ergänzung in § 2 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Land bei dem finanziellen Ausgleich vorsehen kann, dass Einsparungen durch eine kommunale Zusammenarbeit teilweise und vorübergehend bei den Kommunen verbleiben. Eine Verpflichtung, eine Überlassung von Kooperationsrenditen vorzusehen, sowie Vorgaben über deren Umfang und Dauer ergeben sich aus der Vorschrift nicht.

Zu Nummer 3 (§ 28)

Die neu gefasste Nummer 24 stellt nunmehr klar, dass ein Beschluss der Gemeindevertretung über eine die Zusammenarbeit mit einer anderen Kommune re-

gelnde öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach dem GKGBbg (oder aufgrund von Staatsverträgen) nicht nur bei deren Abschluss erforderlich ist, sondern dass es eines Beschlusses der Gemeindevertretung auch für die Änderung, einvernehmliche Aufhebung oder einseitige Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch die Gemeinde bedarf.

Zu Nummer 4 (§ 53)

Durch die mit Artikel 4 Nummer 11 vorgenommene Ergänzung des § 132 um einen Absatz 7 wird die Möglichkeit eröffnet, dass Landrätinnen und Landräte in ihrer Funktion als allgemeine untere Landesbehörde zusammenarbeiten (vergleiche Begründung zu Artikel 4 Nummer 11). Um die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister für deren Aufgaben als untere Landesbehörde an dieser Möglichkeit der Zusammenarbeit teilhaben zu lassen, ist es erforderlich, den bisherigen Verweis auf § 132 auf Absatz 7 zu erweitern.

Zu Nummer 5 (§ 92)

Die Änderung des Absatzes 2 dient der sprachlichen Vereinheitlichung und ist zudem eine redaktionelle Folgeregelung aus der Neufassung des GKGBbg, mit der nunmehr die Möglichkeit für die Kommunen eröffnet wird, in der Rechtsform der gemeinsamen kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts zusammenzuarbeiten. Errichtet eine Gemeinde zusammen mit einer anderen Kommune eine gemeinsame kommunale Anstalt oder beteiligt sie sich an einer kommunalen Anstalt bzw. gemeinsamen kommunalen Anstalt anderer Träger, so stellt auch diese Beteiligung an der gemeinsamen kommunalen Anstalt für die einzelnen Träger nach Nummer 4 ein kommunales Unternehmen dar.

Zu Nummer 6 (§ 94 und § 95)

Zu § 94

Die Aufnahme von Regelungen über die kommunale Zusammenarbeit in der Rechtsform der gemeinsamen kommunalen Anstalt im GKGBbg (Artikel 1) macht es erforderlich, die dafür nach § 38 Absatz 1 GKGBbg n.F. entsprechend geltenden Bestimmungen des § 94 BbgKVerf über kommunale Anstalten in Einzelträgerschaft einer Kommune inhaltlich durch eine Neufassung neu zu strukturieren und zu ergänzen.

Zu Absatz 1

Die Regelungen entsprechen im Wesentlichen dem bisherigen Absatz 1.

Nach Satz 1 ist die Umwandlung eines kommunalen Unternehmens des privaten Rechts in eine kommunale Anstalt unverändert nur zulässig, soweit die Anteile an dem Unternehmen vollständig der Gemeinde gehören. Hiermit wird eine trägerschaftliche Beteiligung nichtkommunaler Dritter an der kommunalen Anstalt ausgeschlossen. Nach dem neu eingefügten Satz 2 ist eine Umwandlung des kommunalen Unternehmens in eine kommunale Anstalt auch dann unzulässig, wenn und soweit in dem umzuwandelnden Unternehmen stimmrechtslose Anteile Dritter (zum Beispiel Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen oder Genussrechte) existieren oder Rechte Dritter an den Anteilen des Unternehmens bestehen. Hiermit soll der uneingeschränkte Einfluss der Trägergemeinde auf ihre

kommunale Anstalt als juristische Person des öffentlichen Rechts sichergestellt werden. Wie bisher sieht Satz 3 vor, dass bei der Umwandlung eines kommunalen Unternehmens des privaten Rechts in eine kommunale Anstalt die Vorschriften des Umwandlungsgesetzes entsprechend anzuwenden sind.

Zu Absatz 2

Der nicht veränderte Satz 1 bestimmt, dass die Rechtsverhältnisse der kommunalen Anstalt in einer Anstaltssatzung zu regeln sind. In Satz 2 sind inhaltlich unverändert die Mindestinhalte der Anstaltssatzung festgeschrieben, die nunmehr zur besseren Übersicht nummeriert aufgeführt werden. Der neu eingefügte Satz 3 sieht vor, dass in der Anstaltssatzung darüber hinaus freiwillig auch Regelungen über die Formen der Einwohnerbeteiligung getroffen werden können. Dies ermöglicht es der Gemeinde, insbesondere für den Fall der Übertragung von gemeindlichen Aufgaben in die eigene Zuständigkeit der kommunalen Anstalt, die Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe der Einwohner im Bereich dieser Aufgaben auch direkt bei der kommunalen Anstalt zu verankern. Darüber hinaus können nach Satz 3 dem Verwaltungsrat auch über die Regelungen des § 95 Absatz 2 BbgKVerf hinausgehende Befugnisse und Entscheidungskompetenzen übertragen werden. Hierdurch wird es ermöglicht, die Zuständigkeiten des Verwaltungsrates in Abhängigkeit von den örtlichen Verhältnissen in der Gemeinde und der konkreten Aufgabenstellung der kommunalen Anstalt auszugestalten. Die Befugnis, die Anstaltssatzung, deren Änderung oder Aufhebung zu beschließen, kann nicht auf den Verwaltungsrat übertragen werden, da dies ausschließlich der Gemeindevertretung vorbehalten ist (§ 28 Absatz 1 Nummer 9 BbgKVerf).

Zu Absatz 3

Im neu eingefügten Absatz 3 sind nunmehr die Regelungen zur Entstehung der kommunalen Anstalt und zum Wirksamwerden von Änderungen der Anstaltssatzung zusammengefasst. Satz 1 entspricht inhaltlich dem bisherigen § 94 Absatz 2 Satz 3 BbgKVerf und bestimmt, dass die kommunale Anstalt am Tag nach der Bekanntmachung der Anstaltssatzung entsteht, sofern diese selbst keinen späteren Zeitpunkt für die Entstehung vorsieht. In jedem Fall kann die kommunale Anstalt jedoch frühestens am Tage der Wirksamkeit der nach § 100 Absatz 2 BbgKVerf n.F. notwendigen kommunalaufsichtlichen Genehmigung entstehen.

Der neu eingefügte Satz 2 enthält nunmehr ergänzende Regelungen für den Entstehungszeitpunkt bei Umwandlung von anderen Rechtsträgern in eine kommunale Anstalt. Wird danach ein im Handelsregister eingetragener Rechtsträger (zum Beispiel eine GmbH) in eine kommunale Anstalt umgewandelt, so wird die Umwandlung – auch wenn die Anstaltssatzung bereits öffentlich bekannt gemacht wurde – frühestens mit der Eintragung der kommunalen Anstalt in das Handelsregister wirksam. Bedarf die kommunale Anstalt an sich keiner Eintragung ins Handelsregister, so wird die Umwandlung frühestens mit Eintragung der Umwandlung des bisherigen Rechtsträgers ins Handelsregister wirksam. Satz 3 entspricht dem bisherigen § 94 Absatz 2 Satz 4 BbgKVerf und bewirkt, dass die kommunale Anstalt ohne Rücksicht auf etwaige bis zur Beendigung des Errichtungsverfahrens unterlaufene Rechtsfehler entsteht. Vorhandene Mängel bei der Errichtung werden jedoch nicht geheilt. Sie können vielmehr nur noch für die Zukunft geltend gemacht werden. Eine rückwirkende Auflösung der gemeinsamen kommunalen Anstalt aufgrund von Mängeln im Errichtungsverfahren scheidet damit – im überwie-

genden öffentlichen Interesse des Landes und der Gemeinden als Träger der Anstalt an klaren Rechts- und Organisationsverhältnissen - mit der ordnungsgemäßen amtlichen Bekanntmachung der Anstaltssatzung aus. Satz 4 normiert, dass für Änderungssatzungen die gleichen Regelungen über die Wirksamkeit und die Geltendmachung von Rechtsfehlern Anwendung finden wie beim erstmaligen Erlass der Anstaltssatzung.

Zu Absatz 4

Der bereits die Beteiligung an anderen Unternehmen regelnde § 93 Absatz 3 a.F. wird zu Absatz 4 und weiter konkretisiert. Nach Satz 1 ist es der kommunalen Anstalt gestattet, selbst kommunale Anstalten oder Eigengesellschaften des privaten Rechts zu gründen bzw. sich an Gesellschaften des privaten Rechts und kommunalen Anstalten anderer Träger zu beteiligen. Die Gründung von Eigenbetrieben bleibt indes der Gemeinde vorbehalten. Allerdings ist die kommunale Anstalt bei der Gründung und Beteiligung an Unternehmen des privaten Rechts bzw. an kommunalen Anstalten anderer Träger an ihre eigene Aufgabenstellung (Anstaltssatzung) gebunden, so dass der Geschäftsgegenstand der Unternehmen der kommunalen Anstalt auf den Aufgabenbereich der kommunalen Anstalt beschränkt ist. Zudem ist die Gründung nach Satz 1 nur zulässig, soweit die Gemeindevertretung der Trägerkommune in der Anstaltssatzung solche Unternehmensgründungen bzw. Unternehmensbeteiligungen nicht ausgeschlossen hat. Damit behält die Gemeindevertretung das Recht, durch die Anstaltssatzung einer ggf. unübersichtlichen Strukturierung der mittelbaren kommunalen Beteiligungen entgegenzuwirken. Satz 2 macht deutlich, dass die kommunale Anstalt bei der Gründung und Beteiligung an Unternehmen des Zivilrechts und kommunalen Anstalten im gleichen Maße den Bestimmungen der §§ 91 bis 100 BbgKVerf unterliegt wie die Gemeinde selbst.

Zu Absatz 5

Satz 1 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Absatz 4 Satz 1, hebt nunmehr jedoch klarer hervor, dass die Gemeinde der kommunalen Anstalt die Zuständigkeit für einzelne Aufgaben übertragen oder sie mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragen kann und dass es dabei auch zulässig ist, die Übertragung oder Beauftragung auf bestimmte sachlich oder räumlich abgrenzbare Teilaufgaben zu beschränken. Durch die Formulierung „einzelne Aufgaben“ ist zudem klar gestellt, dass eine sehr weitgehende Aufgabenübertragung an die kommunale Anstalt, die zu einer Entkernung der Trägergemeinde führen könnte, von der Vorschrift nicht gedeckt ist. Nicht auf die kommunale Anstalt übertragen werden kann – wie bei Zweckverbänden - das Recht, im eigenen Namen Steuern nach § 3 des Kommunalabgabengesetzes (örtliche Aufwand- und Verbrauchsteuern) zu erheben.

Satz 2 und 3 regeln gesetzlich die Rechtsfolge einer in der Anstaltssatzung vorgesehenen Übertragung von gemeindlichen Aufgaben auf die kommunale Anstalt. Hiernach gehen alle mit der Trägerschaft verbundenen Rechte und Pflichten (einschließlich des Rechtes zur Abgabenerhebung) – also mithin die Zuständigkeit für die Erfüllung dieser Aufgabe – direkt von der Gemeinde auf die kommunale Anstalt über. Dieser gesetzlich angeordnete Übergang von Rechten und Pflichten kann jedoch durch die Gemeindevertretung eingeschränkt werden. So geht die Befugnis, für die übertragene Aufgabe Satzungen oder Verordnungen zu erlassen,

auf die kommunale Anstalt über, soweit die Anstaltssatzung nichts anderes bestimmt. Hiermit hat die Gemeindevertretung die Möglichkeit, das ihr obliegende Recht des Satzungs- und Verordnungserlasses von der allgemein auf die kommunale Anstalt und deren Organe übergehenden Aufgabenzuständigkeit abzukoppeln und weiterhin selbst über entsprechende Satzungen und Verordnungen zu bestimmen.

Satz 4 stellt klar, dass bei Übertragung der Befugnis zum Erlass von Satzungen über den Anschluss- und Benutzungszwang für die kommunale Anstalt die Vorschriften des § 12 Absatz 2 und 3 zur Anwendung kommen, so dass die kommunale Anstalt im Rahmen ihrer Aufgabenstellung selbst zum Beispiel Anordnungen über den Anschluss- und Benutzungszwang treffen kann.

Satz 5 entspricht inhaltlich dem bisherigen Absatz 4 Satz 2 und stellt klar, dass die Gemeinde, soweit sie der kommunalen Anstalt die Befugnis zum Erlass von Anschluss- und Benutzungszwangssatzungen nicht übertragen hat, für eine öffentliche Einrichtung der kommunalen Anstalt (zum Beispiel zur Abwasserentsorgung) einen Anschluss- und Benutzungszwang unter den Voraussetzungen des § 12 Absatz 2 und 3 auf Grundlage einer gemeindlichen Satzung vorschreiben kann.

Zu Absatz 6

Die Regelung stellt sicher, dass für die öffentliche Bekanntmachung der vom Verwaltungsrat beschlossenen Satzungen der kommunalen Anstalt die gleichen Regelungen (insbesondere der Bekanntmachungsverordnung) anzuwenden sind, wie bei der öffentlichen Bekanntmachung gemeindlicher Satzungen. Satz 2 stellt klar, dass für die öffentliche Bekanntmachung der Satzungen der kommunalen Anstalt auch die kommunale Anstalt selbst verantwortlich ist. Da die Bekanntmachungsverordnung nicht auf kommunale Anstalten zugeschnitten ist, wird ermöglicht, von deren Vorschriften durch Regelungen in der Anstaltssatzung abzuweichen und zum Beispiel eine öffentliche Bekanntmachung der Satzungen der kommunalen Anstalt im Veröffentlichungsblatt der Trägergemeinde vorzusehen (vgl. ergänzend die Begründung zu Artikel 1, § 13 Absatz 4 GKGBbg).

Zu Absatz 7

Soweit auf die kommunale Anstalt die Zuständigkeit für bestimmte Aufgaben einschließlich der Befugnis zum Erlass von Satzungen übertragen wird, kann es zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgabe erforderlich sein, dass am Tag des Entstehens der kommunalen Anstalt Fachsatzungen für diesen Aufgabenbereich (zum Beispiel Satzungen über die Benutzung öffentlicher Einrichtungen der kommunalen Anstalt, Abgabensatzungen) existieren. Da die bisherigen Fachsatzungen der Gemeinde aufgrund des Aufgabenübergangs keine Anwendung mehr finden und die kommunale Anstalt eigene Satzungen frühestens in der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates beschließen kann und diese dann zu ihrer Wirksamkeit zudem der Bekanntmachung bedürfen, sieht Satz 1 vor, dass die Gemeinde schon vor bzw. bei Gründung der kommunalen Anstalt Satzungen beschließen kann, die für die kommunale Anstalt nach deren Errichtung gelten. Diese von der Gemeindevertretung der Trägerkommune beschlossenen Fachsatzungen gelten ab dem Zeitpunkt des Entstehens der kommunalen Anstalt als deren Satzungen fort und können daher nach Satz 2 vom Verwaltungsrat auch jederzeit geändert, durch eine neue Satzung ersetzt oder gänzlich aufgehoben werden.

Zu Absatz 8

Satz 1 stellt klar, dass die kommunale Anstalt als juristische Person Arbeitnehmerrinnen und Arbeitnehmer haben kann. Einer besonderen Ermächtigung durch die Anstaltssatzung bedarf es nicht. Zugleich wird mit dieser Formulierung klargestellt, dass das Recht, Beamte zu haben (Dienstherrenfähigkeit), nicht besteht (vergleiche Begründung zu § 95 Absatz 3).

Soweit es die in der Anstaltssatzung geregelte Aufgabenstellung der kommunalen Anstalt erforderlich macht, dass sie ein Dienstsiegel zum Beispiel als Beglaubigungsinstrument (§ 33 Absatz 3 VwVfG) führt, ist dies nach der Regelung des Satzes 2 zulässig. Für die Genehmigung zur Einführung und Änderung des Dienstsiegels gelten die Regelungen des § 10 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 entsprechend. Die Führung des Dienstsiegels obliegt dem Vorstand der kommunalen Anstalt.

Zu Absatz 9

Die Vorschrift entspricht unverändert dem bisherigen § 92 Absatz 5 und regelt die Gewährträgerschaft der Gemeinde für die kommunale Anstalt.

Zu Absatz 10

Nach dem zur Klarstellung neu eingefügten Absatz 10 erfolgt die Auflösung durch Aufhebung der Anstaltssatzung. Die Auflösung der kommunalen Anstalt wird - analog der Regelung zur Entstehung in Absatz 3 – am Tage nach Bekanntmachung der Satzung zur Aufhebung der Anstaltssatzung wirksam. Wie im Zuge der Errichtung der Anstalt kann auch bei deren Auflösung in der Satzung zur Aufhebung der Anstaltssatzung ein späterer Zeitpunkt festgelegt werden.

Zu § 95

Die Überschrift des § 95 wurde zur besseren Beschreibung des Regelungsinhaltes entsprechend der Bezeichnung des Teils 4 Abschnitt 3 des GKGBbg neu formuliert.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift wurde zur Verbesserung der Übersichtlichkeit redaktionell geändert. Die Zuständigkeit des Verwaltungsrates ist nunmehr separat in Absatz 2 geregelt. Darüber hinaus wurde die Bestimmung in Satz 4 über die Bekanntmachung der Vertretungsberechtigung vereinfacht. Die Bekanntmachung einer Beauftragung ist nicht erforderlich, und da für kommunale Anstalten eine „Ortsüblichkeit“ für Bekanntmachungen nicht immer feststellbar sein wird, ist nunmehr eine Bekanntmachung in „geeigneter Weise“ vorgesehen.

Zu Absatz 2

Die bisher auf unterschiedliche Regelungen verteilten Vorschriften über die Besetzung und die Zuständigkeit des Verwaltungsrates sind nunmehr aus rechtssystematischen Gründen im Absatz 2 zusammengefasst. Satz 1 entspricht unverändert dem bisherigen Absatz 2 Satz 1. Für die Besetzung des Verwaltungsrates kommen nach dem redaktionell überarbeiteten Satz 2 weiterhin die Vorschriften über

die Vertretung der Gemeinde in rechtlich selbständigen Unternehmen des Privatrechts (§ 97 BbgKVerf) entsprechend zur Anwendung. Die Regelung des § 97 Absatz 1 Satz 3, welcher bestimmt, dass weitere Mitglieder nur in Ausnahmefällen bestimmt werden können, findet für die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates keine Anwendung, da der insoweit vorrangige § 95 Absatz 2 Satz 1 für den Verwaltungsrat bestimmt, dass er – neben der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten – aus mindestens zwei weiteren Mitgliedern besteht. Das nach § 95 Absatz 2 Satz 2 a.F. auf den Satzungserlass und die Unternehmensgründung begrenzte Weisungsrecht der Gemeindevertretung gegenüber den Vertreterinnen bzw. Vertretern im Verwaltungsrat gilt nunmehr zur Stärkung der Rechte der Gemeindevertretung für alle Entscheidungen des Verwaltungsrates. Insofern handelt es sich um Spezialregelung zu § 30 Absatz 1 Satz 2 BbgKVerf. Im redaktionell überarbeiteten Satz 3 werden die dem Verwaltungsrat gesetzlich obliegenden Entscheidungsbefugnisse um die zuvor in Absatz 1 enthaltene Befugnis zur Bestellung, Abbestellung und Kontrolle des Vorstandes erweitert und enumerativ aufgeführt. Die von der Gemeindevertretung zu beschließende Anstaltssatzung kann nach § 94 Absatz 2 Satz 2 weitere Befugnisse für den Verwaltungsrat vorsehen.

Zu Absatz 3

Die in § 95 Absatz 3 bisher enthaltene Dienstherreneigenschaft der kommunalen Anstalt wird in Anlehnung an das für Zweckverbände geltende Recht gestrichen. Der neue Absatz enthält nunmehr die bislang in Absatz 4 enthaltenen Regelungen zur Wirtschaftsführung und Jahresabschlussprüfung der kommunalen Anstalt. In Anlehnung an die für kleine Kapitalgesellschaften geltende Regelung des § 96 Absatz 1 Nummer 6 sind kommunale Anstalten nach Satz 2 nunmehr verpflichtet, einen Wirtschaftsplan nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufzustellen. Damit wird hinsichtlich der Inhalte des Wirtschaftsplans auf die bewährten und den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern vertrauten Vorgaben der Eigenbetriebsverordnung zum Wirtschaftsplan zurückgegriffen. Mit dem neu eingefügten Satz 4 werden – in Anlehnung an die Regelung für kommunale Unternehmen in Privatrechtsform in § 96 Absatz 1 Nummer 4 - zudem die Vorgaben für die Aufstellung und die Prüfung des Jahresabschluss der kommunalen Anstalt erleichtert. Grundsätzlich finden nach Satz 3 für die Aufstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse der kommunalen Anstalt unabhängig von deren Größe weiterhin die entsprechenden Regelungen für große Kapitalgesellschaften im HGB Anwendung. Um kleine kommunale Anstalten, welche die Kriterien einer kleinen Kapitalgesellschaft nach HGB erfüllen, nicht unnötig finanziell zu belasten, wird es mit dem neu eingefügten Satz 4 ermöglicht, den Jahresabschluss nach den bewährten für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufzustellen und zu prüfen. Die Vorschriften über die Aufstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen im Eigenbetriebsrecht sind in einigen Punkten jedoch schärfer als die Bestimmungen über die Aufstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen von mittelgroßen Gesellschaften im HGB. Daher sieht der neue Satz 4 vor, dass der Jahresabschluss auch nach den für mittelgroße Gesellschaften nach HGB geltenden Bestimmungen aufgestellt und geprüft werden kann. Welches Recht zur Anwendung kommen soll, ist in der Anstaltssatzung zu bestimmen. Obgleich es sich bei der kommunalen Anstalt um ein kommunales Unternehmen des öffentlichen Rechts handelt, stellt Satz 5 mit Blick auf die Jahresabschlusserstellung und Jahresabschlussprüfung nach HGB zudem deklaratorisch klar, dass der Trägergemeinde und ihrem Rechnungsprüfungsamt gegenüber der kommunalen Anstalt die Rechte aus § 53 Absatz 1

und § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes im gleichen Umfang zustehen wie bei ihren kommunalen Unternehmen in privater Rechtsform.

Zu Absatz 4

Mit dem neuen Absatz 4 werden die bislang in Absatz 6 enthaltenen Verweise auf diejenigen Vorschriften der Kommunalverfassung konkretisiert und ergänzt, die für die kommunale Anstalt entsprechend anzuwenden sind. Neben den grundlegenden Bestimmungen über die demokratische Teilhabe finden nunmehr für den Verfahrensablauf und die Entscheidungsfindung im Verwaltungsrat die bewährten und den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern sowie den Bürgerinnen und Bürgern inhaltlich vertrauten Regelungen über die Gemeindevertretung Anwendung. Für den Vorstand der kommunalen Anstalt finden die Kernvorschriften der Kommunalverfassung über den hauptamtlichen Bürgermeister Anwendung. Für die Wirtschaftsführung und Rechnungslegung der kommunalen Anstalt werden nunmehr alle auch für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften des haushaltswirtschaftlichen Abschnittes der Kommunalverfassung zur Anwendung gebracht. Zudem unterfallen die kommunalen Anstalten durch die erweiterte Verweisregelung auch den Bestimmungen über die überörtliche Prüfung. Hierdurch wird insgesamt mit Blick auf die Gewährträgerhaftung der Trägerkommune und die fehlende Insolvenzfähigkeit der kommunalen Anstalt erreicht, dass sowohl wichtige haushaltsrechtliche Beschränkungen (zum Beispiel Aufnahme von langfristigen Krediten nur für Investitions- und Investitionsfördermaßnahmen; § 74 Absatz 1) als auch kommunalaufsichtliche Genehmigungspflichten (für den Gesamtbetrag an Investitionskrediten und kreditähnliche Geschäfte nach § 74 Absätze 2 und 6) für kommunale Anstalten im gleichen Umfang zum Tragen kommen wie für die Trägerkommune selbst. Zudem kann hierdurch erreicht werden, dass kommunale Anstalten künftig Investitionskredite zu ähnlich günstigen Konditionen erhalten können wie ihre Trägerkommune und deren Eigenbetriebe.

Zu Nummer 7 (§ 97)

§ 97 Absatz 1 Satz 2 wird an die Regelungen über die Vertretung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten in der Verbandsversammlung eines Zweckverbandes nach § 19 Absatz 3 GKGBbg n.F. angepasst und somit im Vergleich zur bisherigen Fassung flexibler ausgestaltet. Nunmehr können auch andere Bedienstete (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamte) allgemein oder im Einzelfall zur Vertretung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten im Fall der Verhinderung benannt werden. Damit gelten die Bestimmungen zum Zweckverband über den Verweis in § 95 Absatz 2 Satz 1 BbgKVerf auch für die kommunale Anstalt und die gemeinsame kommunale Anstalt.

Zu Nummer 8 (§ 100)

Die Struktur der Vorschrift wurde neu gefasst. Absatz 1 enthält nunmehr diejenigen Tatbestände, die lediglich einer Anzeige bei der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde bedürfen und entspricht im Wesentlichen unverändert dem bisherigen Satz 1. Ergänzt wurde parallel zu anderen kommunalen Unternehmen die Anzeigepflicht für wesentliche Erweiterungen der Aufgaben der kommunalen Anstalt, da nicht alle solche Erweiterungen nach Absatz 2 genehmigungspflichtig sind. Sofern eine Genehmigungspflicht vorliegt, findet Absatz 2 Anwendung. In Absatz 2

sind nunmehr zur besseren Übersichtlichkeit die Entscheidungen enumerativ aufgeführt, die zu ihrer Wirksamkeit einer Genehmigung der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde bedürfen. Hierzu zählen, wie bisher, die erstmalige Errichtung einer kommunalen Anstalt und die Umwandlung eines Unternehmens in eine kommunale Anstalt. Zur Vereinheitlichung der Genehmigungspflichten der einfachen und der gemeinsamen kommunalen Anstalten sind nach Nummer 3 nicht mehr jegliche Erweiterungen des Gegenstandes einer kommunalen Anstalt genehmigungspflichtig. Nunmehr bedarf die Änderung der Anstaltssatzung dann einer Genehmigung, wenn und soweit eine der kommunalen Anstalt in eigene Zuständigkeit übertragene pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung oder Auftragsangelegenheit in ihrem Bestand verändert werden soll. Die Veränderung des Aufgabenbestandes an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben sowie die Veränderung des Aufgabenbestandes jeglicher Aufgaben, für die die kommunale Anstalt lediglich mit der Durchführung beauftragt wurde, ist genehmigungsfrei, aber – soweit es sich um wesentliche Erweiterungen handelt – nach Absatz 1 anzeigepflichtig. Ebenso genehmigungsfrei ist die Auflösung der kommunalen Anstalt.

Zu Nummer 9 (§ 105)

Die Änderung in § 105 Absatz 3 wird als Folge der veränderten Struktur der Aufsichtsregelung im GKGBbg (bisher § 27 GKG a.F., nunmehr § 42 GKGBbg, vergleiche Artikel 1) notwendig. Eine Veränderung der Zuständigkeiten im Bereich der überörtlichen Prüfung ist mit der Anpassung nicht verbunden.

Zu Nummer 10 (§ 107)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Konkretisierung der Verordnungsermächtigung und zur Harmonisierung mit der Verordnungsermächtigung für gemeinsame kommunale Anstalten (vergleiche Begründung zu Artikel 1 - § 40 GKGBbg). Die Verordnungsermächtigung sieht zudem – in Anlehnung an die Verordnungsermächtigung für Eigenbetriebe nach § 107 Absatz 1 Nummer 10 BbgK-Verf – vor, dass die Verordnung auch Abweichungsmöglichkeiten von den Regelungen über die Anstalt (in der Verordnung oder in gesetzlichen Bestimmungen) vorsehen kann, um auf diese Weise auf Antrag und im Interesse der kommunalen Anstalten Erprobungen von Standardabweichungen und neuen Verfahren vornehmen zu können oder um von im Einzelfall nicht erforderlichen Vorgaben (etwa zur Wirtschaftsführung kleiner kommunaler Anstalten) freistellen zu können.

Zu Nummer 11 (§ 132)

Die Regelungen des GKGBbg gelten nur für die Zusammenarbeit von Kommunen und finden daher auf die Tätigkeit der Landrätinnen und Landräte in ihrer Funktion als allgemeine untere Landesbehörde (Organleihe) keine Anwendung. Der neu angefügte Absatz 7 regelt nunmehr erstmals in Brandenburg diese Form der Zusammenarbeit. Soweit Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister für das Gebiet einer kreisfreien Stadt Aufgaben als allgemeine untere Landesbehörde wahrnehmen, gilt die Zusammenarbeitsmöglichkeit nach § 53 Absatz 4 Satz 2 BbgKVerf auch für sie. Möglich ist nach Satz 1 die Beauftragung der Aufgabendurchführung (ohne Zuständigkeitswechsel) für die betreffende Aufgabe als allgemeine untere Landesbehörde. Die Zusammenarbeit erfolgt auf Basis einer Vereinbarung. Eine bestimmte Form schreibt das Gesetz für die Vereinbarung nicht vor,

da es sich um Maßnahmen innerhalb des Verwaltungsträgers „Land“ handelt. Jedoch bedarf die Beauftragung zur Aufgabendurchführung zu ihrer Wirksamkeit der vorherigen Zustimmung durch die oberste Fachaufsichtsbehörde, die für die in Zusammenarbeit wahrzunehmende Aufgabe zuständig ist. Für die Zustimmung ist nach Satz 2 das Einvernehmen mit dem für Landesorganisation zuständigen Ministerium erforderlich. Die Fachaufsichtsbehörde entscheidet über die Zustimmung nach Gesichtspunkten der Recht- und Zweckmäßigkeit. Ein Anspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht. Ebenso kann die Fachaufsichtsbehörde aufgrund ihrer umfassenden Weisungsbefugnisse eine Änderung oder Beendigung der Zusammenarbeit verfügen. Unberührt bleibt zudem die Regelung des § 12 Absatz 2 Satz 3 des Landesorganisationsgesetzes, wonach die Landesregierung oder die von ihr ermächtigte oberste Landesbehörde einer unteren Landesbehörde Aufgaben im Bezirk anderer unterer Landesbehörden übertragen kann.

Soll eine bestehende Vereinbarung zur Zusammenarbeit geändert oder beendet werden, finden nach Satz 3 die Regelungen der Sätze 1 und 2 entsprechende Anwendung.

Zu Artikel 5 (Änderung des Gebührengesetzes für das Land Brandenburg)

Dieses Artikelgesetz wird zum Anlass genommen, eine dringend erforderliche Klarstellung im Gebührengesetz für das Land Brandenburg (GebGBbg) vorzunehmen. Der Wortlaut des § 18 Absatz 2 GebGBbg ist mehrdeutig. Einerseits lässt er die Auslegung zu, dass für die Zurückweisung eines Drittwiderspruchs zwingend eine Gebühr in Höhe der Sachentscheidung zu erheben sei. Andererseits ermöglicht er die Auslegung, dass die Zurückweisung eines Drittwiderspruchs dem Grunde nach gebührenpflichtig ist, die Höhe jedoch nach Satz 2 in der Gebührenordnung zu bestimmen ist. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Erhebung einer Drittwiderspruchsgebühr in Höhe der Sachentscheidungsgebühr würde in der Praxis teilweise zu unverhältnismäßigen Ergebnissen führen, weil die Sachentscheidung für den Adressaten eines Verwaltungsaktes und für den beteiligten Dritten im Regelfall unterschiedliche, zum Teil sogar zuwiderlaufende Rechtswirkungen entfaltet. Wird z. B. dem Bauherrn als Adressaten im Ausgangsverfahren eine Baugenehmigung erteilt, stellt sich diese den Bauherrn begünstigende Sachentscheidung für den Nachbarn im Zweifel als belastende Verwaltungsentscheidung dar. Diese unterschiedlichen Rechtswirkungen haben auch Einfluss auf die Gebührenpflicht des Widerspruch erhebenden Nachbarn. Das in § 4 GebGBbg verankerte Äquivalenzprinzip - als Ausprägung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 20 Absatz 3 Grundgesetz - verlangt, dass die Gebührensätze in den Gebührenordnungen so zu bemessen sind, dass zwischen der den Verwaltungsaufwand berücksichtigenden Höhe der Gebühr einerseits und der Bedeutung, dem wirtschaftlichen Wert oder dem sonstigen Nutzen der öffentlichen Leistung für den Schuldner andererseits ein angemessenes Verhältnis besteht. Für den betroffenen Dritten ergibt sich aus der öffentlichen Leistung an den Antragsteller in der Regel kein wirtschaftlicher Wert; sie kann sich im Gegenteil sogar belastend auswirken. Zudem ist der Verwaltungsaufwand im Fall eines Drittwiderspruchs in Regel nicht mit dem des Ausgangsverfahrens identisch.

Um diesen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, sieht die geänderte Fassung nunmehr vor, dass die Gebühr für den Drittwiderspruchsbescheid in der nach § 3 Absatz 1 GebGBbg zu erlassenden Gebührenordnung festzulegen ist.

Zu Artikel 6 (Änderung des Personenstandsausführungsgesetzes)

Um die Zusammenarbeit der Kommunen bei der Erfüllung der personenstandsrechtlichen Aufgaben zu erleichtern, soll spezialgesetzlich klargestellt werden, dass die kommunalen Aufgabenträger die Aufgaben übertragen oder andere Aufgabenträger mit der Durchführung beauftragen können.

Zu Nummer 1 (§ 1)

Die für die Aufgaben der Standesämter zuständigen Ämter und amtsfreien Gemeinden werden in Absatz 1 – wie bereits in § 1 Absatz 1 der Brandenburgischen Personenstandsverordnung – mit der Bezeichnung „Aufgabenträger“ versehen, um die Lesbarkeit der nachfolgenden Vorschriften zu verbessern und eine Begriffsvereinheitlichung vorzunehmen. Die Änderungen werden zudem zum Anlass genommen, entsprechend den bundesrechtlich im Personenstandsgesetz vorgenommenen Änderungen (Wegfall des § 52 PStG) lediglich Standesämter (statt „Standesamtsbezirke“) vorzusehen und insoweit auf die Regelung in Absatz 2 zu verzichten. Zudem wurde die Regelung des Absatzes 5 entbehrlich, da der Bund die Zuständigkeitsvorschrift nunmehr in § 66 des Personenstandsgesetzes aufgenommen hat, vgl. Artikel 1 Nummer 27 des Personenstandsrechts-Änderungsgesetzes vom 7. Mai 2013 (BGBl. I S. 1122).

Zu Nummer 2 (§ 2)

Die Änderung wurde aufgrund des Wegfalles des Begriffes „Standesamtsbezirk“ (vgl. Begründung zu Nummer 1) erforderlich.

Zu Nummer 3 (§ 3)

Mit der Neufassung des § 3 wird ausdrücklich klargestellt, dass die zuständigen kommunalen Aufgabenträger – im Rahmen ihrer Kooperationshoheit – nach den Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg zusammenarbeiten können. Da damit eine freiwillige Kooperation durch die beteiligten Aufgabenträger erfolgen kann, bedarf es keiner weiteren Ermächtigung des Landes zur Regelung gemeinsamer Standesamtsbezirke durch Verordnung, so dass die zuvor in § 3 enthaltene Verordnungsermächtigung entbehrlich ist.

Zu Nummer 4 (§ 3a)

Die Kostenregelung des § 3a wurde entbehrlich, da die Kostenregelung des § 43 Absatz 1 Satz 2 des Personenstandsgesetzes durch das Personenstandsrechts-Änderungsgesetz zum 1. November 2013 aufgehoben wurde. Damit ist ein Abweichungsgesetz im Sinne des Artikels 84 Absatz 1 Satz 2 GG nicht mehr erforderlich. Die Gebührenerhebung erfolgt nunmehr einheitlich nach Landesrecht auf der Grundlage des Gebührengesetzes und der Gebührenordnung des Ministeriums des Innern.

Zu Nummer 5 (§ 4)

Bei der Neufassung der Überschrift handelt es sich um eine redaktionelle Änderung. Der neu gefasste Absatz 1 stellt klar, dass sämtliche bei Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit existierenden Standes-

amtsbezirke und gemeinsamen Standesamtsbezirke als Standesämter fortbestehen und es für die Standesämter, deren Bezirke über ein Amt oder eine amtsfreie Gemeinde hinausgehen, bei der bisherigen Aufgabenträgerschaft bleibt. Aus Gründen der Rechtsklarheit wird die bisherige Anlage zu § 4 (Stand 26.10.2003) durch eine neue Anlage ersetzt. Aus ihr sind sämtliche bei Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit bestehenden Standesämter, deren Bezirk über ein Amt oder eine amtsfreie Gemeinde hinausgehen, die ersichtlich. Der Bestand dieser durch Satz 1 gesetzlich nachgezeichneten Standesämter ergibt sich zum einen aus der bisherigen Anlage und zum anderen aus den acht Verordnungen des Ministers des Innern, die auf der Grundlage des bisherigen § 3 des Personenstandsausführungsgesetzes erlassen wurden und nun durch Artikel 18 außer Kraft gesetzt werden.

Nach der bisherigen Übergangsbestimmung tragen in gemeinsamen Standesamtsbezirken die Ämter und amtsfreien Gemeinden die Kosten entsprechend ihrer Einwohnerzahl, sofern sie keine abweichende Vereinbarung geschlossen haben oder schließen. Bei dieser Regelung soll es inhaltlich bleiben. Auch darüber hinausgehende Ausstattungsvereinbarungen haben bis zu ihrer Änderung oder Aufhebung durch die betroffenen Kommunen Bestand. Soweit die bestehende Aufgabenübertragung bei den in der Anlage genannten Standesämtern geändert, aufgehoben oder gekündigt werden soll, gelten die Vorschriften des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg.

Zu Artikel 7 (Änderung des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes)

§ 10 Gesundheitsdienstgesetz (BbgGDG) regelt die Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte für ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen und Begutachtungen. Nach § 2 Absatz 3 Satz 1 BbgGDG sind diese Aufgaben pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten. § 10 Absatz 2 BbgGDG ermöglicht, dass die Aufgabenträger die gesundheitlichen Dienste kreisübergreifend zusammenführen. Die Änderung stellt klar, dass die Möglichkeiten, in den Formen der kommunalen Zusammenarbeit nach dem GKGBbg zu kooperieren, von dieser Vorschrift nicht berührt sind. Darüber hinaus wird ergänzend geregelt, dass die Gebührenbefreiungen des Kommunalabgabengesetzes für die ärztlichen und zahnärztlichen Untersuchungen und Begutachtungen nicht gelten. Da durch die Neufassung des Gesundheitsdienstgesetzes diese Aufgabe nicht mehr als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung ausgestaltet ist, kann die Gebührenpflicht nicht mehr durch landesrechtliche Rechtsverordnungen normiert werden. Vielmehr bedarf es einer Gebührensatzung, die sich nach den Vorgaben des KAG richtet. Insbesondere zur Gewährleistung der amtsärztlichen Einstellungsuntersuchungen ist es sachgerecht, eine Gebührenpflicht vorzusehen und damit die zuvor geltende Rechtslage wiederherzustellen.

Zu Artikel 8 (Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes)

Die Aufgaben der Wärmeversorgung sind örtliche Angelegenheiten und damit gesetzlich den Gemeinden zugewiesen. Die veränderte Regelung des § 8 Absatz 1 stellt daher klar, dass es primär Aufgabe der Gemeinden ist, bestimmte Arten und Techniken der Wärmebedarfsdeckung vorzuschreiben. Andere kommunale Körperschaften – Ämter, Zweckverbände, kommunale Anstalten oder gemeinsame kommunale Anstalten – können von den Möglichkeiten des § 8 Absatz 1 Gebrauch machen, soweit ihnen die Aufgabe von der betreffenden Gemeinde über-

tragen wurde. Hierfür bedarf es jedoch aufgrund der Regelungen im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg keiner gesonderten gesetzlichen Regelung im Immissionsschutzrecht.

Zu Artikel 9 (Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes)

Die Vorschrift zeichnet die veränderten Regelungen des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg nach. Die bisherige Pflicht zum Einvernehmen zwischen Kommunalaufsichts- und Schulbehörde wurde dabei beibehalten.

Zu Artikel 10 (Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg)

Zu Nummer 1 (§ 1)

§ 1 KAG regelt den Anwendungsbereich des Gesetzes. Durch die Ergänzung wird klargestellt, dass das KAG auch für die kommunalen Anstalten gilt. Darüber hinaus wird ergänzt, dass die allgemeinen Regelungen des KAG gemäß § 1 Absatz 3 KAG auch für kommunale Umlagen Anwendung finden. Damit wird insbesondere für die Umlagen der Zweckverbände sichergestellt, dass die umfangreichen Verweise auf die Abgabenordnung in § 12 KAG auch für diese Umlagen gelten. Bislang war nicht hinreichend klar, nach welchen Regeln sich das Festsetzungs- und Erhebungsverfahren der Umlage richtet. Zudem wurde in § 1 Absatz 1 der Klammerzusatz „Steuern, Gebühren und Beiträge“ gestrichen, da diese Aufzählung nicht abschließend ist. Insbesondere gelten die Regelungen auch für den Kostenersatz für Haus- und Grundstücksanschlüsse nach § 10 KAG und den Kostenersatz für Grundstückszufahrten nach § 10a KAG.

Zu Nummer 2 (§ 6)

In § 6 Absatz 2 KAG werden die gesetzlichen Vorgaben zur Ermittlung der kalkulatorischen Kosten klargestellt. Kalkulatorische Kosten sind die kalkulatorischen Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen. Während die Berechnung der kalkulatorischen Abschreibungen unstrittig ist, ist aufgrund der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung nicht hinreichend klar, wie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals in der Gebührenkalkulation zu berücksichtigen ist. Problematisch ist hier die Berücksichtigung des durch Zuschüsse oder Beiträge aufgebrachten Abzugskapitals. Die kommunalen Aufgabenträger berechnen die kalkulatorischen Zinsen, wie durch § 6 Absatz 2 Satz 1 KAG vorgeschrieben, in der Regel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Entsprechend § 23 Absatz 3 Satz 2 Eigenbetriebsverordnung wird das Abzugskapital entsprechend der Wertentwicklung des zugehörigen Vermögensgegenstandes aufgelöst. Das OVG Brandenburg hat hingegen mit Urteil vom 22. August 2002 (Az. 2 D 10/02.NE) entschieden, dass das Abzugskapital nicht aufzulösen sei. Mit Urteil vom 22. Januar 2003 (Az. 2 A 581/00) hat das OVG Brandenburg hingegen für zulässig erachtet, die Entwicklung der Geldwertstabilität zu berücksichtigen und zur realen Werterhaltung eine entsprechende Inflationierung oder Deflationierung des Abzugskapitals vorzunehmen. In Reaktion auf das OVG wird teilweise vorgeschlagen, zur Berechnung der kalkulatorischen Zinsen das unverminderte Abzugskapital von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abzuziehen und zur Berech-

nung der Zinsbasis diese Differenz um die jährliche Abschreibungsquote zu mindern (sogenannte KOWAB-Methode). Nach anderer Auffassung wird die Zinsberechnung stattdessen auf Basis des kalkulatorischen Restbuchwertes vorgenommen, wobei nach Kapitalsaldierung die aufgelaufenen kalkulatorischen Abschreibungen aus der Gebührenrechnung (also die fortgeführte Summe der jährlichen kalkulatorischen Abschreibung) abgezogen werden (Liedtke, in: Becker und andere, Kommunal- und Schulverlag, Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg, Loseblattsammlung, § 6 Randnummer 516).

Auf Grund dieser unklaren Rechtslage ist eine gesetzliche Klarstellung geboten. Dies entspricht auch der Empfehlung des Petitionsausschusses (Petitionsnummer 2969/5). Maßgeblich für eine Klarstellung muss zunächst sein, dass die kalkulatorischen Kosten so bemessen werden können, dass kreditfinanzierte Investitionen über die Gebühren nach Abzug der eingezahlten Beiträge und der Zuschüsse refinanziert werden können. Dies gebieten sowohl die verfassungsrechtliche verbürgte kommunale Abgabenhöhe als auch Artikel 9 der Wasserrahmenrichtlinie (RL 2000/60/EG), der den Grundsatz der Kostendeckung vorschreibt. Andererseits muss das Abgabenrecht den Aufgabenträgern ausreichende Spielräume geben, um sozialverträgliche Gebühren zu gewährleisten. Daher sieht die Neuregelung vor, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände zum Zweck der Gebührenreduzierung von einer Auflösung des Abzugskapitals bei der Ermittlung der Verzinsung absehen können. Zugleich wird damit klargestellt, dass das Abzugskapital aufgelöst werden kann. Begrenzt wird der Spielraum dadurch, dass die dauerhafte Bedienung des Kapitalsdienstes nicht gefährdet werden darf. Darüber hinaus wird festgelegt, dass Zuschüsse Dritter als Abzugskapital behandelt werden können. Damit haben die Gemeinden und Gemeindeverbände die Möglichkeit, die Behandlung der Zuschüsse entsprechend den rechtlichen Vorgaben vorzusehen. Maßgeblich sind hierbei zunächst die Vorgaben des Zuwendungsgebers. Darüber hinaus können auch die Vorgaben des EU-Beihilferechts dazu führen, dass von einer Behandlung als Abzugskapital abzusehen ist, wenn dies andernfalls eine unzulässige Beihilfe darstellen würde. Schließlich gilt auch hier die Maßgabe, dass die Bedienung des Kapitalsdienstes nicht gefährdet werden darf.

Zu Nummer 3 (§ 17)

Mit der Änderung wird die Regelung über Verwaltungsvorschriften zum KAG gestrichen. Das KAG gilt für Selbstverwaltungsangelegenheiten der Kommunen. Verwaltungsvorschriften im Sinne verbindlicher Vorgaben zur Ausführung des Gesetzes sind hier nicht zulässig. Zur Veröffentlichung unverbindlicher rechtlicher Hinweise bedarf es keiner gesetzlichen Regelung.

Zu Artikel 11 (Änderung des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neufassung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (Artikel 1).

Zu Artikel 12 (Änderung des Brandenburgischen Wassergesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht muss wegen der Änderungen durch Nummer 2 und 3 angepasst werden.

Zu Nummer 2 (§ 57)

Durch die Einführung eines neuen § 57 BbgWG wird in Abschnitt 1 des Kapitels 6 zur Wasserversorgung und Abwasserbehandlung eine zusätzliche gemeinsame Bestimmung eingeführt. Die Vorschrift hebt die Möglichkeit zur Anordnung einer Kooperation im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung durch die Kommunalaufsichtsbehörde hervor. Hierfür gelten die Vorgaben des § 43 KGGBbg n.F. sowie die bisher in § 59 BbgWG genannten Beispiele.

Die Organisation der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist durch eine teilweise kleinteilige Struktur geprägt. Nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels und zusätzlicher technischer Anforderungen kann es denkbar sein, dass künftig Zusammenschlüsse oder Umstrukturierungen der bisherigen Aufgabenträger erforderlich sind. Eine dauerhafte Finanzierung oder Sanierung von nicht leistungsfähigen Aufgabenträgern aus Mitteln des Ausgleichsfonds nach § 16 FAG ist nicht angezeigt. Es ist zwar davon auszugehen, dass die kommunalen Aufgabenträger eigenverantwortlich die gebotenen Maßnahmen ergreifen. Gleichwohl müssen jedenfalls subsidiär auch kommunalaufsichtliche Anordnungen zulässig sein. Dies wird mit der neuen Vorschrift des § 57 BbgWG klargestellt. Die Vorschrift lehnt sich an die bisherige Bestimmung des § 59 Absatz 2 BbgWG an. An die Stelle der dort als Beispiel geregelten Vermeidung einer Überbeanspruchung des Wasserhaushaltes, welches lediglich die quantitativen Auswirkungen auf die Gewässer betrachtet, tritt nunmehr das auch den Aspekt der Gewässerqualität berücksichtigende Beispiel der Vermeidung einer schädlichen Gewässeränderung. Die Vorschrift nimmt damit Bezug auf einen schon im Wasserhaushaltsgesetz (§ 3 Nummer 10 in Verbindung mit § 3 Nummer 7) definierten Begriff. Entsprechend der bisherigen Regelung in § 59 Absatz 2 BbgWG werden die Anordnungen der Kommunalaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde erlassen.

Zu Nummer 3 (§ 59)

Da die Anordnungsbefugnis der Kommunalaufsichtsbehörde in § 57 BbgWG auch für die Wasserversorgung gilt, konnte § 59 Absatz 2 BbgWG entfallen.

Zu Artikel 13 (Änderung des Gesetzes über die Investitionsbank des Landes Brandenburg)

Zu Nummer 1 (§ 1)

Mit der Änderung wird die Bezeichnung der Investitionsbank des Landes Brandenburg redaktionell angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 4)

Die veränderte Regelung des § 4 dient der Klarstellung, dass die ILB auch solchen kommunalen Körperschaften, die – anders als Gemeinden und Landkreise - keine Gebietskörperschaften sind, aber dennoch kommunale Aufgaben wahrnehmen, Kredite und andere Finanzierungen gewähren kann. Durch den Sammelbegriff „Gemeindeverbände“ sind auch Ämter (§ 133 Absatz 1 Satz 2 BbgKVerf) und

Zweckverbände (Artikel 1 - § 12 Absatz 3 GKGBbg) umfasst. Durch die nunmehr auch vorgesehene Anwendung für kommunale Anstalten findet die Vorschrift über Artikel 1 § 38 Absatz 1 GKGBbg ebenso auf gemeinsame kommunale Anstalten Anwendung. Damit greift die Vorschrift für alle Formen der kommunalen Zusammenarbeit.

Zu Artikel 14 (Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes)

Durch Artikel 1 werden die allgemeinen Möglichkeiten nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg, unter bestimmten Bedingungen im öffentlichen Interesse eine Zusammenarbeit von Kommunen kommunalaufsichtlich anzuordnen, neu gefasst. Dabei wird der Kommunalaufsicht auch die Möglichkeit gegeben, neben der bisher schon möglichen Anordnung von Pflichtverbänden auch andere Formen der Zusammenarbeit (zum Beispiel im Wege öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen zwischen den Kommunen zur Übertragung oder Durchführungsbeauftragung) anzuordnen. Einer gesonderten Regelung für den Bereich der Tierkörperbeseitigung bedarf es daher nicht, so dass der bisherige Absatz 2 ersatzlos entfallen kann.

Zu Artikel 15 (Änderung des Brandenburgischen Straßengesetzes)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aus der Neufassung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (Artikel 1).

Zu Artikel 16 (Änderung der Genehmigungsfreistellungsverordnung)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeregelung aufgrund der Einführung der neuen kommunalen Zusammenarbeitsform der gemeinsamen kommunalen Anstalten im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Rechtsgeschäfte mit Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Anstalten (und damit auch der gemeinsamen kommunalen Anstalten, vgl. Artikel 1 § 38 Absatz 1) sind nunmehr einheitlich in § 1 Absatz 1 Genehmigungsfreistellungsverordnung zusammengefasst, während die Veräußerungen an kommunale Unternehmen in Privatrechtsform weiterhin in § 1 Absatz 2 Genehmigungsfreistellungsverordnung enthalten sind.

Zu Artikel 17 (Änderung der Brandenburgischen Personenstandsverordnung)

Durch die in Artikel 6 vorgesehene Änderung des Brandenburgischen Personenstandsausführungsgesetzes wird auf den im früheren Personenstandsgesetz des Bundes verankerten Begriff des Standesamtsbezirks auch landesrechtlich zugunsten des Begriffs „Standesamt“ verzichtet. Diese Änderung soll in der Brandenburgischen Personenstandsverordnung ebenfalls nachvollzogen werden.

Zu Artikel 18 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Die Regelung sieht ein einheitliches Inkrafttreten der Artikel 1 bis 17 am Tage nach der Verkündung des Gesetzes vor. Gleichzeitig tritt das bisherige Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg außer Kraft, das durch Artikel 1 abgelöst wird. Zudem treten die bisher vom Minister des Innern erlassenen acht Verordnungen zur Bildung von Standesamtsbezirken außer Kraft.

Diese Verordnungen sind entbehrlich, weil die Ämter und amtsfreien Gemeinden als Aufgabenträger der standesamtlichen Aufgaben gemäß den Änderungen des Personenstandsausführungsgesetzes durch Artikel 6 befugt sind, auf der Grundlage des neuen Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg gemeinsame Standesämter aufzulösen oder neu zu gliedern. Der Bestand sämtlicher bei Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden Standesämter ist durch die neue Übergangslösung in § 4 Absatz 1 des Personenstandsausführungsgesetzes (Artikel 6 Nummer 5) gesichert, der Status quo der Standesämter, deren Bezirk über ein Amt oder eine amtsfreie Gemeinde hinausgeht, wird zudem durch die neue Anlage zu § 4 Absatz 1 des Personenstandsausführungsgesetzes (Artikel 6 Nummer 6) abgebildet.